
AKKUMULATION

INFORMATIONEN DES ARBEITSKREISES FÜR KRITISCHE UNTERNEHMENS- UND
INDUSTRIEGESCHICHTE

Nr. 22/2005

Innovations-Cluster und flexible Spezialisierung. Die Netzwerke der Werkzeugmaschinenbau-Industrie in Chemnitz (Deutsch- land) und Cincinnati (USA), 1870-1933*

Ralf Richter, Göttingen

Forschungsstand

Spätestens seit der weltweiten strukturellen Krise der „alten Industrien“ in der Mitte der 1970er Jahre betonten Ökonomen und Sozialwissenschaftler die Vorzüge flexibler Produktion gegenüber starren Produktionssystemen, die auf Massenproduktion ausgelegt sind und nur träge auf veränderte Marktanforderungen reagieren können.¹ Doch die Forderung nach alternativen Produktionssystemen als Ausweg aus der ökonomischen Krise basieren aus wirtschaftshistorischer Perspektive weniger auf einer Neuentdeckung als vielmehr auf der Wiederentdeckung eines alten industriellen Musters. Dass dieses in der Forschung überhaupt in Vergessenheit geraten konnte bzw. vernachlässigt wurde, lag u.a. an einer von Alfred D. Chandler und seinen Schülern geprägten Wirtschafts- und Unternehmensgeschichtsschreibung, die die herausragende Bedeutung der auf Massenproduktion ausgelegten Großunternehmen für die Industrialisierung betonte und dabei Unternehmen kleiner und mittlerer Größe mit anderen Produktionsformen in ihren Untersuchungen vernachlässigte.²

Dagegen forderten besonders der Sozialwissenschaftler Charles F. Sabel und der Wirtschaftshistoriker Jonathan Zeitlin diejenigen Sektoren ins Zentrum zukünftiger Untersuchungen zu rücken, deren Unternehmen nicht den Durchbruch zu andauernden Fusionen und ein Wachstum zu einer „effektiven Mindestgröße“ schafften, bei denen sowohl die Beschaffung von öffentlichem Kapital als auch die internationalen Aktivitäten sehr beschränkt blieben und denen es ebenso wenig gelang, den Markt zu koordinieren. Denn trotz all dieser vermeintlichen Nachteile waren und sind solche Unter-

* Der Aufsatz präsentiert erste theoretische Überlegungen zu meinem Promotionsprojekt. Für Anregungen danke ich Hartmut Berghoff, Cristiano Ristuccia und Adam Tooze.

¹ Beispielsweise Piore, Michael J. u. Sabel, Charles F.: *The Second Industrial Divide. Possibilities for Prosperity*, New York 1984; Best, Michael H.: *The New Competition. Institutions of Industrial Restructuring*, Cambridge (Mass.) 1990.

² Chandler, Alfred D.: *The Visible Hand. The Managerial Revolution in American Business*, Cambridge (Mass.) 1977; Ders.: *Scale and Scope. The Dynamics of Industrial Capitalism*, Cambridge (Mass.) 1990. Für Deutschland siehe beispielsweise Kocka, Jürgen u. Siegrist, Hannes: Die hundert größten deutschen Industrieunternehmen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert. Expansion, Diversifikation und Integration im internationalen Vergleich, in: Horn, Norbert u. Kocka, Jürgen (Hg.), *Recht und Entwicklung der Großunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wirtschafts-, sozial- und rechtshistorische Untersuchungen zur Industrialisierung in Deutschland, Frankreich, England und den USA*, Göttingen 1979, S. 55-122.

Für eine Zusammenfassung der Kritik an CHANDLERS Ansatz siehe beispielsweise Lamoreaux, Naomi R.; Raff, Daniel M.G. u. Temin, Peter: *Beyond Markets and Hierarchies. Toward a new Synthesis of American Business History*, Cambridge (Mass.) 2002 (National Bureau of Economic Research, Working Paper 9029, <http://www.nber.org/papers/w9029>).

nehmen in der Lage, über lange Zeiträume erfolgreich am Markt zu operieren.³ Die Forschung fasste diese Unternehmen unter dem Ansatz der *flexible specialization* zusammen, dem sie das System der *mass production* entgegenstellte. Der entscheidende Wettbewerbsvorteil der auf das System der *flexible specialization* ausgerichteten Unternehmen liegt dabei in ihrer Fähigkeit, schneller als Massenproduzenten durch permanente Innovationsprozesse auf veränderte Marktanforderungen reagieren zu können. Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Philip Scranton geht in seiner Studie zur amerikanischen Industrialisierung gar von einem Prozess der „endless novelty“ aus.⁴

Auf die Frage, wie es Unternehmen kleiner und mittlerer Größe gelingt, trotz ihrer vermeintlichen Nachteile gegenüber Großunternehmen immer wieder Innovationsprozesse sowohl in technischer als auch in organisatorischer Hinsicht durchzusetzen und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, wird von der Innovationsforschung zunehmend auf die zentrale Rolle kooperativer Unternehmensbeziehungen in Form von Netzwerken verwiesen.⁵ Netzwerke, die sich mit ihren Koordinations- und Organisationsformen zwischen dem Markt auf der einen Seite und der Hierarchie von Unternehmen auf der anderen Seite bewegen, ermöglichen es, Transaktionskosten erheblich zu senken.⁶ Dabei kommen Unternehmensnetzwerke nicht nur in bestimmten Branchen häufiger als in anderen vor, sondern man findet sie auch in bestimmten Regionen in höherer Konzentration.⁷ Die Innovationsforschung hat in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Clusters unterstrichen: der Agglomeration von Unternehmen innerhalb eines bestimmten Raums.⁸ Hier treffen sich die Ansätze der Innovationsforschung mit denen der Regional- und Standortforschung.⁹ Dabei ähneln sich die verschiedenen Konzepte stark, wie etwa Giacomo Becattinis Ansatz des *industrial district* mit Porters *Cluster-Konzept*. Becattini griff das ursprünglich von Alfred Marshall Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte Konzept des *industrial districts* in den 1970er Jahren wieder auf. Verstand Marshall unter dem *industrial district* die regionale Konzentration spezialisierter und arbeitsteilig verbundener Unternehmen kleiner und mittlerer Größe, die meist der gleichen Branche zugehören und technologisch dynamische Gemeinschaften bilden, so erweiterte Becattini diesen Ansatz um die Perspektive der bewussten betrieblichen Zusammenarbeit und die soziale Eingebundenheit unternehmerischen Handelns in die bestehenden lokalen und regionalen Strukturen.¹⁰ Daran anknüpfend ist der von dem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Michael E. Porter entwickelte Ansatz zu verstehen, der dann auch ganz explizit mit dem Begriff *Cluster* operiert. Ähnlich dem Konzept des *industrial district* meint Porter damit die Ansammlung verwandter und unterstützender Unterneh-

³ Sabel, Charles F. u. Zeitlin, Jonathan: Historical Alternatives to Mass Production: Politics, Markets and Technology in Nineteenth-Century Industrialization, in: Past & Present 108, 1985, S. 133-176.

⁴ Scranton, Philip: Endless Novelty. Speciality Production and American Industrialization, 1865-1925, Princeton 1997.

⁵ Siehe beispielsweise Koschatsky, Knut (Hg.): Innovation Networks. Concepts and Challenges in the European Perspective, Heidelberg/New York 2001; Fornahl, Dirk (Hg.): Cooperation, Networks, and Institutions in Regional Innovation Systems, Cheltenham 2003.

⁶ Vgl. Berghoff, Hartmut: Moderne Unternehmensgeschichte, Paderborn 2004, S. 172ff.

⁷ Vgl. Sydow, Jörg: Strategische Netzwerke. Evolution und Organisation, Wiesbaden 1992, S. 37.

⁸ Vgl. Enright, Michael J.: Regional Clusters: What We Know and What We Should Know, in: Bröcker, Johannes, Dohse, Dirk u. Soltwedel, Rüdiger (Hg.), Innovation Clusters and Interregional Competition, Berlin/Heidelberg/New York 2003, S. 99-129.

⁹ Vgl. Bröcker, Johannes, Dohse, Dirk u. Soltwedel, Rüdiger: Clusters and Competition as Engines of Innovation – An Introduction, S. 1, in: Bröcker, Johannes, Dohse, Dirk u. Soltwedel, Rüdiger (Hg.), Innovation Clusters and Interregional Competition, Berlin/Heidelberg/New York 2003, S. 1-8.

¹⁰ Vgl. Marshall, Alfred: Principles of Economics, Bd. 1, London 1890, S. 267-277; Ders.: Industry and Trade. A Study of Industrial Technique and Business Organization and their Influences on the Condition of Various Classes and Nations, New York 1970, S. 1-26 u. 121-139; Becattini, Giacomo: The Marshallian Industrial District as an Socio-Economic Notion, in: Pyke, Frank, Becattini, Giacomo u. Sengenberger, Werner (Hg.), Industrial Districts and Inter-firm Co-operation in Italy, Geneva 1990, S. 37-51.

men einer Branche. Je größer die räumliche Nähe der einzelnen Unternehmen ist, so seine These, umso besser funktioniert die Kooperation zwischen diesen und umso größer sind die Synergieeffekte.¹¹ Dabei wird, wie beim so genannten *Milieu-Ansatz*, das Innovationsgeschehen weder als ein Ergebnis des reinen Wirtschaftens noch als unmittelbares Resultat individuellen Handelns, sondern als Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses gesehen, der auf regionaler Ebene vom jeweiligen Milieu abhängig ist.¹²

Allen Ansätzen ist die Bedeutung von Netzwerken für Innovationsprozesse von Unternehmen kleiner und mittlerer Größe gemein. So verweisen bisherige Studien auf entscheidende Vorteile von Netzwerken in bestimmten Clustern, wie etwa einen beschleunigten Kommunikationsfluss auf zwischenbetrieblicher Ebene, der auf einem regen personellen Austausch, auf räumlicher Nähe und auf den daraus resultierenden parallel laufenden sozialen und kulturellen Beziehungen gründet. In diesem Zusammenhang wird besonders auf *spill-over-Effekte* verwiesen, d.h. dass es in den Regionen zu vermehrten Ausgründungen von Unternehmen kommt, die einen intensiveren zwischenbetrieblichen Austauschprozess zur Folge haben. Außerdem wird die Herausbildung von *labour pools* betont, die es den sich in einem Cluster konzentrierenden Unternehmen ermöglicht, auf speziell qualifizierte Arbeitskräfte zuzugreifen. Des Weiteren werden zwischenbetriebliche Unterstützungsnetzwerke wie etwa in Form von speziellen Forschungseinrichtungen genannt. Ebenso wird auf die Möglichkeit der Netzwerke verwiesen, schneller Wagniskapital generieren zu können, genauso wie sich durch projektspezifische Vertragsabschlüsse von Unternehmensnetzwerken die Risiken erheblich minimieren lassen.

Erstaunlicherweise ist die Bedeutung von Unternehmensnetzwerken im 19. und 20. Jahrhundert in historischer Perspektive empirisch kaum untersucht worden. Gerade für Deutschland ist dieser relativ neue Untersuchungsansatz wenig genutzt worden und stellt noch immer ein Desiderat dar.¹³ Für die Kategorie kleiner und mittelgroßer Unternehmen, die auf *flexible specialization* ausgerichtet waren, liegen bisher ebenfalls nur Fallstudien zur württembergischen Musikinstrumentenindustrie, zur Solinger Schneidwarenindustrie, zu einem Bielefelder Verpackungsmittelunternehmen und seit kurzem zur Spielzeugindustrie in Thüringen, Sachsen und Franken vor.¹⁴ Welche Rolle flexible Unternehmen im gesamtwirtschaftlichen Kontext in Deutschland spielten, wurde bisher nur in Ansätzen von Gary Herrigel untersucht.¹⁵ Ähnliches lässt sich für die USA festhalten. Auch hier ist bis auf die außerordentlich wichtigen Arbeiten von Philip Scranton nur wenig zum Bereich der *flexible*

¹¹ Porter, Michael E.: *The Competitive Advantage of Nations*, New York 1990.

¹² Maillat, Denis: *The Innovation Process and the Role of the Milieu*, in: Bergmann, Edward M., Maier, Gunther u. Tödtling, Franz (Hg.): *Regions Reconsidered. Economic Networks, Innovation and Local Development in Industrialized Countries*, London/New York 1991. Unter Milieu werden die Produktionsstrukturen der Betriebe sowie deren Fertigungs- und Techniksysteme verstanden. Zentral sind dabei auch soziale, ökonomische und technologische Interdependenzen, in die soziale und politische Akteure wie etwa Verwandtschaftsstrukturen, Verbände und Verwaltungen mit einbezogen werden.

¹³ Vgl. Spoerer, Mark: *Mikroökonomik in der Unternehmensgeschichte? Eine Mikroökonomik der Unternehmensgeschichte*, S. 187, in: Hesse, Jan-Otmar, Kleinschmidt, Christian u. Lauschke, Karl (Eds.), *Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte*, Essen 2002, S. 175-195.

¹⁴ Berghoff, Hartmut: *Marketing Diversity. The Making of a Global Consumer Product – Hohner's Harmonicas, 1857-1930*, in: *Enterprise & Society* 2, 2001, S. 338-372; Boch, Rudolf: *The Rise and Decline of Flexible Production: The Cutlery Industry of Solingen since the Eighteenth Century*, in: Sabel, Charles F. u. Zeitlin, Jonathan (Hg.), *World of Possibilities. Flexibility and Mass Production in Western Industrialization*, Cambridge 1997, S. 153-187; Delhaes-Guenther, Linda von: *Das Unternehmen in der Region. Exporterfolge der Bielefelder Unternehmung Fischer & Krecke in den 1950er Jahren*, in: *Westfälische Forschungen* 50, 2000, S. 23-49; Hamlin, David: *Flexible specialization and the German toy industry, 1870-1914*, in: *Social History* 29, 2004, S. 30-40.

¹⁵ Gary Herrigel, *Industrial Constructions: The Sources of German Industrial Power*, Cambridge 1996.

specialization geforscht worden.¹⁶ Dieses Defizit wiegt umso schwerer, da immer wieder die Unterschiede bezüglich der Organisations-, Produktions-, Distributions- und Innovationsformen flexibler Unternehmen zwischen den einzelnen Branchen betont werden. Dabei wird auf ein je spezifisches Geflecht sozialer, kultureller, rechtlicher, politischer und ökonomischer Bedingungen, in denen die Unternehmen in den jeweiligen Regionen agieren, verwiesen.¹⁷ Um diese Vielfalt erfassen und allgemeinere Aussagen treffen zu können, die an sozial- und wirtschaftstheoretische Modelle anknüpfungsfähig sind, bedarf es einer breiteren Basis von Fallstudien. Dies ist um so notwendiger, da die Arbeiten von Philip Scranton zur amerikanischen Industrialisierung und von Garry Herrigel zu Deutschland gezeigt haben, dass die auf *flexible specialization* ausgerichteten Unternehmen einen wesentlichen Anteil am gesamtwirtschaftlichen Wachstum im 19. und 20. Jahrhundert hatten und keineswegs zu marginalisieren sind.¹⁸

Fragestellungen, Methode und Begründung des Untersuchungsgegenstandes

Die Zielsetzung des Forschungsprojektes ist es, die vielschichtigen Vorteile von Netzwerken in historischer Perspektive zu untersuchen. Die Arbeitsthese lautet daher: Netzwerke waren für die Wettbewerbsfähigkeit von flexibel spezialisierten Unternehmen kleiner und mittlerer Größe bereits im späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert von entscheidender Bedeutung, indem sie Innovationsprozesse ermöglichten und förderten.

Eine profunde Untersuchung der Netzwerke muss sich auf mehr als ein exemplarisches Unternehmen gründen. Dafür eignet sich der Zugriff auf das Cluster einer Branche. Die Untersuchung der Netzwerke bezieht sich dabei nicht auf eine geografisch oder politisch definierte Region, sondern auf die Ansammlung von Unternehmen in Form von Clustern. Auf diese Weise lässt sich überprüfen, ob der von der Wirtschaftswissenschaft entwickelte Idealtyp des Clusters eine empirische Entsprechung hat und ob sich die ihm zugeschriebenen Eigenschaften nachweisen lassen. Das Cluster erlaubt es damit, die Unternehmen im Kontext ihrer spezifischen Umwelt zu untersuchen und ihre Innovationsstrategien herauszuarbeiten.¹⁹ Der Zugriff auf ein Cluster der Werkzeugmaschinenbau-Branche, und nicht nur auf ein exemplarisches Unternehmen, wird zudem den verschiedenen nebeneinander existierenden Unternehmensformen gerecht, die bezüglich ihrer Eigentumsform, Größe oder Produktpalette eine hohe Varianz aufwiesen. Außerdem lassen sich damit sowohl erfolgreiche als auch erfolglose Firmen in den Blick nehmen. Nur beide zusammen ergeben ein komplettes Bild der Netzwerke, nämlich ihrer Erfolgs- und Misserfolgspotentiale: Bringen Netzwerke Wettbe-

¹⁶ Scranton, Philip, *Endless Novelty. Speciality Production and American Industrialization, 1865-1925*, Princeton 1997; Scranton, Philip, "Have a Heart for the Manufacturers!": Production, Distribution and the Decline of American Textile Manufacturing, in: Sabel, Charles F. and Zeitlin, Jonathan (Hg.), *World of Possibilities. Flexibility and Mass Production in Western Industrialization*, Cambridge 1997, S. 310-343.

¹⁷ Sabel, Charles F. and Zeitlin, Jonathan, *Stories, Strategies, Structures: Rethinking Historical Alternatives to Mass Production*, in: Sabel, Charles F. and Zeitlin, Jonathan (Hg.), *World of Possibilities. Flexibility and Mass Production in Western Industrialization*, Cambridge 1997, S. 1-33.

¹⁸ Scranton, Philip, *Endless Novelty. Speciality Production and American Industrialization, 1865-1925*, Princeton 1997; Gary Herrigel, *Industrial Constructions: The Sources of German Industrial Power*, Cambridge 1996. Bezüglich der Diskussion um die Bedeutung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen für die deutsche Wirtschaft in historischer Perspektive siehe auch Berghoff, Hartmut: *Historisches Relikt oder Zukunftsmodell? Kleine und mittelgroße Unternehmen in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, in: Ziegler, Dieter (Hg.): *Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2000, S. 249-282.

¹⁹ Vgl. Casson, Mark: *Enterprise and Leadership. Studies on Firms, Markets and Networks*, Cheltenham/Northampton (Mass.) 2000, S. 182ff; Staber, Udo H.: *The Social Embeddedness of Industrial District Networks*, in: Staber, Udo H., Schaefer, Norbert V. u. Sharma, Basu (Hg.): *Business Networks. Prospect for Regional Development*, Berlin/New York 1996, S. 148-174.

werbenvorteile mit sich und fördern sie besonders die Innovationsprozesse – oder führen sie zu Eigenblockaden und verhindern aufgrund stagnierender Strukturen Innovation?

In der Forschungsdiskussion finden sich unzählige Netzwerkdefinitionen, die aber häufig nur einen bestimmten Netzwerktyp in seiner spezifischen Funktion erfassen. Für die Erforschung von Netzwerken in Clustern sollen daher vier Fragekomplexe untersucht werden, die der Komplexität und Vielfalt von Netzwerken gerecht werden. Denn Netzwerke unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf Genese, Aufbau, Form, Intensität, Persistenz und den partizipierenden Akteuren, sondern auch in ihrem jeweiligen Vermögen, flexibel auf die einzelnen Anforderungen ihrer Umwelt zu reagieren. So sollen erstens formelle und informelle, zweitens inter-personelle und inter-institutionelle, drittens vertikale und horizontale sowie viertens strategisch konzipierte als auch historisch gewachsene Netzwerke analysiert werden. Folgende Fragen ergeben sich aus dieser Systematisierung:

Wie wichtig waren formelle Netzwerke, die auf vertraglichen Praktiken gründeten? Und wie hoch war der Stellenwert von informellen Netzwerken tatsächlich, die auf nicht-vertraglichen Bindungen basierten, wie z. B. Abmachungen per Handschlag? Welche Bedeutung also hatte der Grad des Vertrauens in Netzwerken für die Entstehung von Innovationsprozessen?

Wie waren die Strukturen und Funktionen inter-personeller Netzwerke in Form von Verwandtschaftsbeziehungen, Vereinen oder Industriellenverbänden beschaffen? Veränderten sich die Beziehungen und wechselten die Akteurstypen durch die zunehmende Professionalisierung der Unternehmer bzw. des Managements? Welche Rolle spielten konfessionelle Bindungen? Dabei wird zu klären sein, inwieweit solche inter-personellen Netzwerke auf das Cluster beschränkt blieben oder darüber hinaus reichten. Gerade hier lässt sich auch untersuchen, inwiefern Netzwerke zur Beschleunigung von Kommunikation oder auch zu Blockaden führten. Für die Entwicklung von Innovationsprozessen wiederum sind besonders inter-institutionelle Netzwerke in Form von Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Ausbildungseinrichtungen interessant, die auf projektspezifischen Verträgen beruhten. Hier gilt es, danach zu fragen, ob es tatsächlich durch Netzwerke zur Gründung von solchen Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen kam, die die Unternehmen mit Innovationsanregungen und qualifizierten Arbeitskräften versorgten.

Wo lagen Vorteile und Nachteile von horizontalen und vertikalen Unternehmensnetzwerken? Waren horizontale Netzwerke innovationsfreudiger, in denen sich Firmen einer Produktionsstufe zusammenschlossen und ihre Akteure oft den gleichen Einfluss besaßen? Oder waren in vertikalen Netzwerken, wie z. B. denen von Lieferanten, die Innovationsschübe viel höher, da es aufgrund klarer Hierarchien weniger Machtblockaden gab? Bei vertikalen Netzwerken sind die Vertriebsnetzwerke besonders interessant, da die Vertreter in diesen Netzwerken zwischen Produzenten und Kunden vermittelten und die vom Kunden erwünschten Innovationen kommunizierten.

Schließlich führt die Untersuchung zu der unter Wirtschaftshistorikern virulenten Diskussion nach dem Ursprung der Netzwerke, in der es darum geht, ob Netzwerke strategisch konzipiert waren oder ob sie historisch gewachsen sind. Robin Pearson und David Richardson haben mit ihrer Untersuchung der *business networks* in der industriellen Revolution in Großbritannien einen wichtigen Beitrag zur Netzwerkforschung geleistet, indem sie heraus gearbeitet haben, wie entscheidend *business*

networks bei der Informationsbeschaffung und beim Risikomanagement von Unternehmen waren.²⁰ Doch die beiden Wissenschaftler werden stark kritisiert, da sie die Frage nach dem Ursprung der Netzwerke völlig außer acht lassen, wie John Wilson und Andrew Popp in ihrer Kritik an der Studie betonen. Die Frage lautet daher: „Were networks an ‚organic‘ component of the environment or a creative and purposive entrepreneurial response to its constraints and opportunities?“²¹

Um all das zu untersuchen, empfiehlt sich eine längsschnittartige Untersuchung über mehrere Jahrzehnte von 1870 bis 1933, die es erlaubt, Brüche, Wandel und Kontinuitäten zu bestimmen.²² Nur so können Erfolgs- und Misserfolgspotentiale von Netzwerken adäquat gewichtet werden. Die 1870er Jahre empfehlen sich als Beginn des Untersuchungszeitraums, weil in dieser Zeit in den USA bahnbrechende Innovationen entwickelt wurden und die amerikanische Werkzeugmaschinenbau-Industrie schrittweise die technologische Vormachtstellung auf dem Weltmarkt übernahm.²³ Endpunkt des Untersuchungszeitraums ist das Jahr 1933, um die Effekte der Weltwirtschaftskrise miteinbeziehen zu können.

Eine Untersuchung der Werkzeugmaschinenbranche empfiehlt sich aus mehreren Gründen. Diese Branche verkörpert geradezu paradigmatisch die flexible Spezialisierung. Sie setzte sich nicht nur hauptsächlich aus kleinen und mittelgroßen Unternehmen zusammen, sondern ihre Firmen konzentrierten sich auch auffallend häufig in Clustern. Zudem ist der Werkzeugmaschinenbau die zentrale Branche der metallverarbeitenden Industrie. Er war von außerordentlicher Wichtigkeit für den Industrialisierungsprozess in Deutschland und in den USA. Gerade eine Untersuchung des Fallbeispiels Werkzeugmaschinenbau kann daher die Forschung in der Frage, welche Bedeutung Netzwerke bei der Umsetzung von Innovationsprozessen von flexiblen Unternehmen kleiner und mittlerer Größe hatten, einen erheblichen Schritt weiterführen.

Mit dem Werkzeugmaschinenbau ist nicht nur eine für den Industrialisierungsprozess zentrale Branche der *flexible specialization* als Fallbeispiel gewählt. Eine besondere Herausforderung für eine Untersuchung des Werkzeugmaschinenbaus liegt zudem darin, dass er sich an der Schnittstelle von *mass production* und *flexible specialization* befindet. Denn es gehört zu den Eigenarten des Werkzeugmaschinenbaus, dass er – obwohl Ausrüster sowohl für Unternehmen, die auf flexible Produktion setzten, als auch für diejenigen Firmen, die sich auf Massenproduktion konzentrierten – selbst nie zur Massenproduktion konvertierte, da seine Produkte hochgradig spezialisiert waren und nur kleinere Serien erlaubten. Damit nahm der Werkzeugmaschinenbau eine Schlüsselfunktion ein bei der Entwicklung verschiedener Arten von Fertigungssystemen und unterlag aufgrund des von

²⁰ Pearson, Robin u. Richardson, David: Business Networking in the Industrial Revolution, in: *Economic History Review* 54, 2001, S. 657-679.

²¹ Wilson, John F. u. Popp, Andrew: Business Networking in the Industrial Revolution. Some Comments, S. 358, in: *Economic History Review* 56, 2003, S. 355-361. Siehe auch Pearson, Robin u. Richardson, David: Business Networking in the Industrial Revolution. Riposte to Some Comments, in: *Economic History Review* 56, 2003, S. 362-368.

²² Auch wenn nicht auf dem Gebiet der flexiblen Spezialisierung so haben doch die Arbeiten von MARY B. ROSE und THOMAS WELSKOPP demonstriert, wie ertragreich komparative Langzeitstudien sein können. Rose, Mary B.: *Firms, Networks and Business Values. The British and American Cotton Industries since 1750*, Cambridge 2000; Welskopp, Thomas: *Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er Jahren bis zu den 1930er Jahren*, Bonn 1994.

²³ Vgl. Mommertz, Karl Heinz, Bohren, Drehen und Fräsen. *Geschichte der Werkzeugmaschinen*, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 91-94.

den Kunden vorgegebenen Rationalisierungsdrucks, wie kaum eine andere Branche, einem permanenten Innovationszwang.²⁴

Als Schnittstelle zwischen *mass production* und *flexible specialization* kann der Werkzeugmaschinenbau als Untersuchungsgegenstand zudem Aufschluss zu einer weiterführenden Debatte geben: die Frage nach der Entwicklung verschiedener Produktionssysteme in der nordamerikanischen und europäischen Industrie. Denn vom Einsatz unterschiedlicher Typen von Werkzeugmaschinen wird in der bisherigen Forschung auf eine Konzentration auf unterschiedliche Produktionssysteme in Europa und Nordamerika geschlossen. Besonders Deutschland und die USA, als die lange Zeit weltweit größten Produzenten von Werkzeugmaschinen, stehen im Mittelpunkt dieser Diskussion, wobei die USA seit dem späten 19. Jahrhundert die entscheidenden Innovationen im Bereich der Werkzeugmaschinen hervorbrachten. Garry Herrigel geht dabei von einer grundsätzlich divergenten Entwicklung in beiden Ländern aus: „The Germans have a tradition of machine tool production equally as long and distinguished as that in the United States. [...] The Germans made more flexible machine tools because they sold in very different markets than existed in the United States.“²⁵ Tatsächlich aber gibt es für diese umfassende Behauptung keinen adäquaten empirischen Nachweis, da vergleichende Studien dazu nicht existieren.²⁶ Damit wird die Frage nach den Innovationsprozessen im Werkzeugmaschinenbau noch entscheidender und eine vergleichende Studie zwingend. Denn wie schafften es die deutschen Werkzeugmaschinenbau-Unternehmen mit den amerikanischen Innovationen Schritt zu halten, obwohl sie in einem sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Kontext agierten? Allein der wesentlich größere Binnenmarkt der USA sorgte für andere Bedingungen. Dabei wird zu untersuchen sein, wie der Transfer – wenn es denn einen solchen gegeben hat - zwischen den beiden Ländern bzw. zwischen den Unternehmen aussah. Dieser Transfer war möglicherweise nur über Netzwerke möglich, und die Frage ist, ob es solche Netzwerke von Reisenden, Repräsentanten, Händlern und Kunden gab, die durch einen ausgeprägten Informationsfluss die Unternehmen in Deutschland über amerikanische Entwicklungen auf dem Laufenden hielten. Die Ergebnisse zu diesen Fragestellungen wären ein wichtiger Beitrag zu der virulenten Diskussion über Austausch- und Aneignungsprozesse von Technologie und Wissen.²⁷ Auch die vieldiskutierte Frage nach dem Einfluss der amerikanischen Wirtschaft auf die deutsche kann hier exemplarisch untersucht werden.²⁸

²⁴ Freyberg, Thomas von: Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt/M. 1989, S. 55-258.

²⁵ HERRIGELS Studie der Werkzeugmaschinen-Industrie in den USA und Deutschland auf nationaler Ebene mangelt es sowohl an einer adäquaten Datenbasis als auch an qualitativen Quellen. Herrigel, Gary: Industry as a Form of Order. A Comparison of the Historical Development of the Machine Tool Industries in the United States and Germany, S. 113, in: Hollingsworth, J. Rogers, Schmitter, Philippe C. u. Streeck, Wolfgang (Hg.), *Governing Capitalist Economies: Performance and Control of Economic Sectors*, New York/Oxford 1994, S. 97-128; HERRIGELS Argument wird auch von ULRICH WENGENROTH vertreten, Wengenroth, Ulrich: *Germany. Competition Abroad - Cooperation at Home, 1870-1990*, S. 147, in: Chandler, Alfred D., Amatori, Franco u. Hikino, Takashi (Hg.): *Big Business and the Wealth of Nations*, Cambridge 1997, S. 139-175.

²⁶ Zur Klärung dieser Frage, die weit über das hier vorgestellte Forschungsprojekt hinausgeht, wurde von J. Adam Tooze, Cristiano A. Ristuccia und Ralf Richter am Centre for History and Economics des King's College, University of Cambridge, das Forschungsprojekt „The Global History of Machine Tools. Knowledge, Narratives and Fiction“ eingerichtet. Für weitere Informationen dazu siehe die Homepage des Projektes: http://www-histecon.kings.cam.ac.uk/research/machine_tools.htm.

²⁷ Siehe beispielsweise Hard, Mikael u. Jamison, Andrew (Hg.): *The Intellectual Appropriation of Technology. Discourses on Modernity, 1900-1939*, Cambridge (Mass.)/London 1998.

²⁸ Siehe beispielsweise Berghahn, Volker R.: *Technology and the Export of Industrial Culture. Problems of the German-American Relationship 1900-1960*, in: Mathias, Peter u. Davis, John A. (Hg.): *Innovation and Technology in Europe. From the Eighteenth Century to the Present Day*, Oxford/Cambridge (Mass.) 1991, S. 142-161.

Der Vergleich zwischen einem Cluster in Deutschland mit einem Cluster in den USA ermöglicht neben einer Untersuchung des Technologie- und Wissenstransfers sowie der Interaktionen vor allem die Analyse dreier weiterer Fragenkomplexe: Wie waren die Konturen, Dimensionen und Strukturen von Netzwerken in vergleichender Perspektive beschaffen? Wirkte sich die Binnenmarktgröße des Landes auf die Reichweite und Effektivität der Netzwerke aus? Wie war das Verhältnis des Staates zu den Netzwerken und welchen Einfluss konnten Netzwerke auf politische Entscheidungen nehmen? Dabei darf es zu keinem Vergleich kommen, wie Thomas Welskopp betont, der aus einem Phänomen nur diejenigen Aspekte berücksichtigt, die der eigenen modellhaften Norm entsprechen. Eine solche asymmetrische Modellbildung begründet schon in der Konstituierung der Vergleichseinheiten, was auf der zu vergleichenden Seite überhaupt gesucht und erwartet wird und determiniert damit von vornherein die Vergleichsergebnisse.²⁹ Um diese theoretische Indifferenz zu vermeiden, ist ein *tertium comparationis* nötig. Für das vorliegende Anliegen lässt sich dieses *tertium comparationis* aus den Netzwerkmodellen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ableiten.

Die beiden ausgewählten Regionen Chemnitz und Cincinnati eignen sich als Fallbeispiele für eine vergleichende Untersuchung besonders gut. Denn beide Regionen nahmen innerhalb der jeweiligen nationalen Werkzeugmaschinenindustrie eine herausragende Stellung ein. Zudem scheinen sie zwei gleichgewichtige typische Beispiele für Regionen des Werkzeugmaschinenbaus in beiden Ländern zu sein, was die Cluster-Dichte der Werkzeugmaschinenbau-Unternehmen und deren Zusammensetzung in Hinsicht auf Größe, Produktpalette und Produktvolumen betrifft. Das gilt auch für ihre Bedeutung als regionaler Finanzplatz, ihre relative Entfernung zu politischen Machtzentren und ihre Konzentration von Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Anschrift des Autors: Ralf Richter, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen, E-mail: Ralf.Richter@wiwi.uni-goettingen.de.

²⁹ Welskopp, Thomas: Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte, in: AfS 35, (1995), S. 339-367. Siehe dazu auch Kocka, Jürgen: The Uses of Comparative History, in: Björk, Ragnar u. Molin, Karl: Societies Made up of History, Edsbruk 1996, S. 197-209.

Wir bauen den großen Kuzbass!

Der Aufbau des Bergbaus in der sibirischen Provinz und seine Folgen für die lokale Gesellschaft

Julia Landau (München/ Bochum)

Unternehmen, insbesondere die der Schwerindustrie, sind in ihrer Einwirkung auf die Entwicklung ihrer Umgebung kaum zu unterschätzen. Dies beginnt bei der Ausnutzung, Verarbeitung und Verwertung sowie schließlich Entsorgung der Bodenschätze, reicht über die Schaffung der nötigen Infrastruktur und hört bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem lokalen und weiteren Umland noch nicht auf. Der Wirkungsgrad eines Unternehmens auf seine jeweilige Umgebung hängt von verschiedenen Faktoren ab: Bestimmend sind zum einen die kulturgeographischen Voraussetzungen der Unternehmensansiedlung, etwa der Umfang der vorhandenen Bodenschätze, aber auch der Grad ihrer Erschließung und Zugänglichkeit, zum anderen die Struktur der lokalen Bevölkerung. Wie war das Gebiet bisher erschlossen und besiedelt, gab es bereits eine Wasserversorgung, (Transport-)Wege, Schienen, Kommunikationsmittel, Erfahrungen der Menschen mit den industriellen Erfordernissen, auf die zurückgegriffen werden konnte oder mussten diese Anforderungen erst gleichzeitig mit der Industrieansiedlung, somit gewissermaßen ‚nachholend‘, geschaffen werden?

Als weiterer wichtiger Faktor für den Wirkungsgrad eines Unternehmens auf seine Umgebung ist auch die (wirtschafts-)politische Entscheidungssituation zu berücksichtigen, die der Unternehmensansiedlung vorausgegangen ist: Gab es Erwartungen seitens des Staates an das Unternehmen, auf die Umgebung einzuwirken und wie gestaltete sich die Wechselwirkung zwischen Unternehmen und Staat im Hinblick auf die kommunale Infrastruktur? Dies gilt im Besonderen für den sowjetischen Betrieb, dessen Ziele nicht in erster Linie wirtschaftlicher, sondern vor allem gesellschaftlicher Art waren. Mit seiner zugehörigen, umfassenden Versorgungsstruktur wurde unter einem Betrieb ein sozialpolitisches und kulturelles Instrument verstanden, in dem der „neue Mensch geschmiedet“ werden sollte.¹ Die Arbeitsstätte gestaltete die Lebenswelt der Beschäftigten durch die Bereitstellung von Wohnungen, die Ernährung in öffentlichen Speisehallen, die Ausgabe von Lebensmittelkarten zur Zeit der Rationierung, Gestaltung der Freizeit in Klubs, die Strukturierung der Äußerungen durch betriebliche Zeitungen und Versammlungen.

Diese grundsätzlichen Überlegungen sollen im Folgenden als Grundlage der Analyse für ein Fallbeispiel dienen, das im Wortsinn „weit hergeholt“ erscheint: das Unternehmen „Kuzbassugol“ in Westsibirien, die staatliche Vereinigung der Steinkohle, Metall- und Chemieindustrie des Kuzbass. Bereits der Name, zusammengesetzt aus Kuzbass, der Abkürzung für ‚Kuzneckij Bassejn‘ (Kusnezker Becken)² und ‚Ugol‘, Kohle, signalisiert den Alleinvertretungsanspruch des Unternehmens in der lokalen Gesellschaft. Das bis heute existierende Unternehmen gewann während der Perestrojka an internationaler Berühmtheit, als die Bergleute vom Kuzbass aus eine Streikwelle auslösten,

¹ Der Betrieb als Mittelpunkt der sowjetischen Arbeitswelt wurde zum Ausgangspunkt neuerer westlicher Studien zum Alltag im Stalinismus, vgl. Neutatz, Dietmar: Die Moskauer Metro, Köln 2001. Kotkin, Stephen: Magnetic Mountain: Stalinism as a Civilization, Berkeley 1995. Žuravlev, Sergej: Malen'kie ljudi i bol'saja istorija. Inostrancy moskovskogo Elektrozavoda v sovetskom obščestve 1920 – 1930gg., Moskau 2000.

² Im Folgenden wird die wissenschaftliche Transliteration der Duden-Umschrift vorgezogen; eine Ausnahme stellt der eingedeutschte Begriff ‚Kusnezker Becken‘ dar.

die auf die gesamte Sowjetunion übergriff. Der damals beklagte Mangel am Notwendigsten war auch für die Gründungsphase des Unternehmens– Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre – charakteristisch, die hier betrachtet werden soll.³

Neben den Voraussetzungen für die Ansiedlung des Unternehmens Kuzbassugol' im westsibirischen Raum werden die Auswirkungen auf die lokale Gesellschaft am Beispiel von Infrastrukturbau und Gesundheitsvorsorge Beachtung finden. Dabei wird es weniger um den primären Auftrag des Bergbauunternehmens gehen, Schächte zu teufen, Kohle zu fördern und in der angegliederten Industrie Koks und chemische Produkte herzustellen. Vielmehr geht es um die sekundären Auswirkungen der Unternehmensansiedlung auf seine Umgebung, etwa die Wohnbedingungen und die gesundheitliche Situation der massenhaft rekrutierten Arbeitskräfte.

Der Betrieb Kuzbassugol' wurde zur Zeit der forcierten Industrialisierung im Ersten Fünfjahrplan unter schwierigen Bedingungen aufgebaut. Er ging 1926/27 hervor aus zwei in der Region miteinander konkurrierenden Unternehmen: dem Steinkohletrust Kuzbasstrest zum einen, zum anderen aus einer durch amerikanische, holländische und deutsche Kommunisten aufgebauten ‚Autonomen Industrie-Kolonie‘ (AIK). Diese hatte es sich zum Ziel gesetzt, Bergwerke mit der darauf bezogenen Industrie, wie Holzverarbeitung, Koksöfen und chemische Industrie im Kuzbass sowie eine Farm zur Versorgung der Bergleute aufzubauen und zu betreiben. Für dieses wirtschaftliche und soziale Experiment wurden Bergleute aus aller Welt, insbesondere aus den USA und Deutschland, angeworben; es konnten allerdings nicht so viele Einwanderer rekrutiert werden wie ursprünglich geplant.⁴ Der einzigartige autonome Status der Kolonie bestand neben dem Recht auf direkte Appellation beim zentralen Rat für Arbeit und Verteidigung (STO), dem höchsten volkswirtschaftlichen Steuerungsorgan, darin, mit allen staatlichen Wirtschafts- und Verwaltungsorganen direkt kommunizieren zu dürfen.⁵ Bereits vor der Zusammenlegung der örtlichen Unternehmen im Betrieb Kuzbassugol' war es 1925 zu einer regionalen Wirtschaftskooperation gekommen: Die Kolonie AIK hatte sich seit 1924 um die Übernahme der Bergbaureviere Leninsk und Južnij aus dem Bestand des Kuzbasstrestes bemüht, um damit die Lieferungen der qualitativollen Fettkohle aus den südlichen Revieren für die Koksproduktion sicherzustellen. Diese Vereinigungstendenzen waren jedoch mit zahlreichen Auseinandersetzungen zentraler und regionaler Behörden verbunden. Insbesondere die Großbehörde VSNCh, der Allsowjetische Rat für Volkswirtschaft, nahm die Neuaufteilung der Reviere zwischen Kuzbasstrest und AIK zum Anlass, für eine Zusammenlegung beider Unternehmen in einem gemeinsamen Trust allsowjetischer Bedeutung zu plädieren. Dieser sollte

³ Der Kuzbass blieb in der westlichen Literatur bisher weitgehend unbeachtet, Regionalstudien, die in der russischen Föderation auch aufgrund eines aufblühenden Regionalismus Konjunktur haben, erscheinen nur vor Ort und in kleinen Auflagen. Chaliulina, A. A.: „Zemlja Kužneckaja“ v letopisjach i trudach ucenyh. 17.-20.Jh.. Istoriografija Kuzbassa. Kemerovo 1995. Zur Geschichte des Steinkohlebergbaus im Kuzbass vgl.: Karpenko, Z.G. (otv. Red.): Kuzbass. Prošloe, nastojašee, budušee. Izdanie vtoroe, Kemerovo 1978f; K.A. Zabolotskaja, Ugol'naja promyšlennost', Kemerovo 1996. Gvozdkova, L. I.: Stalinskie lagerja na territorii Kuzbassa (30-40e gg.), Kemerovo 1994. Chaliulin, G. G. (Red.): Prevraščenie Kuzbassa v industrial'nyj region (1927-1937). Ucebnoe posobie, Kemerovo 1995.

⁴ Mit immerhin 566 Ausländern (355 Männern, 109 Frauen und 102 Kindern) war die Kolonie AIK 1923 der größte der 35 ausländischen Kollektivbetriebe in der Sowjetunion. O dviženii gruppovoj immigracii v SSSR, Sekretar' KomSTO Berg, RGAE, fond 3429, op. 3, d. 1321. Vgl. auch Graziosi, A.: Foreign Workers in Soviet Russia, 1920-40: Their Experience and their Legacy, in: International Labor and Working Class History No. 33, S. 38-59. Zur Geschichte der Kolonie vgl. Smith, W. T.: The Kuzbas Colony: Soviet Russia 1921-1926, Ann Arbor 1979.

⁵ Mit dieser Organisationsstruktur konnte insbesondere die Großbehörde Allsowjetischer Rat für Volkswirtschaft (VSNCh) umgangen werden, die im Vorfeld des Ersten Fünfjahrplans gegenüber dem STO an Bedeutung gewonnen hatte. Aus ihr ging schließlich das Volkskommissariat für Schwerindustrie hervor.

direkt dem VSNCh unterstehen. Noch vor der Verabschiedung des Fünfjahrplans wurde 1928 die autonome Industriekolonie aufgelöst und ging, gemeinsam mit dem Steinkohleunternehmen Kuzbassrest in dem Trust ‚Kuzbassugol‘ auf. Dieser unterstand nun direkt dem VSNCh, beziehungsweise nach der Neuorganisation der staatlichen Wirtschaftsbürokratie, dem Volkskommissariat für Schwerindustrie.

Die Vereinigung der beiden regionalen Unternehmen zu einem Großbetrieb ‚Kuzbassugol‘ wurde vom VSNCh mit der großen Bedeutung begründet, die das Unternehmen in Zukunft für die Versorgung des Ural und des europäischen Russland mit (Koks-)Kohle haben werde; die Kohleförderung im Kuzbass sollte von derzeit [1926] 80 Mio. Pud [=1,280 Mio. t] auf 149 Mio. Pud [= 2,384 Mio. t] 1928/29 ansteigen, schließlich sollten 1929/30 181 Mio. Pud [= 2.896 Mio. t] gefördert werden.⁶

I. Voraussetzungen für die Ansiedlung der Schwerindustrie im Kusnezker Becken

Kulturgeographische Voraussetzungen: Bodenschätze, Klima, Erschließung

Das Territorium Kusnezker Becken, mit dessen schwerindustrieller Ausbeutung das Unternehmen Kuzbassugol beauftragt worden war, ist eine 26.000 qkm große Mulde südöstlich von Novosibirsk, die im Osten, Westen und Süden von Gebirgen eingegrenzt wird. Die Steinkohlevorkommen des Kuzbass sind nicht nur die größten Russlands, sondern gehören auch zu den größten der Welt. Neben der Mächtigkeit der Flöze von bis zu 10 Metern ist die hohe Qualität der Kohle von Bedeutung; der Asche- und Schwefelanteil war im Vergleich zu anderen sowjetischen Vorkommen deutlich niedriger, der Kaloriengehalt der Steinkohle der höchste in der Sowjetunion.⁷ Zu den reichen Naturschätzen im Kuzbass gehören neben der Kohle auch Kupfer, Eisen, Mangan, Halbmetalle, Phosphor, Quarz, Mineralfarben und -wasser.⁸

Das Klima im Kuzbass ist gemäßigt kontinental und zeichnet sich durch heiße, trockene Sommer und eine strenge, trockene Winterkälte aus, sowie durch eine sehr hohe Anzahl an Sonnentagen. Mitte Dezember ist es durchschnittlich etwa 7 Stunden hell, Mitte Juni 17 Stunden und 30 Minuten. Typisch für das kontinentale Klima sind außerdem die plötzlichen und starken Klimawechsel, die innerhalb eines Jahres, aber auch innerhalb eines Monats oder Tages auftreten können. Die Durchschnittstemperaturen (Januar und Juli) liegen bei etwa $-/+ 20^{\circ}$ Grad Celsius, extreme Temperaturen von $-/+ 50^{\circ}$ Grad Celsius treten dabei häufig auf, auch über längere Zeiträume hinweg. Der erste Schnee fällt bereits im September und fängt Mitte April an, abzutauen. Je nach Bodenbeschaffenheit ist auch die Höhe der Schneedecke unterschiedlich, von 40 cm bis zu 3 m. Im Großteil der Kusnezker Mulde herrscht der humusreiche Schwarzerdeboden vor, der zu den Gebirgen hin in einen Torf- und Sumpfboden übergeht.

⁶ Ein Pud entspricht 16 kg. VSNCh, Pjatakov, v STO, 6.4.1926, R-47, op. 1, d. 10, l. 47-48.

⁷ Der Aschegehalt beträgt nach Schätzungen 1987 10-20% durchschnittlich; Der Kaloriengehalt des absolut trockenen Brennstoffes beträgt 8.000. Kuz'min, A.P./ Artjushkova R. M./ Osipova L.M.: Problemy razvitija ugol'noj promyshlennosti Kuzbassa, in: Fridman, J. A., Drejcer, I.A. (Eds.): Kuzbass: Problemy razvitija regiona. Novosibirsk. 1990, S. 76-87.

⁸ Vgl., auch im Folgenden: Administracija Kemerovskoj oblasti (Hg.): Okno v Kuzbass. 60 let Kemerovskoj oblasti (DVD), Kemerovo 2003.

Die Rohstoffe an der Peripherie des russischen Reiches gerieten zur Jahrhundertwende mit dem Bau der transsibirischen Eisenbahn in den Blick des Zentrums: Ab 1900 wurde die ganze Bahnstrecke von Cel'jabinsk bis Vladivostok in Betrieb genommen. Ausgehend von Novonikolaevsk, dem späteren Novosibirsk, entwickelten sich die im Süden an die Bahnlinie anschließenden Industriestandorte.⁹ Die Eisenbahn beförderte zunächst jedoch vor allem landwirtschaftliche Produkte, Getreide und Butter, die zu den wichtigsten Exportartikeln Westsibiriens gehörten. Mühlen und Molkereien entlang der transsibirischen Eisenbahn beschäftigten um die Jahrhundertwende etwa die Hälfte der westsibirischen Arbeiter und stellten ca. 70% des Absatzes. Unter den regionalen Großbetrieben hat man sich daher zu dieser Zeit längst noch keine Bergbaubetriebe und Hochöfen vorzustellen, sondern große Viehweiden und Molkereien – der Anteil der sibirischen an der russischen Butter stieg von 8,7% (1896) auf 93,8% (1907) – und dampfbetriebene Getreidemühlen. Letztere lagen direkt an der Eisenbahn, zum einen, um die Versorgung mit Steinkohle für die Dampfmaschinen zu gewährleisten, zum anderen, um das Getreide einfach exportieren zu können.

Zunehmend gewann die Kohleindustrie in der Region an Bedeutung, nachdem die Nachfrage nach Steinkohle im Ersten Weltkrieg stark angestiegen war. Die Förderung der Steinkohle wurde ab 1912 durch eine Aktiengesellschaft mit französischer und belgischer Beteiligung organisiert, die unter günstigen Bedingungen das alleinige Recht erwarb, auf dem Territorium des Kusnezker Beckens Kohlenflöze zu suchen, Schächte abzuteufen und Kohle zu fördern. Für jedes Pud geförderter Kohle sollte die Aktiengesellschaft „obščestvo Kuzneckich kamennougol'nych kopej“, abgekürzt „Kopikuz“, eine halbe Kopeke an das staatliche Kabinett zahlen.¹⁰ Laut dem mit dem zarischen Kabinett abgeschlossenen Vertrag, aber auch aus eigenem Interesse sorgte die Aktiengesellschaft Kopikuz für einen Ausbau der Infrastruktur im Kusnezker Revier: 1915 konnten die Bahnlinien von der transsibirischen Magistrale zu den Kemerover und Kol'cuginsker Bergwerken in Betrieb genommen werden.¹¹ Während des Ersten Weltkrieges stieg die Förderung im Kuzbass-Revier beträchtlich an, sie betrug in Tausend t: 1913: 773,1; 1914: 855,1; 1915: 1.130,3; 1916: 1.185,9 und 1917: 1.256,4.¹² Die Aktiengesellschaft Kopikuz, die nach der Oktoberrevolution zunächst nicht nationalisiert worden war, konnte im Laufe des Bürgerkriegs nicht nur die Förderung, sondern auch den Ausbau der Region fortsetzen, insbesondere der südlichen Reviere (Prokop'evsk und Kiselevsk). Die Förderung ging allerdings während der Bürgerkriegsjahre zurück; nur in den neu abgeteufen südlichen Revieren stieg die Förderungsmenge.¹³ 1919 wurde schließlich auch die Aktiengesellschaft Kopikuz nationalisiert; damit sollte nach dem Ende des Bürgerkrieges eine neue Etappe in der staatlichen Erschließung der Bodenschätze des Kuzbass beginnen. Bis zur Übernahme der Förderung durch das internationale Kooperativunternehmen AIK wurde mit 855,1 TT lediglich ein kleiner Teil (8,7%) der gesamten russischen Steinkohle im Kuzbass gefördert.¹⁴

⁹ Vgl., auch im Folgenden: Fuhrmann, Axel: Die Herausbildung des Industriestandortes Novosibirsk, Düsseldorf 1994 [masch. Manuskript].

¹⁰ Die Mehrheit der Aktien – Kontrollpaket – lag bei der Meždunarodnij kommerceskij bank, die dadurch entscheidenden Einfluss bei Kopikuz gewann. Auch die Leitung der Aktiengesellschaft lag bei russischen Financiers. Zabolotskaja, Ugol'naja promyšlennost' 1996, S. 39.

¹¹ Zabolotskaja, K. u.a. (Hg.): Ugol'naja promyšlennost' Kuzbassa, 1721-1996, Kemerovo 1997, S. 42.

¹² Kuzneckij Ugol'nyj Bassejn. Statisticeskij spravocnik, Moskau 1959, S. 98f..

¹³ Zabolotskaja, Ugol'naja promyšlennost' 1997, S. 45.

¹⁴ Kuzneckij Ugol'nyj bassejn, S. 98f.; Ugol'naja promyšlennost', S. 45.

Bevölkerung

In den Jahren nach dem Bau der Transsibirischen Eisenbahn hatte die Region Kuzbass einen ersten großen Bevölkerungszuwachs erfahren. Dennoch blieb die Bevölkerungsdichte dünn: Im Vergleich zum europäischen Russland 1897 mit einer Bevölkerungsdichte von 22,1 Menschen pro Quadrat-Werst¹⁵, waren es hier durchschnittlich 2,6 Menschen. Das Tomsker Gouvernement, dem der Kuzbass administrativ angehörte, war damit jedoch immer noch die am dichtesten besiedelte Region Westsibiriens.¹⁶ Der Anteil der städtischen an der Gesamtbevölkerung nahm trotz der Gründung zahlreicher neuer städtischer Siedlungen den letzten Platz ein: 6,6%. Bis 1914 wuchs der Anteil der Städter auf 8,8%, was auf die genannten Neugründungen, aber auch auf Ansiedlung aus dem europäischen Teil Russlands sowie auf den Zuwachs aus den umliegenden Dorfern zurückging. Novonikolaevsk, das spätere Novosibirsk, war 1910 bereits nach Omsk (151.428 Einwohner) und Tomsk (107.711 Einwohner) die drittgrote Stadt in Westsibirien geworden.

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg erlebte Sibirien einen ungewöhnlichen Zuwachs an Bevölkerung, der sich in den nachrevolutionären Jahren, während der Zeit des Burgerkriegs, fortsetzte: So stieg allein in den Jahren 1918 bis 1920 die Bevölkerungszahl im Tomsker Gouvernement um 23,8% an. Zunächst war dies vor allem auf die zahlreichen Flüchtlinge aus dem europäischen Russland, die Kriegsgefangenen und eine relativ hohe Geburtenrate zurückzuführen. 1920-24 zogen etwa 450.000 Menschen in die westsibirische Region, meist Bauern aus den Hungersnotgebieten der Mittleren Volga. Dieser Zuzug betraf vor allem die ländlichen Gebiete, in den Städten nahm die Bevölkerungszahl hingegen ab. Ethnisch war die westsibirische Bevölkerung im Tomsker Gouvernement differenziert. Bereits um die Jahrhundertwende stellten jedoch die Ostslaven den groten Teil: In den Jahren 1897-1910 stieg ihr Anteil von 91,3 auf 94,2 % an.¹⁷ Die einheimische Bevölkerung der sog. Altaj-Völker, Schorzen und Teleuten, wurde schon mit der beginnenden Industrialisierung in Westsibirien um die Jahrhundertwende aus den ursprünglichen Territorien vertrieben und siedelte sich vor allem im gebirgigen Suden, der Gornaja orja an. Dort beschäftigte sie sich vor allem mit Landwirtschaft sowie mit der Holzwirtschaft als Zulieferer fur die sich ansiedelnde Industrie. Zwischen 1897 und 1910 ging ihr Anteil an der örtlichen Bevölkerung von 6,0 auf 3,6% zurück.¹⁸

Zusammenfassend lässt sich die Bevölkerung im Kuzbass zu Beginn der 20er Jahre als in besonderem Mae ländlich geprägt charakterisieren. Dies stellte auch die Gewerkschaft der sibirischen Bergleute 1927 in ihrer ersten Jubilumsfestschrift zum 10-jährigem Bestehen ihrer Organisation

¹⁵ Ein Werst entspricht 1,06 km.

¹⁶ Vgl., auch im Folgenden: Gucin, N. Ja., V.A. Isupov, RAN, Sibirskoe otdelenie (Hg.): Naselenie Zapadnoj Sibiri v XX. veke. Novosibirsk 1997, S. 18ff.; Alekseev, V. V.; Isupov, V. A.: Naselenie Sibiri v gody velikoj otecestvennoj vojny, Novosibirsk 1986, S. 13ff. Bat anova, E. P.: K etnopoliticeskoj situacii v Kemerovskoj oblast, Moskva 1993, S. 3ff. Das Tomsker Gouvernement ist in Teilen identisch mit dem spateren Kuzbass; es ging 1882 aus dem westsibirischen Generalgouvernement hervor, und wurde 1937 zum Novosibirsker Gebiet (Novosibirskaja oblast ). Das Untersuchungsgebiet Kuzbass wurde 1943 mit der Gebietshauptstadt Kemerovo als Kemerovskaja oblast  aus dem Novosibirsker Gebiet abgeteilt. Gucin, N. Ja.; Isupov, V.A.: Naselenie Zapadnoj Sibiri, S. 9ff.

¹⁷ Bat anova: K etnopoliticeskoj situacii, S.5f.

¹⁸ In der russischen Literatur wird dieser Bevölkerungsrückgang vor allem mit der niedrigen Geburtenrate begründet. Vgl. Alekseev/Isupov, S. 45.

fest: Ein Arbeiter im Kuzbass, das sei ein Bergmann – aber einer, der aus dem Dorf komme. Diese Herkunft wirke sich natürlich auch auf seine Weltsicht aus.¹⁹

Politische Entscheidungen

In den 20er Jahren standen die Pläne für einen weit reichenden Ausbau des Kusnezker Steinkohlereviers in Konkurrenz zu den anderen Steinkohlevorkommen der Sowjetunion. Die Weiterentwicklung insbesondere der europäischen Vorkommen, wie dem Donezker Revier (Donbass) gestaltete sich profitabler und forderte weniger Investitionen. Gerade der Donbass, das größte sowjetische Revier, hatte einige Standortvorteile: Dort waren aufgrund der weit ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Bergbautradition ausreichend Arbeiter und geschulte Ingenieure vor Ort. Darüber hinaus mussten nicht erst neue Bahnstrecken zur Erschließung der Vorkommen angelegt werden. Wichtigstes Argument für den Donbass war jedoch die Verbindung von Steinkohle- und Erzvorkommen, die zu einem steilen Anstieg von Förderung und Metallproduktion im Laufe des 19. Jahrhunderts führte. Der Donbass löste dadurch den Ural in seiner bisherigen Monopolstellung für die Eisenproduktion ab. Dort war die Metallproduktion in veralteten, kleinen Eisenhütten auf der Basis von Holzkohle Ende des 19. Jahrhunderts in eine Krise geraten. Die Waldvorräte, vor allem im mittleren Ural, waren weitgehend erschöpft. Regionale Wirtschaftsfachleute entwarfen daraufhin den Plan, mit Hilfe von intensiver staatlicher Finanzierung die etwa 2.000 km entfernte Kuznecker Kohle für die Verhüttung im Ural zu verwenden. Die Planungen wurden jedoch infolge der Wirtschaftskrise zu Beginn des 20. Jahrhunderts und schließlich des Ersten Weltkrieges und der Revolution zunächst zurückgestellt.²⁰ Diese Fragen, damit verbunden auch die Frage nach einer langfristigen Verlagerung der sowjetischen Schwerindustrie in den asiatischen Raum, wurden im Verlauf der 20er Jahre auf unterschiedlichen Ebenen des jungen sowjetischen Staates heftig diskutiert. Nur scheinbar standen die ökonomischen Interessen im Vordergrund der Debatte; sie wurden zum argumentativen Gepäck unterschiedlicher Gruppen, denen es um die Durchsetzung regionaler oder national- und verteidigungspolitischer Interessen ging. Gleichzeitig war die Diskussion von einer utopischen Dimension geprägt, die die Realität weit hinter den Wunschvorstellungen zurückließ.

Auf dem Aprilplenium des CK 1925 gerieten die Gegner und Befürworter einer schwerindustriellen Entwicklung Sibiriens aneinander. Die Pläne für eine gemeinsame Ural-Kusnezsk-Industrie wurden dabei jedoch nicht konkret besprochen, sondern traten gegenüber der regionalen, punktuellen Entwicklung zunehmend in den Hintergrund.²¹ In der Diskussion kam es aus unterschiedlichen Gründen zu Allianzen der Verhandelnden: So forderten die Wirtschaftsfachleute des Ostens, insbesondere im Ural, den Ausbau der regionalen Bodenschätze mit Hilfe staatlicher Investitionen – während die Bolševiki im Zentrum vor dem Hintergrund der Besetzung des Donbass im ersten Weltkrieg

¹⁹ CK i Sibirskij Kraevoj Komitet Sojuza Gornorabocich SSSR. Gornjaki Sibiri. 1917-1927gg.. Sbornik statej i vospominanij. Novosibirsk 1927, S. 1.

²⁰ Kirstein, T.: Sowjetische Industrialisierung – geplanter oder spontaner Prozeß? Eine Strukturanalyse des wirtschaftlichen Entscheidungsprozesses beim Aufbau des Ural-Kusnezsk Kombimates 1918-30, Baden-Baden 1979, S. 43ff.; Harris, James R.: The Great Urals, Ithaca and London 1999, S. 10ff.

²¹ Es ist hier nicht der Ort, diese Debatte ausführlich wiederzugeben, die für die internen Machtstrukturen der Sowjetunion und damit auch das Funktionieren des sowjetischen Staates aufschlussreich ist. S. dazu die detaillierte Untersuchung von Kirstein: Sowjetische Industrialisierung, die allerdings noch nicht auf Archivmaterialien zurückgreifen konnte, sowie: Leuchova, M.G.: Iz Istorii stanovlenija vtoroj ugol'no-metallurgiceskoj bazy strany, in: Sibir'- Frontu - Materialy vserossijskoj naucnoj konferencii, Kemerovo 2000, S. 61-64. Hier Wiedergabe der Diskussion auf dem April-Plenum des CK 1925. Vgl. auch: Harris: The Great Urals, S. 9-37.

und im Bürgerkrieg, die die sowjetische Regierung von der Kohle- und Metallversorgung aus dem Süden abgeschnitten hatte, ein starkes Interesse an einem strategisch sicheren Revier hatten. Dies schien durch eine Verlagerung der Schwerindustrie in den Osten des Reiches gewährleistet. Von den Politbüro-Mitgliedern profilierte sich insbesondere Kujbyšev als Verfechter der östlichen Schwerindustrie und des UKK-Projekts, sowie Vorošilov, der den strategischen Aspekt der Verlagerung betonte.

Tatsächlich kam der Aufbau im Kuzbass allerdings sehr langsam voran. Zwar sollte nach einer Entscheidung des STO vom Januar 1921 der Kuzbass in Zukunft die Hauptlast in der Versorgung der europäischen Regionen mit Kohle tragen. Ein weiterer STO-Beschluss vom 20. Mai 1921 zählte den Ausbau der Kohleförderung in den südlichen Kuzbass-Revieren Prokop´evsk-Kiselevsk, in Kol´cuginsk und Kemerovo sowie den Aufbau der chemischen Industrie in Kemerovo und den Wiederaufbau der Eisenhütte in Gur´evsk zu vorrangigen Staatsaufgaben, den vorzunehmenden ‚Stoßarbeiten‘.²²

Allerdings führten diese verstärkten staatlichen Bemühungen um das Revier Kuzbass zunächst nicht zu einem Anstieg der Förderung, vielmehr kam es 1921 zu einem starken Produktionseinbruch: 1921 wurde um 13% weniger gefördert als 1920.²³ Am Ende des Jahres 1921 sollte daher eine Kommission des STO untersuchen, weshalb trotz der aus dem Zentrum gelenkten Initiativen die Kohleproduktion im gesamten Revier derart zurückgegangen war. Die Kommission sah die Ursachen der Produktionsschwierigkeiten in der mangelnden Produktivität der Arbeiter. Die Arbeiter seien unqualifiziert und unmotiviert, sie seien mehr mit ihrer Subsistenz-Landwirtschaft (ogorody), als mit dem Bergbau beschäftigt. Problematisch sei neben der Disziplinlosigkeit der Arbeiter ihr häufiges Fehlen am Arbeitsplatz. Dies hänge jedoch auch mit den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bergleute zusammen: Es gebe keine Auszahlung von Naturalprämien, es fehlte vor allem an warmer Kleidung und Schuhen (für die vor der Hungersnot in der Ukraine in die sibirische Kargheit geflohenen Bauern eine lebenswichtige Forderung), außerdem seien die Wohnbedingungen und sanitären Zustände katastrophal.²⁴ Diese von der Kommission beobachteten und festgehaltenen Mängel führten der Regierung den Misserfolg des Programms zur Massenmobilisierung von Arbeitern als ‚Arbeitssoldaten‘ vor Augen. Während die vom STO 1922 beschlossenen Maßnahmen, die unter anderem eine bessere Versorgung der Kumpel vorsahen, tatsächlich eine Verbesserung der Förderungsleistung bewirkten,²⁵ stellte sich den Wirtschaftsplanern im Kuzbass bereits ein neues Problem: nun wurde zwar mehr, aber für die Halde produziert. Aufgrund schlecht ausgebauter Transportmöglichkeiten und hoher Kosten griff die sibirische Leichtindustrie eher auf Holz als Brennstoff zurück und war auf die Kohle nicht angewiesen, gleiches galt für den häuslichen Bereich. Auch für den Ural, dessen Holzvorräte bereits weitgehend erschöpft waren, blieb die Kohle weiterhin im Vergleich zu teuer.²⁶ Dieses Problem verschärfte sich auch während des folgenden Industriejahres 1923/24 und wurde durch Fehlplanungen noch forciert. Wie Tatjana Kirstein bereits treffend bemerkte, hing die Produktion von Kohle über den Bedarf hinweg auch mit einer

²² Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1996), S. 69.

²³ Kuzneckij Ugol´nij Bassejn, S. 98f.

²⁴ Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1996), S. 72.

²⁵ Von 0,781 Mio. t auf 0,909 Mio. t. Kuzneckij Ugol´nij Bassejn, S. 98f.

²⁶ Kirstein, Sowjetische Industrialisierung, S. 22ff.

frühsowjetischen ‚Alles ist möglich‘-Mentalität zusammen, die die primär ökonomischen Ziele den sozialen, technischen und nicht zuletzt außenpolitischen Erfolgen unterordnete. In diesem Denken war es wichtiger, sich die unermesslich scheinenden sibirischen Bodenschätze anzueignen – was in Statistiken am Anstieg der ‚Tausend-Tonnen‘ ablesbar war – und schließlich vom Kuzbass aus die soziale Umwälzung einer weitgehend bäuerlichen Bevölkerung einzuleiten. Die Produktion für die Halde kann so auch als Beschäftigungspolitik für den sibirischen Bauern gesehen werden, der zum proletarisch bewussten Bergmann umerzogen werden sollte.²⁷

II. Folgen der Unternehmensansiedlung für die lokale Gesellschaft

Aufbau der Schwerindustrie, Schachtbau

Mit der Gründung von Kuzbassugol´ wurde im Raum Kuzbass ein Unternehmen der Steinkohleförderung geschaffen, das Monopolstellung einnahm. Bereits in der zweiten Hälfte der 20er Jahre war es unter der Ägide der Autonomen Industriekolonie zu einer Konzentration der Steinkohleförderung gekommen, an die nun angeknüpft werden konnte. Am 12.11.1924 war im Rat für Arbeit und Verteidigung (STO) ein Beschluss unterzeichnet worden, der die Übergabe der südlichen Reviere an AIK vorsah; damit war das von der Kolonie aufgebaute Koks-Chemie-Werk an die wichtigsten Zuliefererbetriebe angeschlossen, deren qualitätvolle Kohle für die Koksproduktion unabdingbar war.²⁸ Der erste Schritt zu einer einheitlichen Leitung der Kuzbass-Kohle war damit gemacht worden. Gleichzeitig wurde die Förderung rationalisiert: Hatte es 1921/22 noch 36 Stollen und Schächte im Kuzbass gegeben, war die Förderung 1924/25 auf 15 Stollen und Schächte konzentriert worden.²⁹ Die Maßnahmen der Kolonie, die unter dem Programm des ‚chozrascet‘, der ‚wirtschaftlichen Rechnungsführung‘ der NEP-Zeit standen, führten zu einer erhöhten Kohleförderung, die sogar die Nachfrage überstieg. Dies hing jedoch auch mit dem allgemeinen ‚chozrascet‘, der Sparpolitik der früheren Kohle-Abnehmer zusammen, die nun auf Holz als Brennstoff umgestiegen waren. Nichtsdestotrotz stieg bereits vor dem Ersten Fünfjahrplan der Kapitalfluss in die Region, so dass 1926/27 verstärkt in den Schachtbau investiert wurde: Neue Schächte wurden abgetäuft und alte wieder aufgebaut, bzw. mechanisiert.³⁰

Bereits 1927 war die jährliche Förderung angestiegen auf 4,795 Mio. t. Dieser Anstieg der Förderungsmenge wurde allerdings weitgehend unabhängig von der begonnenen Mechanisierung erzielt, da sich die den Bergwerken zugehörigen Elektrostationen als zu schwach erwiesen. Zu Beginn des Ersten Fünfjahrplans gab es nur vier Elektrowerke im Kuzbass: Anžero-Sudžensk (1.300KVT), Kemerovo (1.500KWatt), Leninsk (500KW) und Prokop´evsk (175 KW).³¹ Die Kolonie erprobte jedoch neue Fördermethoden und schaffte Maschinen aus dem Ausland an. Für das Kemerover und Leninsker Bergwerk konnten Schrämmaschinen und eine Schüttelrutsche (1,5km lang) erworben

²⁷ Ebd., S. 23 u. 25.

Galkina, L. Ju.: Sozdanie i dejatel´nost´ avtonomnoj industrial´noj kolonii inostrannyh rabočich i specialistov (AIK) v Kuzbasse (1921-1926gg.) [maschinenschr. Manuskript], Kemerovo 1997, S. 69.

²⁹ Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´, S. 72.

³⁰ Leninsk: Žurinka-3, Zentralstollen und Schacht 5-6, Bergwerk Prokop´evsk, Mechanisierung des Schachtes Kapital´naja. Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1996), S. 76.

³¹ Ebd.

werden.³² Ab März 1924 wurde in der Kemerover Kokerei der erste Koks hergestellt, dessen Qualität zunächst aufgrund von Verschmutzungen des Beschickungsgutes und der Brenner allerdings relativ schlecht war. Die Produktion wurde im Laufe des Wirtschaftsjahres 1925/26 jedoch angekurbelt, so dass 2 Batterien in 24 Stunden schließlich 430 Tonnen Koks lieferten, der weniger Schwefel und Feuchtigkeit enthielt als der im Donbass produzierte Koks. Der Preis konnte insbesondere durch den Verkauf der anfallenden chemischen Produkte gesenkt werden.³³ Ab dem April 1924 wurde der Koks aus dem Kuzbass regelmäßig zur Eisenherstellung in den Ural geliefert; die im Kuzbass geförderte Steinkohle konnte jedoch nicht wie geplant abgesetzt werden.³⁴

Trotz der Absatzschwierigkeiten sollte die Steinkohleförderung im Kuzbass während des Ersten Fünfjahrplans (1928/29-1932/33) deutlich erhöht werden: Wurden 1928 noch 2,387 Mio. t gefördert, so gab die letzte Planvariante des Fünfjahrplans eine Jahresförderung von 5,2 Mio. t vor. Während der Laufzeit des Plans wurden die Ziffern ständig erhöht und betragen 1931 bereits 7,38 Mio. t und 1932 10,5 Mio. t.³⁵ Damit hatten die staatlichen industriepolitischen Steuerungsorgane dem Kuzbass ein ambitioniertes Programm auferlegt, ohne im Gegenzug allerdings die notwendige Finanzierung sicher zu stellen. So sah das VSNCh 1,1 Mio. Rubel zur Förderung der Steinkohleindustrie vor, wovon $\frac{3}{4}$ für den Donbass eingeplant waren und nur 70-75 Mio. Rubel für den Kuzbass, was angesichts des kostenintensiveren Ausbaus der wenig erschlossenen sibirischen Region unger rechtfertigt erscheint. Wie vorhersehbar blieb so die Ausführung des Plans weit hinter den Erwartungen zurück. Dabei erwies sich als besonders problematisch, dass den geologischen Vorarbeiten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden war, und angesichts einer ohnehin schlechten finanziellen Ausstattung durch falsches Täufen unnötig Kapital verschlissen wurde.³⁶

Mit großem Engagement wurden nun bestehende Schächte weiter ausgebaut und neue Schächte abgetäuft. Entgegen der ursprünglichen Planung wurden, um eine möglichst hohe Förderung zu erreichen, weit mehr Schächte in Betrieb genommen: So wurden in Prokop´evsk, dem wichtigsten Bergwerk für Koks-kohle, statt den geplanten vier neuen Schächten schließlich 17 Schächte ausgebaut. Insgesamt wurden zur Zeit des Ersten Fünfjahrplans im Kuzbass 51 neue Schächte in Betrieb genommen, von denen 25 zu den südlichen Gebieten Prokop´evsk und Kiselevsk gehörten.³⁷

Die Industriepolitik des Ersten Fünfjahrplans bedeutete so einen erheblichen Vorstoß für den Ausbau des Bergbaus in der Region; in den Jahren 1928-32 war die Kohleförderung in Sibirien von 3,627 Mio. t auf 9,711 Mio. t angestiegen. Der Anteil an der gesamten sowjetischen Förderung konnte so von 10,2% auf 15,1 % gesteigert werden.³⁸ Weiterhin war mit 43,634 Mio. t, die in 317 Schächten gefördert wurden, der Donbass das größte Steinkohlenrevier der Sowjetunion; der Kuzbass rückte allerdings mit 6,966 Mio. t auf den zweiten Platz vor.³⁹

³² Galkina, AIK, S. 84.

³³ Ebd., S. 63.

³⁴ Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1996), S. 75.

³⁵ Kuzbass. Prošloe, nastojašcee, budušcee, S. 183.

³⁶ Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1996), S.81f..

³⁷ Bikmetov, R. (Hg.): Pobeda byla za nami. Istorija goroda Prokop´evska, Prokop´evsk 1995, S. 26.

³⁸ Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1996), S. 88.

³⁹ Zabolotskaja, S. 85.

Da man sich an überhöhten Planziffern orientierte, denen eine nicht ausreichende Finanzierung entgegen stand, wurde vor allem der extensiven Förderung der Vorzug gegeben. Die Arbeitsbedingungen im Kuzbass-Bergbau waren demnach katastrophal und stellten auch aufgrund der schlechten Qualifikation der Bergleute eine besondere Gefahr für deren Arbeitssicherheit dar. Zahlreiche Brände unter Tage und Unfälle durch mangelnde Befestigung waren die Folge.⁴⁰

Auch im zweiten Fünfjahrplan, der eine Erhöhung der im Kuzbass geförderten Kohle um 260% vorsah, wurde vor allem der extensiven Förderung den Vorrang gegeben. So wurden bestehende Schächte weiter ausgebaut und damit die Fördermächtigkeit pro Schacht erhöht. Außerdem wurde, nach einem entsprechenden Beschluss des STO von 1934, mit dem ebenfalls extensiven Tagebau begonnen. Gleichzeitig wurden die Schächte verstärkt mit mechanischem Werkzeug ausgestattet, die Zahl allein der Bohrhämmer im Kuzbass erhöhte sich von 131 (1933) auf 1.800 (1937).⁴¹ Die vorherrschende Abbauweise war jedoch weiterhin traditionell, weswegen vor allem der Anstieg der Anzahl der Arbeitskräfte für die erhöhte Förderung ausschlaggebend war. Insbesondere stieg der Abbau von verkokbarer Kohle an, was wiederum eine weitere Verlagerung des Abbaus in den Süden, den Rayon Prokop´evsk-Kiselevsk zur Folge hatte.

Der Vergleich mit der Förderung im Donbass zwischen 1928 und 1937 zeigt die Geschwindigkeit, mit der sich die Region Kuzbass in diesen neun Jahren entwickelte:

*Fördermenge Donbass/ Kuzbass(in 1.000 t)*⁴²

<i>Jahr</i>	<i>Donbass</i>	<i>Kuzbass</i>
1928	27.330	2.618
1932	44.716	7.255
1937	77.466	17.813
1940	92.500	21.100

In den letzten Vorkriegsjahren stieg die Förderung im Kuzbass langsamer an als in den übrigen östlichen Regionen, die nun auch verstärkt ausgebaut wurden. In den unmittelbaren Vorkriegsjahren sank der Anteil der Kuzbass-Kohle an der gesamten sowjetischen Steinkohleförderung. Unter den Beschäftigten im Kuzbass blieb weiterhin eine hohe Fluktuation bestimmend: 1938 waren bei KBU insgesamt 34.687 Arbeiter beschäftigt, davon allerdings 26.800 erst seit einem Jahr, 25.200 waren entlassen worden oder kündigten. Im Zuge des stalinschen Terrors wurde ein Großteil des qualifizierten Personals verhaftet: Stroilov, der leitende Ingenieur von KBU, wurde 1938 als Mitglied eines erdachten „trotzkistischen Zentrums“ verhaftet, ebenso Šestov, Leiter des Bergwerks Anžerka und Princev und stellvertretende Leiter des Kombinats. 70% des leitenden Personals wurde von der Repressionswelle erfasst, ebenso wie der Großteil der erfahrenen Hauer unter Tage.⁴³

⁴⁰ Landau, J.: Povsednevnaja žizn´ v industrial´noj provincii Kuzbass v dovoennoe vremja, in: Bonwetsch, B./ S. Posochov, S. (Hg.): Epocha. Kul´tury. Ljudi (istorija povsednevnosti i kul´turnaja istorija Germanii i Sovetskogo Sojuza. 1920-1950-e gody, Charkov 2004, S. 160-171.

⁴¹ 1933 legten sich die leitenden Ingenieure im Kuzbass auf den Bohrhämmer als günstigste Form der Mechanisierung der Förderung fest; wobei sie allerdings zugaben, dass die im Land propagierten ‚Erfolge‘ der Förderung mit dem Bohrhämmer gefälscht seien und durch vorausgehende Dynamit-Sprengung erzielt worden waren. Protokol zacedanija komisii NKTP po sistemam razrabotok Prokop´evkosovo rajona na perechodnyj period. 1.3.1933, RGAE f. 7566, d. 125, l.10-28.

⁴² Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1996), S.94, 104.

⁴³ Ebd., S. 101 u. 158.

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges versorgte Sibirien die gesamte Sowjetunion mit 19,2% der Steinkohle. Nach der Besetzung des Donbass und des Moskauer Gebietes stand die sibirische Förderung im Mittelpunkt des staatlichen Interesses. Damit gewann der Kuzbass erneut an Bedeutung für die sowjetische Steinkohleproduktion. Die Qualität der verkockbaren Kohle im Revier und die Notwendigkeit der Versorgung der evakuierten Industrie machten das Kusnezker Becken zu einer überlebenswichtigen Ressource der „Heimatfront“.

Insgesamt lässt sich der enorme, explosionsartige Anstieg der Steinkohleförderung im Kuzbass während der Vorkriegs- und Kriegszeit festhalten, der zu Lasten der natürlichen Ressourcen und der Menschen ging, da hinter der Forderung nach „immer mehr Kohle“ die lebensnotwendigen Rahmenbedingungen für Arbeitsplatz und Wohnort außer Acht gelassen worden waren.⁴⁴

Bevölkerung

Insgesamt lebten 1926 im Kusnezker Okrug 369.552 Menschen.⁴⁵ Der Kusnezker Okrug umschloss den Kuzbass administrativ, d.h. ein Territorium mit einer Größe von 65.386 qkm von denen 26.448 qkm (also 41%) bisher urbar gemacht worden waren. Die städtische Bevölkerung machte einen relativ kleinen Anteil von 12,4% aus, also 45.946 Menschen.⁴⁶ In den Bergwerken des okrugs arbeiteten insgesamt ca. 5.500 Menschen, in der Kemerover Koks-Chemie-Fabrik waren ca. 1.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die noch aus der Zarenzeit übernommene Eisenhütte in Gur'evsk, die teures und qualitativ minderwertiges Eisen produzierte, beschäftigte etwa 600 Arbeiter, 407 waren mit der Umstrukturierung in Verbindung mit der Unterstellung unter AIK entlassen worden.⁴⁷ Insgesamt gab es etwa 20.000 Arbeiter im Okrug. Zu den festangestellten Arbeitern bei AIK kam eine hohe Zahl an Bergarbeitern hinzu, die in Kustar-Wirtschaft⁴⁸ Kohle förderten. Die Anzahl dieser als Handwerker arbeitenden Bergleute hatte mit dem steigenden Bedarf AIKs für die Koks-Produktion noch zugenommen.⁴⁹

Mit Beginn der forcierten Industrialisierung erlebte Westsibirien einen weiteren, explosionsartigen Bevölkerungsanstieg: Als Folge der (Arbeits-)Migration, wie auch der erzwungenen Umsiedlung stieg die Bevölkerungszahl zwischen 1926 und 1939 um 21,8% an. Nach der Volkszählung von 1939 lebten in Westsibirien 2.581.815 Menschen in der Stadt und 6.345.452 auf dem Land, insgesamt waren es ca. 9 Millionen.⁵⁰

⁴⁴ Bis heute sind die Folgen der brachialen Industrialisierung spürbar; hinzu kommen extensive Holzwirtschaft und unterirdische Atom-Lagerstätten, die die Gesundheit der westsibirischen Bevölkerung nachhaltig schädigen. Vgl. Fedorova, T.; Peršikov, A.: *Ekologičeskie posledstvia promyšlennogo razvitija Sibiri*, in: *Aktual'nye voprosy*, S. 294-297.

⁴⁵ Kuznecker Bezirk, Teil der Verwaltungseinheit sibirisches Gebiet (Sibirskij kraj) 1925-30.

⁴⁶ Stenogramma zacedania bjuro sibkrajkoma VKP (b) 5 ijunja 1926 goda. Po dokladu Kuzneckogo okrugkoma VKP(b) tov. Ivanova, 8.11.26, 1.1.

⁴⁷ Ebd., 1. 2-3.

⁴⁸ Kustar: Bäuerliches Handwerk.

⁴⁹ Die Gesamtzahl ist allerdings aus den hier vorliegenden Quellen nicht zu ersehen; es bleibt fraglich, ob überhaupt eine Zählung der Kustar-Arbeiter vorgenommen wurde, die saisonal Kohle förderten und ansonsten als Landwirte tätig waren. RGASPI, f. 17, op. 67, d. 367, l. 16.

⁵⁰ *Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda. Osnovnye itogi*. Moskau 1992, S. 23f.. Angesichts einer schwierigen Quellenlage sind Aussagen über die Bevölkerungsentwicklung in Sibirien in der Vorkriegszeit jedoch mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Für Westsibirien charakteristisch war der hohe Anteil an zwangsweise umgesiedelten Menschen, deren Geburtszahlen und Todesfälle bis 1940 nicht registriert wurden. Zwar waren die Leiter der Lager und Kommandaturen seit 1939 verpflichtet, Todesfälle an die Meldebehörde des Herkunftsortes des Verstorbenen zu melden. Dieser Befehl wurde allerdings häufig unterschlagen. Auch die restliche Bevölkerung wurde nur zu einem geringen Teil statistisch erfasst, da es Ende der

Für die 30er Jahre sind, neben freiwilligem Zuzug, insbesondere die Schübe erzwungener Umsiedlung für die Bevölkerungszunahme bestimmend: In erster Linie die im Sowjetjargon genannte „Sonderansiedlung“ (specpereselenie), die Deportation der als „Kulaken“ diffamierten Bauern ab 1929.⁵¹ Insgesamt organisierten die Vertretungen der OGPU in Westsibirien („Spec-Komendatura“ des SibLag) in den Jahren 1930-31 die Umsiedlung von mehr als 80.000 Familien (363.000 Menschen). Die Mehrheit (68.000 Familien oder 284.000 Menschen) wurde in die nördlichen Gebiete, in den Narymsker Kraj verschickt. Zum größten Teil waren dies sibirische Bauern. In den Kuzbass wurden 1931 10.000 Bauern-Haushalte aus Baškirien und dem Moskauer Gebiet zwangsweise umgesiedelt. Das Fehlen von Arbeitskräften im Kuzbass führte 1932 schließlich zu einer „perebroska“ genannten Umsiedlung, bei der 2.000 Familien aus Narymsk in die Industriereviere des Kuzbass geschickt wurden. Insgesamt wurden 1930-32 23.630 Familien in den Kuzbass deportiert, etwa 61.000 Menschen, von denen ein Großteil – alle Arbeitsfähigen – in der Bergbauindustrie des Kuzbass Arbeit fand.⁵² Mitte der 30er Jahre wurde die zwangsweise Umsiedlung von Bauern wieder aufgenommen und erreichte 1939/40 einen Höhepunkt mit 46.500 Haushalten (oder 221.500) Menschen.⁵³ Allein durch die hohe Zahl der Sonderansiedler verdoppelte sich die Einwohnerzahl des Kuzbass.⁵⁴ Viele der als „Kulaken“ diffamierten zwangsweise angesiedelten Bauern fanden in der Industrie Arbeit, bzw. wurden von der zuständigen NKWD-Kommandatur an die Betriebe vermittelt, die 5-25% des Lohnes vom Unternehmen Kuzbassugol´ erhielt. Als „Sonderansiedler“ unterstanden die ehemaligen Bauern am Wohn- und Arbeitsort ständiger Meldepflicht und arbeiteten zu schlechten Bedingungen bezüglich Arbeitsort, -kleidung und -normen sowie der Versorgung mit Lebensmittelrationen.⁵⁵

In den letzten Vorkriegsjahren (1939/40) zogen ca. 400.000 Menschen in die Städte des Kuzbass; davon 87.000 nach Novosibirsk, 45.000 Menschen nach Novokusnezsk, ca. 21.000 nach Kemerovo und 14.000 nach Prokop´evsk.⁵⁶ Gerade die bäuerliche Bevölkerung, die den Großteil der Zuzügler bildete, hatte die wenigsten Probleme, sich an die schwierigen, zum Teil improvisierten Lebensbedingungen in den Städten anzupassen – etwa mit dem Leben in Erdhöhlen oder Baracken und der schlechten medizinischen und materiellen Versorgung.

Typisch für das schnell industrialisierte Gebiet, wie es der Kuzbass darstellte, war der verhältnismäßig hohe Anteil der männlichen Bevölkerung gegenüber der weiblichen, vor allem bei der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter: So hatte sich in den sechs Jahren von 1920-1926 der Anteil der männlichen Bevölkerung auf dem Territorium des späteren Sibkraj um 18% vergrößert, der der

30er Jahre in Westsibirien noch keine Meldeämter (ZAGS: Zaregistrovanie aktov graždanskogo sostojanija) gab. Gušcin / Isupov: Naselenie Zapadnoj Sibiri, S. 16.

⁵¹ Westsibirien zeichnete sich im innersowjetischen durch die große Zahl an Deportierten aus: 1953 wurden SU-weit 2.753.000 Sonderansiedler gezählt, in Westsibirien waren es allein 634.000 Tausend; Die Sterberate unter dieser Gruppe war allerdings sehr hoch, so dass ursprünglich weit mehr Menschen deportiert wurden – allerdings wurden bis 1940 die Geburts- und Todesfälle unter den Sonderangesiedelten und den Häftlingen in den Straflagern nicht registriert; auch unter der ‚freien‘ Bevölkerung war die Statistik in den 30er Jahren unvollständig. Gušcin/ Isupov, S. 6.

⁵² S. Krasil´nikov, Serp i Moloch. Krest´janskaja ssylka v Zapadnoj Sibiri v 1930-e gody, Moskau 2003, S.239ff.. und Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1997), S. 143f..

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Krasil´nikov, S. A.; Kuznecova, V. L. et al. (Eds.): Specpereselenicy v Zapadnoj Sibiri. Vesna 1931 – nacalo 1933gg. Novosibirsk 1993, S. 3-5.

⁵⁵ Zabolotskaja, Ugol´naja promyšlennost´ (1997), S. 143f..

⁵⁶ Gušcin/ Isupov, S. 40.

weiblichen nur um 14%.⁵⁷ In den Folgejahren 1926-39 führten die Hungersnot 1932/33 und der Terror 1937/38 zu großen Verlusten insbesondere unter der männlichen Bevölkerung: In Westsibirien sank der Männeranteil an der Bevölkerung von 48,8% auf 47,7%. Er war damit jedoch noch deutlich höher als im europäischen Russland, wo er von 47,3% auf 46,9% zurück ging.⁵⁸ Die Frauen, die im Laufe der Fünfjahrpläne für die Schwerindustrie rekrutiert werden sollten – einerseits, um der sowjetischen „Gleichberechtigungsrhetorik“ nachzukommen, andererseits aber, um weiteres, bereits vorhandenes Arbeitskräftepotential auszuschöpfen – waren im Vergleich zu den Frauen des europäischen Russland deutlich schlechter ausgebildet und alphabetisiert.⁵⁹

Nicht nur in Bezug auf das Geschlechterverhältnis, auch im Hinblick auf die Altersstruktur unterschied sich die westsibirische Region von der übrigen russischen Sowjetrepublik. Der Anteil der bis zu 20-jährigen war hier ungewöhnlich hoch, so dass das Durchschnittsalter 1939 bei 25,1 Jahren lag – im Gegensatz zu 26,4 Jahren in der gesamten russischen Sowjetrepublik. Das so genannte „Durchschnittsalter“ täuscht jedoch: Gerade die 20-29-Jährigen waren 1939 in Westsibirien noch stärker als im Rest der RSFSR unterrepräsentiert, die 1-19-Jährigen hingegen überrepräsentiert. Die Bevölkerung des Kuzbass war daher während der Zeit der forcierten Industrialisierung sehr jung, vor allem die Geburtsjahrgänge der 20er Jahre waren überdurchschnittlich häufig vertreten.⁶⁰

Im Hinblick auf die ethnische Differenzierung ist 1926-39 ein deutlicher Anstieg der Zahl der russischen Bevölkerung in den westsibirischen Städten auszumachen, der sich von 87,5% auf fast 90% erhöhte. Die ukrainische und weißrussische Bevölkerung war 1939 eher im Dorf als in der Stadt vertreten (3,4% zu 6,2%, bzw. 0,5% zu 0,7%). An der gesamten Stadtbevölkerung gemessen, war der Anteil der Schorzen und Teleuten in der Stadt minimal: Er betrug 1939 0,1%, hatte sich jedoch aufgrund der Migration vom Dorf in die Stadt von 0,07% (1926) ausgehend erhöht. Dies war eine der Folgen der Industrialisierungspolitik, die die Ausbeutung der Bodenschätze des einheimischen Siedlungsgebiet „Gornaja Šorja“ mit der vermeintlichen Aufklärung der als „kulturell rückständig“ bezeichneten sibirischen Ureinwohner verbrämte.⁶¹

„Stadtähnliche Dörfer“

Bereits in der ersten Hälfte der 20er Jahre hatte sich die Bevölkerung der Industrieansiedlungen im Kuzbass enorm vergrößert. So waren die AIK zugehörigen Bergwerkssiedlungen Kemerovo und Prokop´evsk im Zeitraum 1920-1926 auf doppelte und fünffache Größe angewachsen. Zu Kemerovo gehörte das ursprüngliche Dorf Kemerovo, die Besiedlung entlang der neuen Eisenbahnstation in

⁵⁷ Kraevoj otdel zdavoochranenija, Doklad o sanitarnom sostajanii Sibirskogo kraja, 1928, GANO, R-47 Ispolkom Zap. Sib. Kraj. Soveta 1925-1938, op. 1, d. 268, Kraevoj otdel zdavoochranija, l. 12-25.

⁵⁸ Gušcin/ Isupov, S. 42.

⁵⁹ Die Zeitschrift ‚Krasnaja Sibirjacka‘ richtete sich eigens an die Zielgruppe der sibirischen Arbeiterin. Bezeichnend ist in den Ausgaben der 30er Jahre der Wandel, den das Bild des Mannes erfuhr: Mitte der 30er Jahre war das Verhältnis zwischen positiven und negativen Artikeln über (Ehe)-Männer 1,6 zu 1, im Terrorjahr 1937 14 zu 1. Vgl. Volco, E. V.: ‚Obraz muža v materialach žurnala ‚Krasnaja Sibirjacka‘ v 30-e gg.‘, in: Aktual’nye voprosy istorii Sibiri, Barnaul 2002, S. 71-74.

⁶⁰ Vsesojuznaja perepis´ naselenija 1939goda, S. 29, 31.

⁶¹ ‚[Nur] die Entwicklung der Industrie im Schorzengebiet [...] kann das Schorzen-Volk zu einem kulturell hochstehenden Leben führen und es vor dem Aussterben retten.‘ (Ein Vertreter des neu gebildeten Schorzen-Rayons auf der Sitzung der Sowjets des Kusnezker okrugs) 17.9.1925, R-47 Ispolkom Zap. Sib. Kraj. Soveta 1925-1938, op. 1, d. 15.

Richtung Tomsk sowie Siedlungen am Koks-Chemie-Werk und am Bergwerk.⁶² 1920 lebten dort noch 2.828 Menschen, 1926 war deren Zahl bereits auf 7.210 gestiegen.⁶³ 1928 wurden die Kemerover Industrieansiedlungen zu der auf der anderen Seite des Flusses Tom´ gelegenen Stadt Šceglovsk⁶⁴ eingemeindet, die 1932 schließlich in Kemerovo (Stadt) umbenannt wurde.⁶⁵ Die Bevölkerung der Bergwerkssiedlung Prokop´evsk war 1920-1926 von 2.047 auf 10.730 gewachsen.⁶⁶ Dieser enorme Bevölkerungszuwachs während des ersten Industrialisierungsschubes der 20er Jahre stellte die Siedlungen im Kuzbass vor große Herausforderungen.

Šceglovsk etwa, das am 29.3.1926 zum regionalen Zentrum des Kuznecker Okrugs bestimmt worden war,⁶⁷ hatte besondere Schwierigkeiten, inmitten der allgegenwärtigen Wohnungskrise und ohne kundige Bauarbeiter – „Völlige Abwesenheit auch nur ein kleines, kleines bisschen gebildeter Menschen“,⁶⁸ wie sich der Vorsitzende des Bezirks-Parteikomitees (Okrugkom), Ivanov, ausdrückte – die nötigen administrativen Gebäude zu errichten; ein Teil der aus der Stadt Tomsk ausgezogenen Verwaltung siedelte sich daher im nahe gelegenen Leninsk an.⁶⁹ Šceglovsk wiederum sah angesichts seiner neuen Rolle als Kreis(Okrug)-Zentrum, das in nächster Nähe der aufstrebenden Steinkohleindustrie gelegen war, ein „Heranschwappen“ (naplyv) einer neuen Bevölkerungswelle auf sich zukommen. Der bisher angenommene Bevölkerungszuwachs von 15% sei bei weitem zu gering bemessen. Ohne die Zuteilung staatlicher Mittel aus dem Zentrum in Form eines nicht zurückzahlenden Darlehens könnte die Frage der Wohnungskrise in der Stadt (!) Šceglovsk nicht gelöst werden.⁷⁰ Diese Forderung der örtlichen Exekutive zeugt auch vom Selbstbewusstsein des neu ernannten Kreisentrums, das auch in einer städtischen Architektur zum Ausdruck kommen sollte.

Währenddessen kämpften die übrigen, stark expandierenden Siedlungen des Kuznecker Okrug, etwa die Dörfer Gur´evsk, Prokop´evsk, Kuzneckij und Topki, um ihre Anerkennung als „Siedlungen städtischen Typs“ (Poselki gorodskogo tipa). In dem Beschluss des VCIK vom 6.6.1925, der die neu ernannten Städte und ‚Siedlungen städtischen Typs‘ (poselki gorodskogo tipa) auflistete, waren die oben genannten Dörfer nicht genannt, was zu einer Eingabe des Kreis-Exekutivkomitees Šceglovsk an das sibirische Krajispolkom führte: Bis jetzt, trotz des genannten Beschlusses, seien die Dörfer immer als Städte, zumindest als Siedlungen städtischen Typs betrachtet und behandelt worden. Die Einwohner fühlten sich daher auch selbst als Städter – zumindest als Bewohner einer stadtähnlichen Ansiedlung. Dies sei auch gerechtfertigt, da sich die Siedlungen durch eine vorhan-

⁶² Vgl. I. Uskov, *Administrativno-territorial´noe delenie Kuzbassa (1920-2000)*, Kemerovo 2000, S. 13ff.

⁶³ Zapsibkrajispolkom, Komitet po rassmotrenija spiskov, 27.9.1926, R-47, op. 1, d. 326, l.50-53.

⁶⁴ Seit 1926 Zentrum des Kuznecker Bezirks.

⁶⁵ Uskov, *Administrativno-territorial´noe delenie*, S. 13.

⁶⁶ Zapsibkrajispolkom, Komitet po rassmotrenija spiskov, 27.9.1926, R-47, op. 1, d. 326, l.50. Angaben über den südlichen Rayon Leninsk fehlen in dieser Aufstellung.

⁶⁷ S.U. RSFSR 1926, No. 19, St. 151. Ein Jahr vorher, im Zuge der administrativen Neuaufteilung – Rayonierung – war der Sibirskij kraj mit den neuen Untergliederungen okruga und rajony gegründet worden und hatte das bisherige System Gouvernement (gubernija) Tomsk mit Unterteilung in uezda (Kreise) abgelöst: S.U. RSFSR, 1925, No. 38, St. 268. Vgl. auch Uskov, *Administrativno-territorial´noe delenie*, S. 6.

⁶⁸ Stenogramma zacedania bjuro sibkrajkoma VKP (b) 5 ijunja 1926 goda. Po dokladu Kuzneckogo okrugkoma VKP(b) tov. Ivanova, 8.11.26, f. 17, op. 67, d. 367, l. 1.

⁶⁹ Ebd.; Leninsk war erst 1924 zum Uezd-Zentrum ernannt worden. SU RSFSR, 1924, No. 84, st. 852.

⁷⁰ Kuzneckij Okrispolkom, 1926, Protokoll NO. 59 Zac. Prez., R-47, op. 1, d. 148, l. 82-83.

dene „Arbeitermasse“, eine „kulturell-erzieherische“ Arbeit und höhere Schulen (7-9 Klassen) sowie einen städtischen Sowjet (Gorsowjet) hervorheben würden.⁷¹

Das ‚Dorf Prokop´evsk etwa habe sich dank der Flöze „von Weltbedeutung“ zum Zentrum der Förderung im Okrug entwickelt und zöge daher Massen von Arbeitern und Angestellten an. Die zukünftige Bedeutung der Siedlung Prokop´evsk würde auch in der Planung der Kolonie AIK „Kuzbass“ berücksichtigt, wo die Ausweitung der Förderung der Prokop´evsker Flöze einen zentralen Platz einnehme. Es gäbe zwar noch 300 Bauernhöfe in Prokop´evsk, diese befänden sich aber so nah an der sich entwickelnden Bergbauindustrie, dass sie zur Versorgungswirtschaft für die Industrie gehörten – allerdings nicht, so wurde versichert, im Sinne einer Bereitstellung landwirtschaftlicher Produkte, sondern der Versorgung mit Arbeitskraft. 86 dieser Haushalte lebten nicht ausschließlich von der Landwirtschaft, sondern hätten noch ein Zusatzeinkommen. Die übrige Bevölkerung Prokop´evsks setzte sich aus Arbeitern und Angestellten zusammen und überstieg den Anteil der Bauern um das vier- bis fünffache. Auch der Handel florierte mit insgesamt 17 großen Geschäften. Würde eine Siedlung wie Prokop´evsk nun in Zukunft Dorf genannt werden, würde das die weitere Entwicklung nur behindern. Auch eine höhere Steuerlast, die von der „stadtähnlichen Siedlung“ gefordert werde, würde Prokop´evsk gerne tragen, da sie regelmäßig eingetrieben werden würde.⁷²

Auch die Siedlung Kuzneckij / Sad-Gorod⁷³, die in den letzten 15-25 Jahren entstanden war als Verwaltungszentrum der vorrevolutionären Kopikuz-Bergbau-AG, sei ein Siedlungspunkt der Arbeiterklasse (mestom žitel´stva rabocego elementa). Revolution und Bürgerkrieg hätten den Ausbau verzögert, doch die Eröffnung einer Eisenbahnlinie bis Kuzneckij im letzten Jahr und die begonnenen Arbeiten an einer Verlängerung der Strecke bis zur Eisenerzlagerstätte Tel´bes hätten zu einer enormen Entwicklung der Siedlung geführt. In der mit dem Dorf Gorbunic zusammengelegten Siedlung wüchsen neue Baracken, wie sich die örtliche Bevölkerung ausdrückte, „wie Pilze aus dem Boden“.⁷⁴

Angesichts dieser rasanten Entwicklung bat das Kuznecker Okrispolkom (Kreis-Exekutiv-Komitee) das westsibirische Exekutivkomitee um eine Eingabe beim Zentral-Exekutivkomitee in Moskau. Die Siedlungen sollten schleunigst in „poselki gorodskogo tipa“ – stadtähnliche Dörfer – umbenannt werden.⁷⁵ Dieser Forderung wurde schließlich, mit Beginn des Ersten Fünfjahrplans stattgegeben: 1928 wurde Prokop´evsk zur stadtähnlichen Siedlung, Kuzneckij / Sad-Gorod wurde 1929 zur Arbeitersiedlung ernannt, 1931 wurden beide zur Stadt. Sad-Gorod wurde dabei in Novo-Kuzneck umbenannt, in das 1932 auch die alte russische Festung Kuzneck eingegliedert wurde.⁷⁶ Die Bewohner der neuen Städte und stadtähnlichen Siedlungen erhofften sich von dieser Umbenen-

⁷¹ Okrispolkom Šceglovsk an Sibkrajispolkom, 2.1.1926, R-47, op. 1, d. 61, 1.4-8.

⁷² Ebd., 1. 7-8.

⁷³ Das spätere Novo-Kuzneck. Genannt auch Sad-Gorod wegen der Planungen, eine der Industrie beigelagerte Gartenstadt zu errichten. Zu Kuzneckij wurde auch die angrenzende Siedlung Gorbunic gezählt. Okrispolkom Šceglovsk an Sibkrajispolkom, 2.1.1926, R-47, op. 1, d. 61, 1. 6 (+ob).

⁷⁴ Ebd., 1. 7.

⁷⁵ Ebd., 1.8.

⁷⁶ Uskov, Administrativno-territorial´noe delenie, S. 18-20.

nung neben dem ideellen Wert, als sowjetischer Proletarier in einer „Stadt“ leben zu können, auch eine bessere Versorgung.

Das explosionsartige Wachstum der Kuzbass-Städte setzte sich im Laufe der 30er Jahre fort. Während des gesamten Zeitraums 1926-39 war die Einwohnerzahl von Städten wie Novokusnezsk um das 44,8-fache angestiegen, Prokop´evsk um das 10-fache, Kemerovo um das 6-fache, Leninsk-Kusnezskij um das 4,2-fache.⁷⁷ Innerhalb der relativ kurzen Periode 1926-39, der Zeit der forcierten Industrialisierung, war im Kuzbass ein „Urbanisierungsgrad“ von 55% erreicht worden, was den Kuzbass zu einer Art „Vorzeigeregion“ werden ließ.⁷⁸ Der Steinkohlebergbau war zum entscheidenden städtebildenden Faktor in der Region geworden: Vor allem die kleineren und mittleren Städte waren Konglomerate von Wohnsiedlungen der Bergwerke und Fabriken. Die als Städte oder „Siedlungen städtischen Typs“ bezeichneten industriellen Ansiedlungsräume hatten allerdings wenig städtischen Charakter. Dennoch schien der hohe Anstieg der Zahl der „städtischen“ Bevölkerung, der durch offizielles Zahlenwerk gestützt wurde, den Erfolg der stalinistischen Industrialisierungspolitik zu verdeutlichen: Die Besiedlung von Städten an der sibirischen Peripherie zeigte exemplarisch den sozialen, ökonomischen und kulturellen Fortschritt – unabhängig davon, wie „urban“ sich diese Städte am Vorabend des Zweiten Weltkriegs tatsächlich gestalteten. Allerdings warf gerade das schnelle Wachstum der Städte Probleme auf, wie man eine Versorgungsinfrastruktur schaffen sollte; in der Konkurrenz des industriellen und des sozialen Infrastrukturbaus lag letzterer weit zurück.

Infrastruktur und Gesundheit

In den sibirischen „Boomtowns“, die wie Pilze rund um die neu errichtete Bergbauindustrie aus dem Boden schossen, fehlte es bereits an der grundlegenden Infrastruktur: Ohne Kanalisation und Wasserleitungen waren die sibirischen Städte deutlich schlechter gestellt als die Städte des europäischen Russland; eine funktionierende Wasserversorgung, die jedoch die Außenbezirke unversorgt ließ und nur 3,3% der Haushaltungen mit Wasser versorgen konnte, gab es während der 20er Jahre nur in den alten sibirischen Städten Omsk, Novosibirsk, Tomsk, Krasnojarsk und Barnaul und in den Arbeitersiedlungen in Anžero-Sudžensk und Ceremchovo.⁷⁹ Erst 1934 wurde in Kemerovo die erste 7 km lange Wasserleitung fertig gestellt. Die Weiterverteilung wurde von eigenen Kleinunternehmen übernommen, die in so genannten „Wasserverteilungsstationen“ gegen rationierte Karten Wasser an die Bevölkerung ausgaben. Erst während des Krieges, im Zuge des Aufbaus der Militäranlagen und der Evakuierung der Industrie, wurde eine differenziertere Wasserversorgung aufgebaut, die etwa 40% der Kemerover Bevölkerung erreichte.⁸⁰

Angesichts des schnellen Wachstums der Städte war auch der Aufbau der Kanalisation mit Schwierigkeiten verbunden: Mitte der 1920er Jahre verfügte keine einzige sibirische Stadt über eine Kanalisation, ebenso wenig über einen organisierten Fäkalientransport. In den übrigen Städten vorhande-

⁷⁷ Kustova, F.: Vlijanie ugol'noj promyšlennosti na razvitie malych i srednyh gorodov Kuzbassa v ser. 20-ch - 30-ch gg., in: Sibir' - Frontu - Materialy vserossijskoj naucnoj konferencii, Kemerovo 2000, S. 73-75.

⁷⁸ Städtische Bevölkerung im Kemerovskaja oblast' 1939, Gušcin/ Isupov, S. 27.

⁷⁹ RGASPI, f. 17, op. 67, d. 367, l. 17.

⁸⁰ Žiliščno-kommunal'noe chozjajstvo Kemerovskoj oblasti. 60 let istorii, Kemerovo 2002, S. 22.

ne Sickergruben waren zum Teil in der Nähe der Wassergewinnung und der Wasserleitungen angelegt worden. Aufgrund der schlechten Wasser- und Abwasserversorgung häuften sich Epidemien, vor allem unter Kindern.⁸¹ Ab 1926, mit dem starken Anstieg der Bevölkerungszahl, hatten sich Darminfektionen, vor allem Erkrankungen durch Bandwürmer, sowie Tuberkulose und Unterleibstypus stark ausgebreitet.⁸² In den Kusnezker und Tomscher Rayons waren 1928 nach der Statistik der Malaria-Stationen 40-50% der Bevölkerung mit Bandwürmern infiziert; bei den Kindern waren es sogar 80%. Unterleibstypus trat im sibirischen Gebiet weit häufiger auf als im europäischen Teil der russischen Republik und in der Ukraine. Gemeinsam mit der Tuberkulose gehörte er zu den unter Industriearbeitern, die in städtischen Zentren lebten, besonders verbreiteten Krankheiten: So waren 1928 396 Fälle von Tuberkulose in den Okrug-Zentren aufgetreten, 174 Fälle im übrigen sibirischen Gebiet.⁸³ Bei einer Untersuchung des Parteiaktivs des Kuznecker Okrugs im Frühling 1926 war bei 87 von 120 untersuchten Personen Tuberkulose festgestellt worden.⁸⁴ Innerhalb des sibirischen Gebiets war die Sterblichkeit im Kuzbass deutlich erhöht.⁸⁵

Die staatliche Gebiets-Gesundheitsorganisation führte die starke Verbreitung epidemischer Krankheiten, auch den Anstieg von Malaria, Syphilis und den allgemeinen Kinderkrankheiten zurück auf ein fehlendes Bewusstsein von Gesundheitsprophylaxe, hervorgerufen durch die sibirische „Kulturlosigkeit“. Vor allem jedoch hing die weite Verbreitung schwerer Krankheiten unter den Arbeitern auch mit der schlechten Infrastruktur in den neuen Ansiedlungsgebieten der Industriezentren („nachalovki“) zusammen.⁸⁶ Die Disproportion im Aufbau der Industrieanlagen und dem Aufbau der sanitären Anlagen wurde von den lokalen Partei- und Regierungsorganisationen immer wieder moniert.⁸⁷ Die großen Industriebetriebe, die nach einem Hygienegesetz von 1922 verpflichtet worden waren, ihre Abwässer zu reinigen, hatten in dieser Richtung bis 1927 nichts unternommen.⁸⁸ Die AIK zugehörige Koks-Chemie-Fabrik in Kemerovo etwa hatte in gutem Glauben den von ihr nicht abgesetzten Ammoniak einfach in den Fluss Tom´ geworfen, der für die Kemerover Bevölkerung der Haupt-Wasserlieferant war.⁸⁹

Insgesamt war die Gesundheitsversorgung im Kuznecker Okrug nach Einschätzung der Partei völlig unzureichend: Es gab innerhalb des Okrug nur acht medizinische Ambulanzen und ein Krankenhaus für den ganzen Okrug. Ein Arzt hatte somit durchschnittlich ein Territorium von 7.950 qkm und mindestens 3.297 Menschen zu versorgen.⁹⁰ Die geringe Dichte der ärztlichen Versorgung erklärte die Gesundheitsbehörde des Gebietes damit, dass es im Unterschied zum europäischen Russland in

⁸¹ Eine Ausnahme war die (Groß-)Stadt Omsk, dort hatte die Gesundheitsabteilung des Sibkrajispolkom einen Fäkalientransport organisiert. RGASPI, f. 17, op. 67, d. 367, l. 18.

⁸² Nach einer Untersuchung der Kraj-Abteilung für Gesundheitsvorsorge, Doklad o sanitarnom sostajanii Sibirskogo kraja, 1928, GANO, R-47 Ispolkom Zap. Sib. Kraj. Soveta 1925-1938, op. 1, d. 268, Kraevoj otdel zdravoochranija, S. 12-25.

⁸³ Wurden in der gesamten RSFSR 9,1 Fälle von Unterleibstypus auf 10.000 Einwohner registriert, so waren es in Sibirien 14,9 Fälle (Ukraine: 11,9). Ebd., l. 15 u. 16.

⁸⁴ RGASPI, f. 17, op. 67, d. 367, l. 8. Von den 120 untersuchten Personen war nicht eine/r völlig gesund.

⁸⁵ Insgesamt betrug die Sterblichkeit im Sibkraj 25,5 zu 100, im Kuzbass waren es 36. Prezidium Sibkrajispolkoma, 1929, GANO, R-47, op. 1, d. 762.

⁸⁶ RGASPI, f. 17, op. 67, d. 367, l. 16f..

⁸⁷ Prezidium Sibkrajispolkoma, 1929, GANO, R-47, op. 1, d. 762.

⁸⁸ Ebd., l. 17ob..

⁸⁹ Galkina, AIK, S. 63.

⁹⁰ RGASPI, f. 17, op. 67, d. 367, l. 7.

Sibirien nicht die Tradition einer ärztlichen Grundversorgung gebe. Medizinische Versorgung sei erst im Zuge der Umsiedlungen nach Sibirien seit dem Ende des Ersten Weltkrieges eingerichtet worden, da die Umsiedler zahlreiche bisher in Sibirien unbekannte Krankheiten eingeschleppt hatten und sich in den improvisierten Wohnverhältnissen der Umsiedler Epidemien schnell ausbreiteten. Zwar hatte inzwischen die Kolonie AIK eine eigene medizinische Versorgung für Arbeiter eingerichtet, die jedoch auch von der Gesundheitsbehörde als nicht ausreichend charakterisiert worden war; der Bau eines Krankenhauses in Prokop´evsk zog sich über 10 Jahre hin.⁹¹ Vorbeugende Maßnahmen, wie etwa das regelmäßige Desinfizieren der Arbeiterbaracken, sollten in erster Linie Handlungswillen demonstrieren.⁹² Zu dieser Art Prophylaxe zählte auch die schärfere Kontrolle der in den Wohnheimen lebenden Arbeiter durch die Wohnheim-Kommandanten.⁹³ Die schlechte hygienische Grundversorgung entspräche keineswegs dem industriellen Wachstum im Kuzbass, meldete das sibirische Gebiets-Exekutivkomitee 1931 an den zentralen Rat der Volkskommissare. Das Problem läge zum einen darin, dass die Gesundheitsvorsorge bei den Bauprogrammen nicht berücksichtigt worden sei, zum anderen an der Konkurrenz der Unternehmen Kuzbassugol' und Kuzbassstroj – dem Bergbauunternehmen und dem regionalen Bauunternehmen. Beide nähmen für sich in Anspruch, für den Aufbau kommunaler Infrastruktur zuständig zu sein, ohne der Ankündigung ausreichend Taten folgen zu lassen.⁹⁴

Wohnungsbau und Wohnverhältnisse

Mit der Zunahme der Beschäftigtenzahlen 1925/1926 nach der Ausweitung der Tätigkeiten der Industriekolonie verschärfte sich auch die Wohnungsnot in den Bergbaustädten. Ende 1925 stellte die Parteikonferenz des Bergwerks fest, dass 90.000 qm Wohnfläche fehlten; die bisher unternommenen Anstrengungen zum Wohnungsbau wurden von der Parteikonferenz jedoch positiv eingeschätzt.⁹⁵ Insgesamt standen der Kemerover Bevölkerung 1926 26.733,65 qm Wohnraum in 427 Wohnungsbauten unterschiedlicher Art zur Verfügung, durchschnittlich also 3,7 qm pro Einwohner.⁹⁶ In Prokop´evsk gab es zum gleichen Zeitpunkt 1.452 Wohngebäude.⁹⁷

1926 hatte die Kolonie AIK auch im Wohnungsbau auf ausländische Hilfe zurückgegriffen. Für den Bau einer Bergmannssiedlung nach dem in Westeuropa beliebten Modell der Gartenstadt konnte der holländische Architekt Van Lochem gewonnen werden. Sein Plan, am Ufer des Tom´ Ziegel-Reihenhäuser mit je 1-2 Wohnungen zu errichten, stieß bei den Arbeitern zunächst auf Widerwillen. Den Argumenten des Architekten, dabei zum einen Baumaterialien zu sparen und zum anderen die Kommunikation zwischen den Arbeitern zu vereinfachen, standen die Tradition und Lebensweise der bäuerlich geprägten Bergarbeiter gegenüber, die sich nicht von ihrer Hütte und der angrenzenden Selbstversorger-Landwirtschaft trennen mochten. Angesichts des Unvermögens des Staates, die

⁹¹ RGASPI, f. 17, op. 67, d. 367, l. 7.

⁹² GANO, R -47, op. 1, d. 877, Protokoly zac. Šceglovskogo Gorsoveta, Protokol No. 12, 1929, l.42.

⁹³ NK RKI, 20.6.33, Direktor Prokop´evskogo rudnika, GARF-A-406, op.1, 1331, l. 29.

⁹⁴ ZSKIK an SNK, Dokladnaja Zapiska. o chode žiliščno-kommunal´nogo i kul´turno-bytovogo str-va v gorodach i rab. poselkach Kuzbassa, 1931, GANO, f. 47, op.1, d. 1206; Dokumenty 1930-31, l. 103-113.

⁹⁵ Galkina, AIK, S.75.

⁹⁶ In Gebäuden mit durchschnittlich 63qm Wohnfläche. Von den Wohngebäuden waren nur 159 in staatlichen Programmen errichtet worden, der Rest ging auf private Bauvorhaben zurück. F. R-47, op. 1, d. 326, l.50.

⁹⁷ Über deren Quadratmeterzahl fehlen hier die Angaben; Ebd., l. 50.

Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, war diese Haltung weniger Sturheit und „bäuerliche Mentalität“ als eine Überlebensstrategie. Der Partei schließlich fiel die Aufgabe zu, die Bergarbeiter zu überzeugen, dass sie nur dann, wenn sie in Wohnungen in den neuen Häusern lebten, sich als Bergarbeiter und ‚Proletarier‘ von den Bauern unterschieden.⁹⁸ Ende September 1927 waren im Kemerover Bergwerk vier zweigeschossige Wohnblöcke mit je 12 Wohnungen in Ziegelbauweise zu 95% fertig gestellt, nach dem gleichen Prinzip acht Wohnblöcke an der Koks-Chemie-Fabrik, zwei am Leninsker – allerdings erst zu 80% fertig – und vier am Prokop´evsker Bergwerk.⁹⁹ Gleichzeitig wurden in größerem Umfang zweigeschossige Holzhäuser gebaut, die 1927 laut AIK-Jahresbericht zu 90%, 95%, 98% fertig gestellt seien. Die Prozentangaben sagen dabei allerdings wenig über den baulichen Zustand der Häuser aus und wurden mit kurzen Bemerkungen („melkie nedodelki“ [geringfügig unfertig], „vnutrennaja otdelka“ [Zu-Ende-bringen im Inneren fehlt]) unzureichend charakterisiert: So findet sich bei der Beschreibung eines zu 95% fertig gebauten Ledigen-Wohnheims an der Kokerei Kemerovo die Bemerkung, dass noch ein Kessel für die zentrale Beheizung aufgestellt werden muss.¹⁰⁰ In einer Bestandsaufnahme kritisierte das Gebiets-Exekutivkomitee 1927 den Zustand der Wohnungsbauten bei AIK. Es sei zu zahlreichen Verzögerungen im Bau gekommen, was in erster Linie auf den Mangel an qualifizierten Bauarbeitern zurückzuführen wäre.¹⁰¹

Baulich unterschieden sich die Häuser der Angestellten von denen der Arbeiter: Die aus Holz gebauten Häuser der Angestellten waren mit zwei Wohnungen, die der Arbeiter mit vier Wohnungen konzipiert. Eine Wohnung für Arbeiter war 46,8 qm groß, für Angestellte 101,5 qm.¹⁰² Den größten Anteil des staatlich finanzierten Wohnungsbauprogramms des Bergbauunternehmens machten allerdings einzelne Häuser mit mehreren Wohnungen aus, in Kemerovo (Bergwerk) waren dies 26 Häuser mit je durchschnittlich 258 qm, am Koks-Chemie-Werk 10 mit je 149 qm, in Prokop´evsk 67 Häuser mit je 115 qm Wohnfläche.¹⁰³ Angaben über die Bauweise und die Zahl der Wohnungen in diesen Häusern fehlen, allerdings lassen die geringen Baukosten auf traditionelle Holzbauweise und eingeschossige Gebäude schließen.¹⁰⁴

Auch der Wohnungsbau des Unternehmens Kuzbasstrest konnte den Bedürfnissen der Arbeiter nicht nachkommen; die Untersuchungen der Wohnverhältnisse lassen zudem auf die starken saisonalen Unterschiede in der Wohnsituation schließen: Hatte zum 1. Oktober 1926 ein Arbeiter in den Baracken des Kuzbasstrest noch 10,3 qm Wohnfläche zur Verfügung, so waren es zum Jahresanfang 1927 nur noch 2,3 qm.¹⁰⁵ Diese Feststellung lässt Rückschlüsse auf die Wanderungsbewegungen der landwirtschaftlich gebundenen Arbeiter zu, die besonders in den Wintermonaten Arbeit in

⁹⁸ Galkina, AIK, S. 81.

⁹⁹ AIK Kuzbas – svedenija o sostojanii kapital´nogo stroitel´stva, 4.10.1927, R-47, op. 1, d. 473, l. 148-150 (+ob).

¹⁰⁰ Ebd., l. 148-149ob.

¹⁰¹ Ejche, Krajiispolkom und Kornev, Predsedatel´ Sibkraj SNCh an AIK, Cerembasstrest, Kuzbasstrest, 2.7.1927, R47, op. 1, d. 473, l. 157.

¹⁰² Berechnet aus den Angaben für Kemerovskij rudnik, Ebd., l. 148.

¹⁰³ Ebd., l. 148-149 (+ob).

¹⁰⁴ So kosteten in Prokop´evsk 67 Häuser mit insgesamt 7.725 qm Wohnfläche 205.000 Rubel, während die 55 unterschiedlichen Häuser und Wohnblocks aus Holz und zum Teil aus Stein und Ziegel (5 Häuser) mit insgesamt 8.678 qm Wohnfläche 595.000 Rubel gekostet hatten. Ebd., l. 149.

¹⁰⁵ Sibkraj RKI, Prilozenie k protokolu zac. kolegija otdela raboche - krest´janiskoj inspekcii pri Sibkrajispolkome ot 15.VII 1928g., R-47 Ispolkom Zap. Sib. Kraj. Soveta 1925-1938, op. 1, d. 50, l. 102-118.

den Bergwerken suchten. 1930/31, nach einem erneuten Rekrutierungsschub, hatte der durchschnittliche Bergarbeiter (samt Familie) nur mehr 2,7 bis 1,4 qm zur Verfügung – je nach sozialer Position.¹⁰⁶

Die Mehrheit der Arbeiter wohnte nach Auskunft der Partei in Erdhütten (zemljanki), besonders im sprunghaft expandierten Prokop'evsk und am Kemerover Chimzavod.¹⁰⁷ Unter den Erdhütten gab es verschiedene Typen, so die einfache, in den Boden gegrabene Erdhütte, Halb-Erdhütten, die zum Teil mit Holz verstärkt waren, sowie Hütten, die in Lehm-Stampf-Bauweise errichtet waren. Die meisten dieser Hütten waren aufgrund der starken Klimawechsel in halbzerrfallenen Zustand und galten den Beobachtern aus der Partei als eindeutiges Zeichen für kulturellen Rückstand der Bevölkerung.¹⁰⁸ Viele der Arbeiter, die sich nicht am Rande der Förderanlagen angesiedelt hatten, wohnten weiterhin in Dörfern, die weit entfernt lagen und mussten Wege von 10-12 Werst zur Arbeit zurücklegen.¹⁰⁹

Auch die Baracken des Kuzbasstrest konnten 1928 nur 63% der Arbeiter versorgen; die übrigen 47,4% der Arbeiter wohnten in privaten Wohnungen, armseligen Hütten aus halbverbranntem Material, die auf niedrigem, moorigem Sumpfboden standen, nahe der Müllhaufen. In diesen Behausungen wohnten je bis zu drei Familien, so dass für ein Familienmitglied etwa 1 qm Wohnfläche zur Verfügung stand.¹¹⁰ Die Klubs der Bergwerke boten eine Fluchtmöglichkeit aus den engen Wohnverhältnissen; sie waren daher vor allem abends gut besucht. Dabei dienten die Klubs wohl weniger der Fortbildung – nur 45% der Kursteilnehmer beendeten den Kurs zur Alphabetisierung – als dem schlichten Bedürfnis, sich zu wärmen.¹¹¹

Fazit

Zum Zeitpunkt des schwerindustriellen Ausbaus der Region Kuzbass, mit der Ansiedlung des Unternehmens Kuzbassugol', waren die Voraussetzungen für eine Versorgung der Arbeitskräfte mit dem Notwendigsten nicht gegeben. Es fehlte nicht nur an Wohnungen – hier versuchten die Unternehmen AIK und Kuzbassugol' durch eigene Bauvorhaben Abhilfe zu schaffen – sondern zunächst einmal an sauberem Wasser und einer Abwasserversorgung. Der explosionsartig anwachsenden Stadtbevölkerung in den Kuzbass-Siedlungen, die eher zu groß geratenen Dörfern als Städten gleichen, konnten weder die Unternehmen, noch die kommunalen Partei- und Regierungsorgane Herr werden. Das Problem der fehlenden Infrastruktur wurde jedoch auf Kosten der Arbeiter gelöst und perpetuierte sich daher in die folgenden Jahre: Aufgrund der Schwierigkeiten, für die unwirtliche Region Arbeitskräfte anzuwerben, griff das Unternehmen Kuzbassugol' in großem Maße auf zwangsweise verpflichtete Arbeitskräfte zurück, die so genannten Sonderansiedler. Diese, zum

¹⁰⁶ ZSKIK an SNK, GARF-A-406, op.1, 1331, 103-113.

¹⁰⁷ R-47 Ispolkom Zap. Sib. Kraj. Soveta 1925-1938, op. 1, d. 50, l. 3-4.

¹⁰⁸ RGASPI, f. 17, op. 67, d. 367, l. 43. Angesichts des hohen Holzbedarfs für den Schacht- und Werksbau erscheint die Lehmbauweise jedoch als die kostengünstigste und schnellste Variante des Hausbaus; die Wohntemperatur mag auch erträglicher gewesen sein als in den Baracken, für die 8 Grad Celsius im Winter genannt werden.

¹⁰⁹ Ebd. Ein Werst entspricht 1,06 km; es handelt sich also um eine Strecke von 11-13km.

¹¹⁰ Sibkraj RKI, Prilozhenie k protokolu zac. kolegija otdela raboche - krest'janiskoj inspekcii pri Sibkrajispolkome ot 15.VII 1928g., R-47 Ispolkom Zap. Sib. Kraj. Soveta 1925-1938, op. 1, d. 50, l. 102-118.

¹¹¹ Krajevoj slet gorsovotov, 1933, GANO, fond 47, op. 1, d. 2044, l.2.

größten Teil Bauern aus der sibirischen Region, waren zum einen flexibel und anspruchslos genug, um Strategien zu entwickeln, die eine fehlende Infrastruktur auffangen konnten. Zum anderen konnte das Unternehmen auf diese Weise eine kostengünstige, extensive Förderung gewährleisten, die der stalinistischen Logik der Industrialisierung entsprach: Dem steilen Anstieg der Förderquote, der Etablierung des Kuzbass als dem „zweiten sowjetischen Donbass“ wurde alles weitere untergeordnet; an letzter Stelle stand dabei der Mensch.

Schwerindustrielles Unternehmen und Kommune – Ein Beitrag zu einem vernachlässigten Feld der Unternehmensgeschichte

von Marco Rudzinski, Bochum

Unternehmen und Kommunen verbindet ein ganz eigenes Verhältnis. Unternehmen können durch ihre Ansiedlung und Entwicklung das Bild und die Strukturen von Kommunen in entscheidender Weise prägen. Es sind die Kommunen, die als unmittelbare Anlieger die Folgen der Unternehmensentwicklung im positiven wie im negativen Sinne zu spüren bekommen. Sich daraus ergebende Veränderungen haben zumeist die Gemeinden zu bewältigen, die wiederum die Rahmenbedingungen für den Betrieb von Unternehmen schaffen bzw. beeinflussen. Insbesondere gilt dies für Großunternehmen, die durch ihr Wachstum Kommunen zu überformen vermögen. Das ist vor allem in der Phase der Industrialisierung zu beobachten, als große Unternehmen verschiedener Industriezweige sich regelrecht der Kommunen bemächtigten, in denen sie produzierten.¹

Manche Unternehmen verwandten den Namen ihrer Sitzkommune gar als Unternehmensbezeichnung oder machten ihn zu dessen Bestandteil. Unternehmens- und Ortsnamen wurden miteinander identifiziert und teils synonym gebraucht. Wenn man von Hoechst oder Bayer Leverkusen spricht, denkt man zunächst an das entsprechende Unternehmen und weniger an die Kommune, deren Name hier Verwendung findet. Dieser Gedankengang ist eben wegen der Identifizierung von Unternehmen und Kommune keinesfalls abwegig. Zumeist handelt es sich in diesen Fällen nämlich um Großunternehmen, die ihre Sitzkommune und deren Entwicklung über lange Zeit dominiert haben. Im Ruhrgebiet existierten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts montanindustrielle Gesellschaften, die den Namen ihrer Sitzkommune, die gleichzeitig auch Produktionsstandort war, in der Unternehmensbezeichnung führten. Diese Namensgebung war nicht sonderlich einfallsreich, aber in jedem Fall auch aussagekräftig, wenn man den Werdegang der entsprechenden Unternehmen und Kommunen betrachtet. Es waren Unternehmen wie der Bochumer Verein und der Hörder Verein, die die gleichnamigen Städte stark anwachsen ließen und sie zu ausgewiesenen Standorten der Schwerindustrie machten. Die Beziehungen zwischen schwerindustriellen Unternehmen des Ruhrgebiets und

¹ Zur Rolle der Industrie bei der Veränderung von Gemeinden während der Industrialisierung Köllmann, Wolfgang: Der Prozeß der Verstädterung in Deutschland in der Hochindustrialisierungsphase, in: Braun, Rudolf u.a. (Hg.): Gesellschaft in der industriellen Revolution, Köln 1973 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek Geschichte, Bd. 56), S. 243-268, hier S. 243f. und 246f. Berghoff, Hartmut: Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung, Paderborn u.a. 2004, S. 235f.

den Gemeinden, die sie dominierten, bilden gerade deshalb einen interessanten Untersuchungsgegenstand, weil sie einen Einblick in die unternehmerische Standortpolitik und in die Bewältigung von Industrialisierungsfolgen geben. Hierin ist ein wichtiger von der unternehmensgeschichtlichen Forschung bislang unterschätzter Bereich der Außenbeziehungen von Unternehmen zu sehen. Dass die kommunale Ebene von Unternehmensgeschichte so stark vernachlässigt worden ist, ist umso schwerer nachzuvollziehen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es sich hierbei um das unmittelbare, den Standort beeinflussende Umfeld von Unternehmen handelt, die zwar für den internationalen Markt herstellten, jedoch am Ort ihre konkreten Produktionsbedingungen vorfanden. Deshalb sind Standortbedingungen und betriebene Standortpolitik ein Kapitel der Unternehmensgeschichte, das hinsichtlich des Unternehmenserfolgs keineswegs zu unterschätzen ist. Zu diesem Zweck sind Untersuchungen zur Rolle und zum Verhalten des dominanten, schwerindustriellen Unternehmens in einer Industriestadt des Ruhrgebiets bzw. zu den Beziehungen zwischen diesem Unternehmen und der Standortkommune als für die Unternehmenshistoriographie bereichernd einzuschätzen.²

Zur Gliederung des vorliegenden Beitrags ist zu bemerken, dass zunächst ein Überblick über die Literaturlage gegeben wird, der sich schwerpunktmäßig auf den Stand der Forschungen zu schwerindustriellen Unternehmen des Ruhrgebiets und ihrem Verhältnis zu den Kommunen bezieht. In einem zweiten Schritt werden knapp wichtige Gesichtspunkte des Problemfelds umrissen, ehe abschließend ein in diesem Zusammenhang bevorzugt behandelter Aspekt – nämlich der der Beeinflussung der Kommunalpolitik durch die Großindustrie in Stahlstädten wie Bochum und Hörde – in vergleichender Perspektive thematisiert wird.

Eine umfassende monographische, unternehmensgeschichtliche Studie zum Verhältnis von Unternehmen und Kommunen stellt bislang ein Desiderat dar. Lediglich vereinzelt enthalten Arbeiten, und dann meist solche nicht unternehmenshistorischer Art, Ansätze für entsprechende Untersuchungen. Intensiver hat sich bislang vor allem die Stadtgeschichtsforschung der Beziehungen zwischen Unternehmen und Kommunen angenommen. Für die Vergangenheit ist hier exemplarisch auf die kommunalhistorischen Studien von Helmuth Croon zu verweisen, für die jüngere Zeit kann als Beispiel die Oberhausener Stadtgeschichte von Heinz Reif genannt werden.³ Außerdem hat sich auch die Stadtsoziologie mit diesem Themenfeld beschäftigt.⁴

Erst jüngst wies Berghoff auf die Kommunalpolitik als einen von unternehmensgeschichtlichen Arbeiten weitgehend ausgeblendeten Bereich hin, wobei er vor allem die vollkommen fehlenden

² Der Verfasser beabsichtigt, diesen Aspekt in seiner durch ein Stipendium der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung geförderten, in Arbeit befindlichen Dissertation über die Unternehmensgeschichte des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation zwischen 1854 und 1926 besonders zu berücksichtigen. Im vorliegenden Beitrag soll die Industriedorf-Problematik weitgehend ausgeklammert werden. Die Ausführungen beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Beziehungen zwischen dominantem Unternehmen der Montanindustrie und Sitzstadt.

³ Siehe z. B. Croon, Helmuth: Die Stadtvertretungen in Krefeld und Bochum im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der Selbstverwaltung der rheinischen und westfälischen Städte, in: Dietrich, Richard und Oestreich, Gerhard (Hg.): Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 289-306; Ders. und Utermann, Kurt: Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet, Tübingen 1958. Croon, Helmuth: Bürgertum und Verwaltung in den Städten des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert, in: Tradition, 9 (1964), S. 23-41. Reif, Heinz: Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846-1929, Köln/Pulheim 1993 (= Rheinisches Industriemuseum, Schriften; Bd. 7).

⁴ Um die Bemerkungen zum Forschungsstand auch hinsichtlich der Nachbardisziplinen hier nicht zu umfangreich ausfallen zu lassen, sei verwiesen auf Blaschke, Stefan: Unternehmen und Gemeinde. Das Bayerwerk im Raum Leverkusen 1891-1914, Köln 1999, S. 10-14.

Kenntnisse über unternehmerische Kommunalpolitik in der NS-Zeit bemängelte. Von der anderen Seite betrachtet, beklagt Goch bezogen auf das Ruhrgebiet die beinahe gänzliche Ausblendung der Stadtgeschichte in Untersuchungen zur Unternehmensgeschichte der Region.⁵ Eine Ausnahme bildet der von Frese und Zeppenfeld herausgegebene Sammelband, der sich jedoch auf das 20. Jahrhundert bezieht.⁶

Ausführlichere Berücksichtigung erfuhr das Verhältnis Unternehmen – Kommune hingegen in der jüngeren Vergangenheit in Studien zur Geschichte der Chemieindustrie in Deutschland. Von Hippel streift es recht peripher im Kontext der Gründungsgeschichte der BASF, so dass es kein durchgängiges Motiv in dem Beitrag zur Entwicklung des Unternehmens in seiner Anfangsphase bildet.⁷ Lediglich mit der Magisterarbeit von Stefan Blaschke liegt eine jüngere monographische Einzelfalluntersuchung zum Verhältnis von Unternehmen und Kommune vor, die um die Zeichnung eines recht umfassenden Bildes bemüht ist. Blaschke, der den Einbezug der Zusammenhänge zwischen Unternehmen und Kommune in die unternehmensgeschichtliche Forschung als bislang unzureichend bewertet, untersucht die Ansiedlung und Entwicklung von Bayer im Gebiet des späteren Leverkusens. Dabei steckt er ein recht interessantes Forschungsfeld ab und wirft anregende Fragestellungen auf.⁸ Hinsichtlich der Untersuchung eines Unternehmens in kleinstädtischer Umgebung Süddeutschlands liegt mit Berghoffs Hohner-Studie, die das Verhältnis des Musikinstrumentenherstellers zu der Gemeinde Trossingen thematisiert, eine wichtige und inspirierende Arbeit vor, die sich jedoch mit einer anderen Industriebranche in einem anderen kommunalen Umfeld beschäftigt.⁹

Wenn man nun noch einmal bedenkt, welchen großen Einfluss Unternehmen und unter diesen vor allem schwerindustrielle Großunternehmen durch ihre Ansiedlung und Expansion auf die Entwicklung und teilweise gar auf das Zustandekommen von Städten und Gemeinden im Ruhrgebiet hatten, verwundert es eigentlich umso mehr, dass das Verhältnis zwischen Unternehmen und Kommunen in dieser Region bisher von unternehmenshistorischer Seite eher stiefmütterlich behandelt worden ist. Diese Lücke spiegelt sich auch in der Literatur zur Unternehmensgeschichte des Ruhrgebiets wider: Die von den einzelnen Unternehmen verantwortete Festschriftenliteratur schenkt dem Aspekt Unternehmen – Kommune keine nennenswerte Beachtung.¹⁰ Weiter fehlen auch Einzelstudien zu schwerindustriellen Unternehmen der Region, wie sie eben Blaschke für Bayer und Leverkusen vorgelegt hat. Dies gilt selbst für das bereits in vielen seiner Facetten untersuchte Krupp-Unternehmen, das gewiss als eines der am besten erforschten Großunternehmen der Schwerindust-

⁵ Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 235. Abgesehen von der Kommunalpolitik thematisiert Berghoff das Verhältnis Unternehmen – Kommune dort nicht weiter. Goch, Stefan: *Stadtgeschichtsforschung im Ruhrgebiet. Ein Forschungs- und Literaturbericht*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 34 (1994), S. 441-474, hier S. 447f. An dem von Goch ausgemachten Mangel hat sich auch bis in die Gegenwart wenig geändert.

⁶ Frese, Matthias und Zeppenfeld, Burkhard (Hg.): *Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert. Wechselwirkungen zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft*, Essen 2000 (=Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 7).

⁷ Hippel, Wolfgang von: *Auf dem Weg zum Weltunternehmen (1865-1900)*, in: Abelshäuser, Werner (Hg.): *Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte*, 2. Aufl., München 2003, S. 19-116.

⁸ Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*.

⁹ Berghoff, Hartmut: *Zwischen Weltmarkt und Kleinstadt. Hohner und die Harmonika 1857-1961. Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte*, Paderborn u.a. 1997.

¹⁰ Siehe bspw. Däbritz, Walther: *Bochumer Verein für Bergbau und Gussstahlfabrikation in Bochum. Neun Jahrzehnte in seiner Geschichte im Rahmen der Wirtschaft des Ruhrbezirks*, Düsseldorf 1934. *Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtiger Stand des [!] Phoenix Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hoerde. Denkschrift zum 60jährigen Bestehen des Unternehmens im Jahre 1912*, Dortmund 1912.

rie gelten kann.¹¹ Zwar ist häufig sogar dem historischen Laien das in der Literatur immer wieder aufgewärmte Beispiel bekannt, wonach Krupp im 19. Jahrhundert aufgrund seiner steuerlichen Potenz und des zeitgenössisch als solchen kritisierten „Geldsackwahlrechts“ zeitweise ein Drittel der Essener Stadtverordneten allein bestimmen konnte.¹² Darüber hinaus ist aber über die Beziehungen zwischen Krupp und der Stadt Essen wenig bekannt, wenn man von Ansätzen in den Arbeiten von Schröter und Bajohr absieht.¹³ Schröter spricht in seinem Aufsatz eher additiv wichtige Berührungspunkte wie die Grundstückspolitik, die Eingemeindungsfrage oder die Einrichtung von Infrastruktur an, ohne ihnen vertiefend nachzugehen. Stattdessen wird das Kruppsche Mäzenatentum und das Ausstrahlen der betrieblichen Sozialpolitik auf die Stadt thematisiert. Interessante Ansätze und sich aufdrängende Fragestellungen bleiben jedoch Fragment. Bajohr analysiert dagegen in seiner Untersuchung zur Entwicklung der SPD in Essen und ihrer Anhängerschaft das Verhältnis von Krupp und Stadt nicht grundsätzlich, sondern nur insoweit dies für seinen thematischen Rahmen von Bedeutung ist. Beispielsweise stellt er recht eingehend die innovative Kommunalpolitik in Essen während der zweiten Hälfte der Amtszeit des Oberbürgermeisters Zweigert dar, blendet allerdings die Position Krupps hierzu bzw. die Reaktion darauf aus.

Ähnliches gilt für das Bochumer Beispiel, wo vergleichbar mit Essen der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation das in der Stadt dominierende Unternehmen war. Im Rahmen seiner kommunalhistorischen Studien hat sich Croon auch mit den lokalpolitischen Verhältnissen in Bochum in der Industrialisierungsphase und dabei auch mit Einflussmöglichkeiten des Bochumer Vereins beschäftigt. Die teilweise noch thesenartigen Ansätze Croons hat Barbara Dorn in ihrer verdienstvollen, bedauerlicherweise nicht veröffentlichten Examensarbeit weiter fortgeführt und ausgearbeitet. Auch Crew greift in seiner Bochumer Sozialgeschichte den Einfluss des Bochumer Vereins auf.¹⁴ Indes beschränken sich die Betrachtungen des Verhältnisses von Unternehmen und Kommune im Bochumer Beispiel schwerpunktmäßig auf den Aspekt der Kommunalpolitik, auf den noch zurückzukommen ist.

Es dürfte anhand der Ausführungen deutlich geworden sein, dass die Analyse der Beziehungen zwischen einzelnen dominierenden schwerindustriellen Großunternehmen des Ruhrgebiets und den Stadtgemeinden, auf denen sich ihr Betriebsgebiet befand, bislang über Ansätze und Fragmente kaum hinausgekommen ist. Die Entwicklung von unternehmenshistorisch relevanten Fragestellungen zu dem Themenfeld kann sich auf die verschiedenen Forschungsrichtungen zum Verhältnis von Unternehmen und Kommunen stützen, wie z.B. die anregenden Ansätze in Arbeiten zur Stadtgeschichtsforschung. Dabei sollte eine bisher vorherrschende Engfassung bei Betrachtung dieses As-

¹¹ Vgl. z.B. die in der jüngeren Vergangenheit erschienene zweibändige Unternehmensgeschichte: Gall, Lothar: Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums, Berlin 2000. Gall, Lothar (Hg.): Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung, Berlin 2002.

¹² Dieses Beispiel wurde immer wieder aufgegriffen, z.B. Croon, Bürgertum und Verwaltung, S. 32, und auch in nicht-historischer Literatur zur Verdeutlichung der Auswirkungen des Dreiklassenwahlrechts angebracht, siehe z.B. Nassmacher, Hiltrud und Karl-Heinz: Kommunalpolitik in Deutschland, Opladen 1999, S. 47.

¹³ Schröter, Hermann: Die Firma Friedrich Krupp und die Stadt Essen, in: Tradition 6 (1961), S. 260-270. Bajohr, Frank: Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem Ersten Weltkrieg, Essen 1988 (=Essener Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung; Bd. 3).

¹⁴ Croon, Stadtvertretungen. Croon, Bürgertum und Verwaltung. Dorn, Barbara: Die Bochumer Stadtverordneten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts – Soziale Herkunft und Stellung in der städtischen Gesellschaft, unveröffentlichte Examensarbeit, Bochum 1978. Crew, David : Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860-1914, Frankfurt/Main u.a. 1980.

pekts, die vor allem eine besondere Hervorhebung der Kommunalpolitik zur Folge hatte, überwunden werden.¹⁵ Ohne bestreiten zu wollen, dass dieser Punkt als ein zentraler und wichtiger anzusehen ist, in dem die Beziehungen zwischen Unternehmen und Kommune gewiss kulminieren konnten, erscheint das beiderseitige Verhältnis doch vielfältiger und vielschichtiger beschreibbar. Die Ausdifferenzierung dieses Forschungsfelds legt dabei die Wahl eines Ansatzes nahe, der über die alleinige Betonung der Kommunalpolitik hinausgeht. Um einen darüber hinausreichenden, möglichst umfassenden Blick gewinnen zu können, bedarf es einer Weitung des Begriffs der Gemeinde, die damit nicht nur als Verwaltungskörperschaft mit ihren Organen sondern auch als soziales Gebilde und als topographische Einheit zu begreifen ist.¹⁶

Es sollen deshalb drei große Sektoren differenziert werden, die für das Verhältnis Unternehmen – Kommune als außerordentlich wirkungsstark anzusehen sind, nämlich die *Politik*, die *Gesellschaft* und der *Raum*.¹⁷ Zweifellos bedeutende Berührungspunkte zwischen Unternehmen und Kommune ergeben sich im Bereich der Kommunalpolitik. Hier war es Unternehmen und ihren Vertretern am ehesten möglich, direkten Einfluss auf die politische Entwicklung vor Ort zu nehmen. Entsprechende unternehmenshistorische Untersuchungen müssten zum Ziel haben, Erkenntnisse hinsichtlich der kommunalpolitischen Linie von Unternehmen und ihrer bevorzugten Betätigungsfelder zu gewinnen, bzw. unternehmerischen Strategien und Handlungsweisen in für sie besonders relevanten Sektoren nachzuspüren, wie z.B. der Infrastruktur- oder Steuerpolitik. Dazu ist in einem ersten Schritt zunächst eine möglichst umfassende Durchleuchtung der Besetzung verschiedener kommunaler Organe notwendig, um die quantitative wie qualitative Repräsentation von Unternehmensvertretern werten zu können. In einem zweiten Schritt ist zu betrachten, in welchen Bereichen der Kommunalpolitik diese sich schwerpunktmäßig in welcher Weise betätigten.

Eng mit der Kommunalpolitik hängt auch die gesellschaftliche Dimension des Verhältnisses von Unternehmen und Kommune zusammen. Die Interessenwahrung von Unternehmen bedingte nicht zwangsläufig das Vorhandensein direkter politischer Mehrheiten von Unternehmen in den kommunalen Gremien. Es ist zu berücksichtigen, dass Einflussnahme auch mit anderen Mitteln als denen der politischen Mehrheiten möglich war.¹⁸ Die Untersuchung dieser informellen, vergleichsweise subtilen Einwirkung auf kommunale Entscheidungsprozesse ist schwieriger und erfordert das Ausleuchten des gesellschaftlichen Umfelds des Unternehmens auf lokaler Ebene. In diesen Bereich fallen z.B. die Aktivitäten und das Engagement von Unternehmensangehörigen in örtlichen Vereinen sowie sonstige Verbindungen. Hierbei sind neben der Unternehmensleitung auch solche Firmenangehörige aus der zweiten Reihe zu berücksichtigen, die man beispielsweise auch als Unternehmensvertreter in den kommunalen Gremien wiederfindet. Im Rahmen des unternehmerischen Handelns wird man ebenfalls die Ausgestaltung und Optimierung der sozialen Bedingungen des Werksumfelds zu beachten haben. Als Fallbeispiel hierfür bietet sich die Analyse der betrieblichen Sozialpolitik und ihrer Auswirkungen auf die Kommune an. Diese wurde in der Regel auch deshalb

¹⁵ Siehe dazu beinahe symptomatisch die Herausstellung dieses Aspekts bei Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 235-240.

¹⁶ Vgl. auch Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*, S. 15.

¹⁷ Die drei Bereiche werden nicht einwandfrei abgrenzbar sein, da Überschneidungen zwangsläufig sind. Das umrissene Spektrum an Themen ist gewiss noch nicht vollständig und erweiterbar bzw. weiter zu modifizieren.

¹⁸ Frese, Matthias und Zeppenfeld, Burkhard: *Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert. Fragestellungen und Ergebnisse*, in: Dies. (Hg.): *Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert*, S. 11.

von Unternehmen betrieben, weil die Kommunen allein überhaupt nicht in der Lage waren, die anstehenden Aufgaben bewältigen zu können. Die betriebliche Sozialpolitik bildete somit in ihrer Konsequenz eine Schnittstelle zwischen Unternehmen und Kommune, da die ergriffenen Maßnahmen das direkte Werksumfeld betrafen. Gleiches galt in verschiedenen Zusammenhängen für die Bevölkerung, und zwar die Werksangehörigen als einen ihrer größten Bestandteile, wie auch den bürgerlichen Mittelstand.¹⁹ Vielen Großunternehmen war es auf diese Weise möglich, ihre Dominanz innerhalb der Gemeinde zu verstärken. Einen überaus interessanten Aspekt stellen schließlich die Reaktionen von Bürgern und Gemeinde auf das auf die Kommune bezogene unternehmerische Handeln dar, wobei in erster Linie die konstatierbaren Widerstände ein aufschlußreiches Forschungsfeld eröffnen.

Eine weitere bedeutende Ebene des Verhältnisses von Unternehmen und Kommune ist der Raum. Unternehmen benötigen Flächen für Produktions-, Deponie- und sonstige Zwecke, wie z.B. für Maßnahmen betrieblicher Sozialpolitik. Als besonders flächenintensiv haben sich Betriebe der Großindustrie erwiesen, insbesondere aus der schwerindustriellen oder der chemischen Branche. Ihre Betriebsgelände und weitere dazugehörige Terrainkomplexe erstreckten sich oftmals auf das Gebiet mehrerer Kommunen, die dadurch eine spezielle Prägung erfuhren. Das Raumbedürfnis von Unternehmen mit seinen immer weiter gehenden Ansprüchen musste zu einem spannungsreichen Verhältnis mit der Kommune und deren Einwohnern führen.²⁰ Zum einen bewirkte die Ausdehnung des Unternehmens eine immer weiter voranschreitende Einschränkung der räumlichen Möglichkeiten der Kommune und die Dominierung erheblicher Teile des Gemeindebezirks durch den großgewerblichen Grundbesitzer. Hierdurch waren der Kommune in vielfacher Hinsicht die Hände gebunden. Zum anderen profitierten die überwiegend vor Ort ansässigen Alteigentümer der Grundstücke durch überaus lukrative Bodenverkäufe von der Ausweitung des unternehmerischen Grundbesitzes und gelangten auf diesem Wege oftmals zu Reichtum. In diesem Zusammenhang sind die unternehmerische Grundstückspolitik, ihre Motive und Strategien, sowie deren Auswirkung auf die Kommune ein interessanter Untersuchungsgegenstand, der bislang am Beispiel eines schwerindustriellen Unternehmens noch nicht im Detail bearbeitet worden ist. Für den Aspekt Unternehmen und kommunaler Raum wäre außerdem der Bereich der Folgen von Unternehmensansiedlung und -betrieb auf die Umwelt und der unternehmerische Umgang damit zu betrachten.

Neben der Grundstückspolitik sind weitere wichtige, den Raum betreffende Berührungspunkte bereits von Schröter angesprochen worden, der auch auf die Eingemeindungsfrage verweist und die Infrastrukturpolitik anführt.²¹ Gerade die Anlage und der Ausbau von Infrastruktur (z.B. Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehrswege) sind für ein Unternehmen im kommunalen Rahmen äußerst wichtige Voraussetzungen zur Gewährleistung eines reibungslosen Betriebs. So ist die Einrichtung von

¹⁹ Siehe die Hervorhebung der Bedeutung betrieblicher Sozialpolitik schon bei Schröter, *Firma Friedrich Krupp*, S. 261-263. Auch Blaschke thematisiert in seiner Arbeit über Bayer die betriebliche Sozialpolitik des Chemieunternehmens. Vgl. Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*, S. 47-54.

²⁰ Vgl. Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*, S. 32-34. Bayer bildet in diesem Sinne ein recht gutes Beispiel. Die Verhinderung der weiteren Ausdehnung am räumlich erschöpften Standort Elberfeld und die Klagen der Anlieger über Belästigungen durch die Fabrikationsvorgänge können als ein Hauptmotiv für die Neuansiedlung am Rhein im Raum Leverkusen angesehen werden.

²¹ Schröter, *Firma Friedrich Krupp*, S. 266f. und 270. Auch Blaschke, *Unternehmen und Gemeinde*, thematisiert diese Punkte. Zu den Interessen schwerindustrieller Unternehmen an den Eingemeindungsbewegungen im Ruhrgebiet vgl. demnächst verschiedene Beiträge in: Mittag, Jürgen und Wölk, Ingrid (Hg.): *Bochum und das Ruhrgebiet. Großstadt-bildung im 20. Jahrhundert*, erscheint Es sen 2005.

Infrastruktur ein wichtiger Punkt im Verhältnis von Unternehmen und Gemeinde und die Umstände zu ihrer Etablierung ein Indiz für die Art und Qualität der Beziehung. Als Beispiel seien hier die Modelle einer öffentlich-privaten Verbundfinanzierung in der Art der Public-Private Partnership angeführt, die Berghoff für die Infrastrukturfinanzierung in Trossingen ausgemacht hat.²²

Vor dem Hintergrund der bisher gemachten Ausführungen erscheint das Verhältnis von großindustriellen Unternehmen der Schwerindustrie zu ihren Sitzkommunen für die unternehmenshistorische Forschung ein lohnenswerter Untersuchungsgegenstand, der trotz Ansätzen bei Blaschke, Berghoff und Frese/Zeppenfeld gerade für die regionale Unternehmenshistoriographie immer noch ein Desiderat darstellt. Aussagekräftige Fallstudien sind abgesehen von wenigen Beispielen, die überdies schwerindustrielle Unternehmen im Ruhrgebiet ausklammern, nicht vorhanden, obwohl sich solche gerade auch wegen einer günstigen Quellenlage in Kommunal-, Wirtschafts- und Unternehmensarchiven anbieten würden.²³ Daraus resultierend fehlt eine großangelegte Studie zu dem Thema, die die Beziehungen von in verschiedenen Regionen und Branchen zu verortenden, ihre Standortgemeinden dominierenden Unternehmen zu den Kommunen vergleichend untersucht und auf diese Weise Schattierungen erkennbar macht. Dies ist umso nötiger, da Art und Intensität unternehmerischer Einflussnahme stark von den spezifischen örtlichen Verhältnissen abhängig waren. So wäre es gewiss aufschlussreich zu sehen, in welchem Maße gemeinsame Interessen oder Konfliktfelder, wie die Frage nach der Übernahme der Folgekosten der Industrialisierung, zwischen Unternehmen verschiedener Branchen und ihren Standortkommunen vorhanden waren. Die schon vor einiger Zeit erfolgten Anregungen, aus zukünftigen Fallstudien entsprechende Muster zu entwickeln, wurden wegen des Fehlens dieser Arbeiten bislang nicht aufgegriffen.²⁴

Abschließend wird mit dem vergleichsweise häufig thematisierten Bereich der Kommunalpolitik eine Seite des Verhältnisses zwischen dominierendem schwerindustriellen Unternehmen und Kommune am Beispiel des Bochumer Vereins in Bochum und des Hörder Vereins in Hörde untersucht. Vor allem in der Zeit bis 1918, um die es im folgenden gehen soll, waren den schwerindustriellen Großunternehmen insbesondere im westfälischen Teil des Ruhrgebiets durch die Ausgestaltung der Bedingungen des Dreiklassenwahlrechts weitreichende Einflussmöglichkeiten auf die Kommunalpolitik gegeben.²⁵ Unterschiedliche Varianten dieser Möglichkeiten sollen hier am Beispiel der beiden Stahlstandorte Hörde und Bochum aufgezeigt werden, die bereits zeitgenössisch als

²² Berghoff, Hartmut: Großindustrie in der Kleinstadt 1900-1935. Kommunalpolitik zwischen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Interessen, in: Frese und Zeppenfeld (Hg.): Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert, S. 48-50. Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 236. Ähnliche, auf Public-Private Partnership basierende Kooperationen, zeigt Dellwig auch für das Beispiel Oberhausen auf. Vgl. Dellwig, Magnus: Kommunale Wirtschaftspolitik und Stadtentwicklung in Oberhausen 1862-1918-1938, in: Stadt Oberhausen (Hg.): Abenteuer Industriestadt. Oberhausen 1874-1999. Beiträge zur Stadtgeschichte, Oberhausen 2001, S. 53-71, hier S. 55.

²³ Siehe zur Quellenlage Rasch, Manfred: Quellen zur Stadtgeschichte in Archiven der Wirtschaft, in: Frese und Zeppenfeld (Hg.): Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert, S. 247-263.

²⁴ Vgl. bereits die Anregungen Blaschkes zu weiteren Fallstudien aus anderen Branchen mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, um dadurch Erkenntnisse auf breiterer Basis zu gewinnen und zur Beseitigung des Forschungsdefizits beizutragen. Blaschke, Unternehmen und Gemeinde, S. 145. Siehe auch Frese und Zeppenfeld, Kommunen und Unternehmen, S. 11.

²⁵ Vgl. Croon, Helmuth: Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindevahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1960 (=Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen; Nr. 564). Siehe zu unternehmerischer Einflußnahme auf die Kommunalpolitik nach 1918 Beispiele bei Berghoff, Großindustrie in der Kleinstadt, S. 51ff.. Zeppenfeld, Burkhard: Industrielle Interessenvertretung in der Bochumer Kommunalpolitik zwischen 1918 und 1933. Die Entscheidung über die Steuersätze, in: Frese und Zeppenfeld (Hg.): Kommunen und Unternehmen im 20. Jahrhundert, S. 23-42.

Negativbeispiele für das verschrieene Geldsackwahlrecht und den „Werksterrorismus“ berüchtigt waren.²⁶

Darüber hinaus weisen die beiden Städte wie auch die sie dominierenden Unternehmen in ihrer Entwicklung eine Reihe von Parallelen auf, die schon in der Namensgebung zu erkennen sind: Beide Gesellschaften, der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation (BV) wie auch der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein (HV), gehören zu den ersten, auf Vertikalität ausgerichteten schwerindustriellen Kapitalgesellschaften im Ruhrgebiet. Kurz hintereinander – HV und BV entstanden 1852 bzw. 1854 – jeweils auf der Basis von Vorgängerunternehmen gegründet, waren die beiden Gesellschaften stark von denselben Kölner Aktionären aus dem Kreis um Gustav Mevissen beeinflusst. Beide Unternehmen vereinigten in sich die Produktionsabläufe von der Gewinnung der Rohstoffe bis hin zur Herstellung von Fertigprodukten, z.T. für dieselben Märkte. So waren beide Unternehmen auf dem Sektor des Eisenbahnmaterials tätig. Mit den Jahrzehnten nahmen sie an dem imposanten Aufstieg der Schwerindustrie des Reviers teil.²⁷ 1906 kam es zur Vereinigung des HV mit dem Phoenix. Am Ende ihrer Geschichte als selbständige Unternehmen kreuzten sich die Wege von BV und HV bzw. Phoenix schließlich wieder, als beide Firmen in den Vereinigten Stahlwerken aufgingen.

So wie der BV in Bochum dominierte der HV mit seinen Betrieben in Hörde die Strukturen. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts waren die Unternehmen die größten und bestimmenden in den beiden Städten, die ebenfalls bemerkenswerte Ähnlichkeiten aufwiesen. Auch in vorangegangenen Jahrhunderten waren weder Bochum noch Hörde anders als vergleichsweise Dortmund oder Essen niemals bedeutende Orte gewesen. Im Gegensatz zu Hörde nahm Bochum, das auch bevölkerungsmäßig größer war, die Funktion eines Verwaltungsmittelpunkts für das mittlere Ruhrgebiet wahr. Auffallend war in Bochum wie in Hörde das, was Crew als einen „bemerkenswerten Mangel an Gemeindegefühl“ für das in Bochum ansässige und bis zur Industrialisierung die Kommune dominierende Kleinbürgertum konstatiert.²⁸ Der Gemeinsinn oder ein bürgerschaftliches Bewusstsein schien nicht besonders ausgeprägt gewesen zu sein, was sich in der Tatsache widerspiegelt, dass beide Kommunen aufgrund von beinahe identischen Argumenten 1835 die Einführung der revidierten Städteordnung und damit der gemeindlichen Selbstverwaltung ablehnten. In Bochum wurde sie schließlich 1843, in Hörde hingegen erst 1858 eingeführt.²⁹

²⁶ Hue, Otto: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, 2. Bd., Stuttgart 1913, S. 247-249. Hue, ein gebürtiger Hörder, kannte die dortigen Verhältnisse gewiss aus eigener Anschauung. Weitere Beispiele für die Kritik an den kommunalpolitischen Verhältnissen im Ruhrgebiet von sozialdemokratischer Seite: Wetzler, Heinrich: Die Großstadt Bochum, in: Kommunale Praxis, 7 (1907), Nr. 38/39, Sp. 893-896. König, Max: Über den wirtschaftlichen und politischen Einfluß der Großindustrie auf die Gemeinde-Vertretung und -Verwaltung im Ruhrgebiet, in: Kommunale Praxis, 7 (1907), Nr. 38/39, Sp. 902-924.

²⁷ Die jeweilige Unternehmensentwicklung kann an dieser Stelle nicht im Detail nachgezeichnet werden. Siehe zur Geschichte des BV: Däbritz, Bochumer Verein. Zur Geschichte des HV liegen ebenfalls diverse Festschriften vor. Einen guten unternehmensgeschichtlichen Überblick gibt Ellerbrock, Karl-Peter: Hördes Eintritt ins Industriezeitalter. Von Piepenstock zum Phoenix Konzern, in: Högl, Günther und Schilp, Thomas (Hg.): Hörde. Beiträge zur Stadtgeschichte. 650 Jahre Stadtrechte Hörde (1340-1990), Dortmund 1990, S. 98-111. Zur Branchengeschichte: Feldenkirchen, Wilfried: Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879-1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen, Wiesbaden 1982 (=Zeitschrift für Unternehmensgeschichte; Beiheft 20).

²⁸ Crew, Bochum, S. 124. Siehe zur Entwicklung Bochums auch knapp Croon, Helmuth: Die Stadt Bochum – ihr Weg zur modernen Groß- und Universitätsstadt, in: Bochumer Heimatbuch, Bd. 8 (1985), S. 21-29.

²⁹ Darpe, Franz: Geschichte der Stadt Bochum nebst Urkundenbuch, einer Siegeltafel und einer Ansicht der Stadt aus dem Anfange des 18. Jahrhunderts, Bochum 1894, S. 524-528. Bausch, Hermann Josef: Von der rathäuslichen Verfassung zum preußischen Magistrat. Zur Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in Hörde, in: Högl und Schilp (Hg.): Hörde, S. 26 und 35.

Typisierend bleibt für Bochum und teilweise auch für Hörde festzuhalten, dass die Stadt einen besonderen Fall darstellt. Bezogen auf ihre Entwicklung im Zeitalter der Industrialisierung nimmt sie eine Mittelstellung zwischen Industriestädten mit vorindustriellen, stadtbürgerlichen Traditionen wie Dortmund, Essen oder Mülheim und den neuen Industriestädten und -dörfern des nördlichen Ruhrgebiets ein. Bochum war eine durch die Großindustrie – und wenn man den Steinkohlenbergbau außerhalb des städtischen Weichbildes unberücksichtigt lässt, sogar eine durch ein dominantes Großunternehmen, nämlich den BV – überformte Stadt der Hellwegzone mit einer im Kern vorindustriellen Siedlung. Durch diesen altstädtischen Kern unterschied sich Bochum von den aus dem Boden gestampften, neuen Industriestädten des nördlichen Ruhrgebiets. Auf der anderen Seite wies die Stadt, was stadtbürgerliche Traditionen und bürgerschaftlichen Geist anging, ein erhebliches Defizit auf. Traditionelle, bürgerliche Kreise waren hier anders als z.B. in Dortmund nicht ansässig und die vorhandene kleinbürgerliche Führungsschicht Bochums verlor durch die Umwälzungen des Industrialisierungszeitalters rasch an Bedeutung. Man könnte es zugespitzt auch so formulieren, dass Bochum als Untersuchungsgegenstand deshalb so interessant ist, weil es gewissermaßen zur „Managerstadt“ wurde. Im Grunde wurden nämlich jene Manager, die die Wirtschaft in und um Bochum überwiegend leiteten und fast ausschließlich in die Stadt zugewandert waren, zu deren wichtigsten Bürgern, die sich auch in der Kommunalpolitik betätigten und dabei nach Berghoff ein „instrumentelles Politikverständnis“ entwickelten.³⁰ Dies resultiert daraus, dass jene zugewanderten Manager, die Bochums neue wirtschaftsbürgerliche Elite darstellten, zum größten Teil innerlich nicht mit der Stadt verbunden waren. Daher beschränkte sich ihr Interesse an der Stadt schwerpunktmäßig darauf, dass diese so zu funktionieren hatte, wie es die industriellen Notwendigkeiten erforderten. Engagement für Projekte sozialer oder kultureller Art, die nicht in direktem Zusammenhang mit den eigenen beruflich-industriellen Bedürfnissen standen, war von ihnen im Gegensatz zu stadtbürgerlichen, wie z.B. in Dortmund ansässigen Kreisen kaum zu erwarten. Und da der Bochumer Verein das größte Unternehmen in der Stadt war, wurde er mit den Jahrzehnten zu einer festen, mehr denn je dominanten Größe in der Kommunalpolitik.

Anders sah dies beispielsweise in Dortmund aus, das auch von den industriellen Umwälzungen betroffen war, wo jedoch nicht ein Unternehmen allein die Strukturen beherrschen konnte. Dies ist auch dadurch erklärbar, dass Dortmund eine andere industrielle Struktur als Bochum aufwies. Neben der gleichfalls bedeutenden Schwerindustrie (Hoesch, Union) existierte eine Reihe von großen mittelständischen Unternehmen z.B. in der Brau- und Maschinenbaubranche. So kam es, dass in der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung Vertreter verschiedener Unternehmen der Schwerindustrie, vornehmlich von der Ebene der Manager, vorzufinden waren. In der Mehrzahl waren jedoch Angehörige jenes selbständigen mittelständischen Unternehmertums anzutreffen. Folglich war ein herausstechendes Merkmal der Dortmunder Verhältnisse vor dem Ersten Weltkrieg, dass dort altansässiges, sich im mittelständischen Unternehmertum etabliertes Bürgertum in den städtischen Gremien (v.a. im Magistrat) stark hervortrat, was in diesem Umfang in anderen Ruhrgebietsstädten nicht zu beobachten war. Luntowski meint hierin „eine durchaus noch lebendige reichsstädtische Tradition“³¹ konstatieren zu können.

³⁰ Berghoff, *Moderne Unternehmensgeschichte*, S. 237. Siehe zu den Entwicklungen in Bochum im Vergleich mit anderen Revierstädten Croon, *Stadtvertretungen*, S. 296f.

³¹ Luntowski, Gustav: *Die kommunale Selbstverwaltung, Dortmund 1977* (=Geschichte Dortmunds im 19. und 20. Jahrhundert; Bd. 1), S. 98. Siehe zu den Verhältnissen in verschiedenen Ruhrgebietsstädten auch Croon, *Bürgertum und*

Ebenso grundsätzlich verschieden wie in Bochum gestalteten sich die Verhältnisse in Hörde, wo seit etwa 1840 mit dem HV bzw. seiner Vorgängerin, der Hermannshütte, ein schwerindustrielles Unternehmen mehr oder weniger allein die Entwicklung der Kommune beeinflusste: Bereits 1843 war mit dem Hüttendirektor Kromayer ein erster zugezogener Industrievertreter in den Hörder Gemeinderat eingetreten, der bald das bisher maßgebliche Haupt des Gremiums ablöste. Schon gegen Ende der 1840er Jahre wurde Kromayers Rolle in der Hörder Gemeindepolitik kritisiert. Seit dieser Zeit hatte das Unternehmen gewissermaßen sein Bein in der kommunalpolitischen Tür und stieß diese mit der Zeit immer weiter auf. Die Zahl der Gemeindevertreter aus den Reihen des HV wuchs ständig an.³² Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis 1918 nahmen beim HV Beschäftigte mit einer Vertreterquote von etwa 30% eine dominante Position ein. Sie sind als wohl größte homogene Gruppe innerhalb der Stadtverordnetenversammlung zu beschreiben, wo jedoch überwiegend Vertreter des Mittelstandes vorzufinden waren. Für diese wäre noch zu klären, in welchem Maße sie von dem die Kommune dominierenden Unternehmen abhängig waren (Zulieferer, Kaufleute, Handwerker, Freiberufler). Es muss dabei generell in Rechnung gestellt werden, dass die Unternehmen durch ihre in die politischen Gremien gewählten Direktoren, Beamten und Vertrauensleute einen starken Einfluss ausübten, da gerade in diesen monostrukturierten Kommunen andere mittelständische Vertreter weniger denn je von der Industrie wirtschaftlich unabhängig waren. Damit konnte Kommunalpolitik in einer Gemeinde bzw. Stadt wie Hörde nicht stattfinden, ohne dass das dominierende Unternehmen, vertreten in Person seiner Beschäftigten und Vertrauensleute, seinen Standpunkt einbrachte. Insbesondere die erste und die dritte Wählerabteilung wurde vom HV beherrscht. In der ersten Abteilung war ihm dies umso leichter möglich, da der HV als größter Steuerzahler aufgrund des Wahlrechts für juristische Personen in Westfalen zwischendurch wiederholt, wie z.B. 1871 oder 1909, als einziger Wähler fungierte.³³ Unter den Stadtverordneten, die für den HV tätig arbeiteten, waren sowohl Direktoren und leitende Ingenieure als auch Meister, Beamte und einfache Angestellte sowie vereinzelt sogar Arbeiter. Insgesamt ist über die Hörder Stadtverordnetenversammlung in der Zeit bis 1918 zu sagen, dass ihre Mitglieder in verschiedenen Abstufungen liberal und unter ihnen nur recht wenige Katholiken vorzufinden waren. Bis 1918 konnte die SPD, anders als in Essen oder Dortmund, nicht einen Stadtverordneten stellen.

Die Stellung des HV in der Kommune war nach 1870 eine immer unbestrittenere. Das Unternehmen spielte nicht nur in der Stadtverordnetenversammlung eine wichtige Rolle, noch mehr als dort waren Unternehmensvertreter durch ihre Mitgliedschaft im Magistrat direkt in die kommunale Verwaltungsarbeit eingebunden. Im Magistratskollegium wirkten leitende Ingenieure sowie Direktoren des Unternehmens mit, also gewissermaßen Vertreter aus der ersten Reihe. Darüber hinaus kam der unbesoldete Beigeordnete, der auch den Bürgermeister vertrat, über die meisten Wahlperioden hinweg aus den Reihen der HV-Angehörigen. Bis 1918 stellte der HV etwa ein Drittel der Magistratsmitglieder und regierte so noch stärker in Hörde mit als dies allein durch seine Vertretung

Verwaltung.

³² Bausch, Rathäusliche Verfassung, S. 34. Verzeichnis der Hörder Kollegien und ihrer Mitglieder in Luntowski, Kommunale Selbstverwaltung, S. 159ff.

³³ Bausch, Rathäusliche Verfassung, S. 40f. Dies erinnert an die Beherrschung der ersten Wählerabteilung durch Krupp in Essen gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Hierdurch war es umso einfacher möglich, Unternehmensinteressen in der Arbeit des Kommunalparlaments durchzusetzen. Krupp vermochte es auf diese Weise, bei den Wahlen 1894 seinen Fabrikbaumeister Schmohl in die Essener Stadtverordnetenversammlung zu bringen. Schmohl sollte dort wie in der Baudeputation Krupps Interessen vertreten. Vgl. Bajohr, Krupp und Kommune, S. 169.

in der Stadtverordnetenversammlung möglich gewesen wäre.³⁴ So bleibt insgesamt festzuhalten, dass in Hörde zwischen 1859 und 1918 jeweils etwa ein Drittel der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung wie des Magistrats zeitgleich Beschäftigte des HV waren. Dass Kommunalpolitik dadurch häufiger in der Hauptverwaltung des HV als im Hörder Rathaus gemacht wurde, liegt deshalb nicht außerhalb der Vorstellungskraft.

Noch deutlicher wird dies, wenn man sich vergegenwärtigt, dass so gut wie alle kaufmännischen wie technischen Leiter, also die höchste Ebene der Betriebshierarchie, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, teils als Magistratsmitglieder bzw. Beigeordnete, teils als Stadtverordnete in der Kommunalpolitik aktiv waren.³⁵ So kam es 1870 zu einer Neuorganisation der städtischen Verwaltung durch den Beigeordneten Hilgenstock, der beruflich als Oberingenieur beim HV tätig war. Hilgenstock und sein gleichfalls beim HV in herausgehobener Position beschäftigter Bruder haben wohl in den 1870er/80er Jahren nach Einschätzung des Hörder Sozialdemokraten Otto Hue in der dortigen Kommunalpolitik ein „Schreckensregiment“ geführt.³⁶

Zur Durchsetzung ihrer Interessen in der Kommunalpolitik waren die Unternehmen bemüht, ihnen genehme politische Mehrheiten zu schaffen. Das konnte auf unterschiedliche Art und Weise geschehen: Zum einen war dies möglich durch die eigene Stimmabgabe der juristischen Person als Wähler. Zum anderen konnte man Einfluss auf die entsprechenden Mandatsträger nehmen, die für die Firma arbeiteten, und auf diejenigen, die als Stadtverordnete oder Magistratsmitglieder nicht bei dem Unternehmen beschäftigt, jedoch in einem anderen Verhältnis von ihm abhängig waren. Die dritte Möglichkeit bestand darin, die bei dem Unternehmen beschäftigten Wahlberechtigten in ihrer Wahlentscheidung zu beeinflussen. Diese Option versprach gerade bei Großunternehmen mit Tausenden von Beschäftigten und Wahlberechtigten besonderen Erfolg und wurde folglich von den Unternehmen in der Form von Druckausübung besonders eingehend genutzt – was teilweise zu Auswüchsen führte, die Hue als „Werksterrorismus“ geißelt. Zeitgenössisch kritisiert und auch Gegenstand von staatlicherseits durchgeführten Untersuchungen waren die Umstände von politischen Wahlen im Kaiserreich, vor allem auf Landes- und kommunaler Ebene, für die die öffentliche Stimmabgabe im Wahllokal vorgesehen war. Unternehmer und ihre Vertreter gehörten zu denjenigen, die die Wahlumstände und das Wahlverhalten ihrer Werksangehörigen sowohl mit subtilen als auch mit sehr direkten Methoden zu beeinflussen suchten. Die Bandbreite war groß: Neben dem Ausschchenken von Freibier und Schnaps fand die öffentliche, mündliche Stimmabgabe unter den Augen von spaliertehenden Meistern und Beamten, also den Vorgesetzten aus dem Betrieb, statt, die die Wahlberechtigten teilweise wie Stimmvieh zu den Wahllokalen geleiteten und dort beaufsichtigten. Bei Reichstagswahlen waren in Hörde durch Beamte des HV sogar die aus Sicht des

³⁴ Bausch, Rathäusliche Verfassung, S. 40-43. Von den zehn unbesoldeten Beigeordneten, die zwischen 1859 und 1918 in Hörde amtierten, waren sechs beim HV beschäftigt. Vgl. Bausch, Hermann Josef (Bearb.): Stadt und Amt Hörde 1522-1928 (Stadtarchiv Dortmund-Bestand 15). Findbuch, Dortmund 1994 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Dortmund; Bd. 11), S. 105-110. In Mülheim/Ruhr fungierte der kaufmännische Direktor der Friedrich-Wilhelms-Hütte, Zerwes, 1879 sogar als Bürgermeister. Vgl. Rasch, Quellen zur Stadtgeschichte, S. 250.

³⁵ Bausch, Rathäusliche Verfassung, S. 43. Luntowski, Kommunale Selbstverwaltung, S. 159ff. Hoerder Bergwerks- und Hütten-Verein Hoerde in Westfalen. 50 Jahre seines Bestehens als Actien-Gesellschaft 1. März 1852/1902, Aachen 1902.

³⁶ Hue, Bergarbeiter, S. 247f. Hue nennt zwar nicht die Namen der von ihm gemeinten Personen, aus der geschilderten Konstellation kann es sich jedoch nur um die Brüder Hilgenstock handeln.

Unternehmens richtigen Stimmzettel an die wahlberechtigten Mitarbeiter verteilt worden. Als ein weiteres Negativbeispiel führt Hue in diesem Zusammenhang auch den BV an.³⁷

Für den Bochumer Verein sind ähnliche Umstände zur Erzeugung von Druck bei den Kommunalwahlen wie in Hörde belegbar: So zogen die wahlberechtigten Beschäftigten des Unternehmens beispielsweise 1876 im geschlossenen Zug zur Stimmabgabe zum Wahllokal, das sie auf diese Weise – als Nebeneffekt – gleichzeitig verstopften, womit anderen Wählern die Wahlmöglichkeit versperrt war. 1910 transportierte der BV seine wahlberechtigten Arbeiter in Kolonnen mit seiner Anschlußbahn in einen Bochumer Ortsteil, wo die Meister in den Wahllokalen die Stimmabgabe überwachten. Noch 1912 wurden sozialdemokratische Flugblattverteiler aus der werkseigenen Kolonie Stahlhausen verjagt.³⁸ Eine Institution waren beim BV jedoch über Jahrzehnte hinweg jene „obligatorischen Vorbesprechungen“, die im Vorfeld der Kommunalwahlen durch den Generaldirektor Louis Baare auf der Gusstahlfabrik abgehalten wurden und in deren Verlauf der Standpunkt des Unternehmens zu den Wahlen dargelegt wurde. Wie diese Veranstaltungen genau abliefen, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Dass eine Rede des Generaldirektors zu den anstehenden Wahlen, den dazu antretenden Kandidaten und der Position des BV zu diesen im Mittelpunkt stand, ist kaum anzuzweifeln. An den Veranstaltungen nahmen alle Beamten und Meister, ursprünglich auch die Arbeiter teil. Mit dem Anwachsen der Belegschaft war jedoch etwa seit den 1890er Jahren nur noch die Anwesenheit einer kleinen Gruppe von Arbeitern möglich, entweder maximal 10% der Arbeiter oder pro Werkstatt je zwei Arbeiter verschiedener Konfession, die dann als Multiplikatoren zu wirken hatten.³⁹ Baare selbst hatte 1891 im Rahmen einer Gerichtsverhandlung eingeräumt, den wahlberechtigten Beschäftigten Kandidaten empfohlen zu haben, wobei er aber gleichzeitig die Ausübung von Druck bestritt. Dass diese Aussage anzuzweifeln ist, belegen die oben geschilderten Praktiken. Die Wahl ihm nicht genehmer Kandidaten in die Stadtverordnetenversammlung bekämpfte der Generaldirektor entschieden, wie mehrere Beispiele belegen. Meist setzte er sich mit seinen diesbezüglichen Auffassungen auch durch, wofür seine Bemühungen um die Verhinderung der Wahl seines Intimfeindes Heinrich Köhler, ehemals Ingenieur beim BV und später Gründer der Westfälischen Stahlwerke, im Jahr 1890 Zeugnis ablegen. Durch den erzeugten Druck und die Wahlbeeinflussung gelang es dem BV, die dritte Wählerabteilung, in der die wahlberechtigten Arbeiter abstimmten, mit der Zeit zu beherrschen. Eine gleichzeitige klare Dominanz als einziger Wähler in der ersten Abteilung, wie sie für den HV in Hörde oder Krupp in Essen zeitweise möglich war, ist für den BV in Bochum nicht feststellbar. So konnte das Unternehmen die Stadtverordneten für die erste Abteilung nie allein, sondern lediglich mitbestimmen. Die meisten Stadtverordneten die beim BV beschäftigt waren, wurden durch die dritte Abteilung gewählt, auf die sich das Unternehmen umso mehr stützte, als das ansässige Kleinbürgertum sich zeitweise gegen die Wahl von Industrievertretern wandte.

³⁷ Hue, Bergarbeiter, S. 247-249. Als besonders krasse Beispiele für den "Werksterrorismus" bei politischen Wahlen nennt Hue neben BV und HV u.a. die Dortmunder Union, Hoesch sowie die Gutehoffnungshütte. Verglichen „mit diesen Hochburgen des wüsten Werksterrors“ seien die Wahlabläufe durch Krupp in Essen weniger gestört worden.

³⁸ Friedemann, Peter; Hausmann, Jörg und Heinevetter, Edgar (Hg.): Philipp Sommerlad. Vom „Hessebub“ zum „Bochumer Jungen“. 70 Jahre sozialistische Bewegung in Bochum (1878-1948), Essen 1990, S. 61 und 73. Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 65 und 89.

³⁹ Vgl. Historisches Archiv Krupp WA 80/4355.

Im Vergleich mit dem HV betätigte sich der BV erst relativ spät in der Kommunalpolitik: Zwar hatte sich der Mitbegründer der Gusstahlfabrik Eduard Kühne, später Verwaltungsratsmitglied beim BV, zwischenzeitlich als Stadtverordneter engagiert, den eigentlichen Anfangspunkt muß man jedoch im Eintritt des Generaldirektors Louis Baare in die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1863 sehen. Von diesem Zeitpunkt an gehörte Baare dem Gremium über 34 Jahre lang ununterbrochen bis zu seinem Tod an. Bis in die zweite Hälfte der 1870er Jahre blieb der BV in dem Kollegium quantitativ nur schwach durch Baare und ab 1869 durch den zusätzlich hinzutretenden technischen Direktor repräsentiert. Dies änderte sich erst mit den Kommunalwahlen von 1878, bei denen der BV das erste und einzige Mal mit einer eigenen Liste antrat und erfolgreich war. In dieser Phase trat das Unternehmen in Bochum demonstrativ kommunalpolitisch in Erscheinung und gewann nunmehr auch quantitativ an Gewicht.⁴⁰ Die Anzahl der beim BV beschäftigten Stadtverordneten erhöhte sich auf vier bis fünf bei einer Gesamtzahl von 24 Kollegiumsmitgliedern. Mit der Erweiterung des Gremiums auf 36 Sitze in den 1890er Jahren wuchs der Anteil der BV-Beschäftigten lediglich proportional, so dass seit 1893 etwa sechs bis sieben beim BV Tätige vertreten waren, woran sich auch nach der Vergrößerung des Kommunalparlaments auf 48 Sitze in Folge der Großstadtwerdung Bochums im Jahre 1904 nichts änderte. Damit blieb der BV mit der Vertretungsquote durch bei ihm Beschäftigte klar hinter dem HV zurück. Baare bestritt nie, eine entsprechende Repräsentation des BV durch seine Angestellten in der Stadtverordnetenversammlung betrieben zu haben. Allerdings machte er geltend, dass sich das Unternehmen, das aufgrund seiner wirtschaftlichen und steuerlichen Bedeutung für die Stadt nach Baares Rechnung acht von 24 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung beanspruchen konnte, freiwillig mit vier Sitzen begnügt habe.⁴¹

Von den zwischen 1865 und 1904 in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen 99 Mitgliedern waren lediglich 13 beim BV beschäftigt. Diese 13 waren gleichermaßen im kaufmännischen wie im technischen Bereich als führende Mitarbeiter tätig, sie waren Direktoren, Prokuristen, Ingenieure und Beamte. Außerdem gehörte ein Obermeister zu ihnen. Die meisten von ihnen waren enge und wichtige Mitarbeiter der Firmenleitung, deren Vertrauen sie besaßen, und gehörten dem Unternehmen zum Zeitpunkt ihrer Wahl in die Stadtverordnetenversammlung teilweise schon über Jahrzehnte an. Bemerkenswert ist, dass sie im Durchschnitt 16 Jahre Mitglieder des Gremiums waren.⁴² Nach Louis Baare war kein Mitglied der Unternehmensleitung, weder der Generaldirektor noch der technische Direktor, mehr in der Stadtverordnetenversammlung vertreten, was auch mit einer allgemeinen Zurückhaltung beim Engagement außerhalb des Unternehmens in der Ära des Nachfolgers Fritz Baare zusammenhängen dürfte. Die kommunalpolitische Vertretung der Unternehmensinteressen blieb nun allein leitenden Angestellten überlassen, die bereits zuvor für die Präsenz des Unternehmens bei den Sitzungen gesorgt hatten. Der Generaldirektor räumte dann nämlich doch anderen Verpflichtungen eine höhere Priorität ein, als regelmäßig zu den Stadtverordnetensitzungen zu erscheinen. Louis Baare war dort nur sporadisch anwesend.⁴³ Allerdings ist bemerkenswert, dass er bei aller Überhäufung mit sich vermehrenden unternehmerischen Geschäften und sonstigen Auf-

⁴⁰ Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 90.

⁴¹ Vgl. Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 5.6.1891. Rheinisch-Westfälisches Tagblatt vom 5.6.1891.

⁴² Zu Stadtverordneten, die beim BV beschäftigt waren auch Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 53f. und 66.

⁴³ Dies belegen Stichproben aus den Sitzungsprotokollen der Stadtverordnetensitzungen der 1870er und 1880er Jahre, wonach der Stadtverordnete Baare teilweise in weniger als der Hälfte der Sitzungen eines Jahres anwesend war. Vgl. Stadtarchiv Bochum B 2081-2086; B 2111.

gaben nicht auf die Wiederwahl verzichtet hatte. Letztlich zeigte er, wenn auch nicht permanent, aber doch wohl bewusst Präsenz in dem Gremium. Sein häufiges Fehlen wird ihm jedoch umso leichter gefallen sein, da er um die Anwesenheit von engen Mitarbeitern wusste, die die Verhandlungen verfolgten und die Ansichten des BV vertraten. Diese treuen Beschäftigten machten eine Gruppe im Stadtparlament aus, die sich selbst als die „Gussstählernen“ begriff. Sie bildeten den Kern der mit dem BV im Zusammenhang stehenden Stadtverordneten, zu denen auch noch andere zu zählen sind, nämlich: die Verwaltungsratsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder, Aktionäre und solche, die man als Freiberufler, Lieferanten, Dienstleister usw. als Interessenten bezeichnen kann.⁴⁴

Unter Einschluss dieser Personengruppen vermochten die „Gussstählernen“ im Stadtparlament eine äußerst starke Gruppe zu stellen, ohne die absolute Mehrheit zu verkörpern. Zweifellos stellte der BV in Bochum wie der HV in Hörde die entscheidende, einflussreiche Größe dar, wie es auch zeitgenössisch schon von den staatlichen Aufsichtsbehörden auf der Provinzialebene klar erkannt wurde. Insgesamt war durch die „Gussstählernen“ und Anhang sowie Vertreter des Bergbaus ein Übergewicht der Repräsentanten der Schwerindustrie, das vor allem für die erste und die dritte Abteilung ins Auge fiel, in der Stadtverordnetenversammlung entstanden. Wie in Hörde und vielen neuen Industriestädten des nördlichen Ruhrgebiets ging die Leitung der städtischen Geschicke in Bochum seit Mitte der 1870er Jahre mehr und mehr in deren Hände über.⁴⁵ Damit war dem BV jedoch nicht uneingeschränkt freie Bahn eröffnet, so dass man auch Niederlagen hinnehmen musste. In diesem Zusammenhang ist auch Baares Scheitern bei der Wahl zum Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1879 zu sehen. Vor allem in dieser Phase wurde die zunehmende Vormachtstellung des BV in den Kommunalwahlkämpfen auch wiederholt angegriffen.

Seit den 1880er Jahren waren die „Gussstählernen“ und andere beim BV beschäftigte Personen, die nicht Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren, in den kommunalen Ausschüssen und Kommissionen vertreten, so dass das Unternehmen auch Einblick in deren Tätigkeit und Einfluss auf die Beschlüsse der Gremien hatte. Auffallend unterrepräsentiert erscheint der BV hingegen, anders als der HV in Hörde, bei seiner direkten Vertretung im Magistrat. Dort war der BV erst seit 1889 durch ein Verwaltungsratsmitglied repräsentiert. Bis 1918 finden sich insgesamt lediglich zwei Verwaltungsratsmitglieder und der stellvertretende Generaldirektor des Unternehmens als unbesoldete Magistratsmitglieder wieder. Darüber hinaus erscheinen unter den Namen anderer unbesoldeter Magistratsmitglieder noch diejenigen von BV-Aktionären und Interessenten.

Bis zu Beginn der 1890er Jahre hatte sich in Bochum schließlich das von zeitgenössischen Kritikern sog. „System Baare“ ausgeprägt, unter dem man eine weitgehende, teils offene, teils latente Einflussnahme durch den BV mit seinem mächtigen Generaldirektor an der Spitze auf die städtischen Gremien verstehen kann. Begünstigt wurde dies gewiss auch durch Verbindungen zwischen dem BV und den Spitzen der neuen industriestädtischen Gesellschaft. Obwohl Bochum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht gerade als ein Zentrum des nationalen Handels- und Finanzwesens

⁴⁴ Diese Personengruppen zu erfassen, ist im Ganzen nicht leicht. Für die Verwaltungsrats- und Aufsichtsratsmitglieder ist dies relativ einfach. Schwierigkeiten bereitet hingegen die Erfassung aller Aktionäre und Interessenten unter den Stadtverordneten. Zu Verflechtungen von Stadtverordneten mit dem BV siehe Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 54f. und Tabellen VII und VIII. Die Quantifizierungen Dorns sind jedoch wegen der von ihr zu Grunde gelegten Quellen mit Vorsicht zu betrachten.

⁴⁵ Dorn, Bochumer Stadtverordnete, S. 67f.. Croon, Bürgertum und Verwaltung, S. 35.

gelten konnte, lebten immerhin 13 der 34 zwischen 1854 und 1906 gewählten Verwaltungsratsmitglieder des BV in der Sitzstadt. Somit stellten die Bochumer unter den Vorstandsmitgliedern des BV noch vor den Herkunftsorten Köln, Essen und Berlin die größte Gruppe. Fast alle Bochumer Vorstandsmitgliedern stammten aus im Zuge der Industrialisierung zugezogenen Familien, die nunmehr die industriestädtische Honoratiorenelite mitbildeten, also aus jenem bereits oben erwähnten Industriebürgertum. Die meisten von ihnen waren durch geschäftliche, freundschaftliche oder sogar verwandtschaftliche Beziehungen miteinander verbunden. Von den 13 Mitgliedern waren acht Stadtverordnete, sechs von ihnen übten ihr kommunalpolitisches Amt zeitgleich mit dem Verwaltungsratsmandat aus. Zwei dieser Stadtverordneten wurden während ihrer Mitgliedschaft im BV-Verwaltungsrat als unbesoldete Mitglieder in den Magistrat gewählt. So lässt sich für die ersten 50 Jahre des Bestehens des Unternehmens das Prinzip der Schaffung einer ausgesprochen breiten Vorstandsbasis vor Ort durch den Einbezug der neuen industriebürgerlichen Elite vermerken, obwohl die Stadt selbst nicht als Zentrum der BV-Großaktionäre anzusehen ist. Auf diese Weise verbanden sich der BV und die industriebürgerliche Elite Bochums miteinander, so dass man auch hierin einen Teil jenes Netzwerkes erkennen kann, das das „System Baare“ in Bochum ausmachte.

Abschließend sollen die kommunalpolitischen Verhältnisse in Bochum und Hörde unter Berücksichtigung der Rolle der beiden Großunternehmen einer knappen Gegenüberstellung unterzogen werden. Auch aufgrund der oben skizzierten Konstellationen, in Bochum noch begünstigt durch gemeinsame Wahlvorschläge von Nationalliberalen und dem Zentrum, gelang vor 1918 nicht einem SPD-Kandidaten der Einzug in den Rat einer der beiden Städte. Zu den kuriosen Wahlverhältnissen dieser Epoche ist der Umstand zu zählen, dass der erste Fabrikarbeiter, der 1907 in Bochum Stadtverordneter wurde, kein Sozialdemokrat war, sondern als Kompromisskandidat der beiden Parteien aus dem Lager der nationalen, evangelischen Arbeitervereine kam.⁴⁶ Deren im Bochumer Raum dominierende Dachorganisation, der Evangelische Arbeiterbund, wurde vom BV unterstützt. Der erste Arbeiter im Bochumer Rat war Walzwerksarbeiter beim BV, der in der werkseigenen Kolonie wohnte, und der Richtung des BV in der Stadtverordnetenversammlung zuzuordnen ist. Er verblieb dort lediglich für eine Wahlperiode, so dass die Vertretung von BV-Arbeitern in der Kommunalpolitik unter dem Dreiklassenwahlrecht durch einen Mann aus den eigenen Reihen lediglich einem seltsamen Intermezzo glich. Insgesamt war die direkte Vertreterquote, zwischen 1859 und 1918 war etwa jeder dritte Stadtverordneter ein Angestellter des HV, in Hörde wesentlich höher als in Bochum, wo für die Zeit zwischen 1904 und 1918 etwa sechs weitere für den BV tätige Stadtverordnete auszumachen sind, so dass sich die Gesamtzahl für die Zeit zwischen 1865 und 1918 auf etwa 20 beläuft. Auch ist für Bochum im Gegensatz zu Hörde kein kontinuierliches Engagement von leitenden Angestellten bzw. Mitgliedern der Unternehmensleitung im Magistrat festzustellen, so wie überhaupt ein äußerst zeitverzögerter Einstieg in die Kommunalpolitik für den BV zu konstatieren ist. Als einziger Angestellter des BV war ab 1911 einer der Söhne Louis Baares, Dr. Wilhelm Baare, unbesoldetes Magistratsmitglied in Bochum, allerdings ohne zuvor Stadtverordneter gewesen zu sein, wie dies oftmals üblich war. Diesem im Vergleich mit Hörde quantitativen Mangel bei der direkten Vertretung durch Unternehmensangehörige in städtischen Gremien steht ein erklärtes Sichbegnügenwollen mit einer begrenzten Anzahl von Unternehmensmitgliedern in der Stadtver-

⁴⁶ Croon, Stadtvertretungen, S. 302.

ordnetenversammlung gegenüber. Daher stellt sich die Frage, ob das „System Baare“ aufgrund sonstiger Einwirkungspraktiken auf ein weiteres Ausschöpfen direkter kommunalpolitischer Einflussmöglichkeiten in der Person von Angestellten verzichten konnte. Es bleibt letztlich die theseartige Feststellung, dass das „System Baare“, anders als man es in Hörde tat, stärker indirekte Formen der Einflussnahme über ein Netzwerk von in der Stadt und ihren Gremien aktiven Verwaltungsratsmitgliedern, Aktionären und Interessenten zu praktizieren suchte. Diese Variante lässt auf ein Gefühl des Vertrauens auf die eigene Stärke sowie die mit der Zeit geschaffenen Strukturen schließen, da das Unternehmen ja ansonsten vermehrt bestrebt gewesen wäre, weitere Unternehmensangehörige in den städtischen Gremien unterzubringen bzw. die eigene Macht offensichtlicher zu demonstrieren. Man kann also in Bochum subtilere Formen der Interessenwahrung und Einflussnahme auf die städtischen Verhältnisse durch das dominierende Unternehmen unterstellen als vergleichsweise in Hörde. Auf der anderen Seite fand das Unternehmen wohl auch Strukturen vor bzw. hatte es sich solche geschaffen, die sich den Interessen des bedeutendsten Wirtschaftsfaktors nicht (mehr) in den Weg stellten. Für Bochum könnte als Beispiel hierfür die Rolle der im Vergleich mit anderen Ruhrgebietsstädten gegen Ende des 19. Jahrhunderts schwachen Oberbürgermeisterpersönlichkeiten angeführt werden, die sich um die Vereinbarung von kommunalen und Unternehmensinteressen bemühten.⁴⁷

Darüber hinaus vertritt Croon die These vom Vorhandensein einer Hüttenpartei in der Bochumer Stadtverordnetenversammlung, bestehend aus Vertretern der Schwerindustrie.⁴⁸ Es stellt sich die Frage, ob eine solche Partei, bestehend aus Vertretern verschiedener montanindustrieller Unternehmen, unter denen die des BV gewiss am zahlreichsten waren, sich auch stets einheitlich verhalten und präsentieren konnte. Man wird mit Bestimmtheit annehmen können, dass unterschiedliche Unternehmen, auch wenn sie einer Branche zuzurechnen waren, schon aufgrund ihrer verschiedenen Dispositionen in manchen Fragen divergierende Interessen verfolgten, so dass es innerhalb der Partei schließlich zu gegensätzlichen Auffassungen kommen musste. Deshalb wäre zu überprüfen, ob es abgesehen von den „gussstählernen“ noch andere homogene Einheiten innerhalb des Gremiums gab, die im Abstimmungsfall Konformität aufwiesen. Diese Frage lässt sich allerdings letztlich nur durch die Untersuchung des jeweiligen Entscheidungs- und Abstimmungsverhaltens in der Stadtverordnetenversammlung beantworten. Ebenso unsicher ist, ob BV-Interessenten und Aktionäre generell für die Position des Unternehmens stimmten, zumal sie bestimmt auch andere, für sie selbst wichtigere, vom BV unabhängige Interessen verfolgten. Eine Klärung ließe sich nur über die erwähnte Untersuchung des Abstimmungsverhaltens erreichen, die jedoch einen weiteren, hier nicht darstellbaren Schritt bilden müsste, um über die thematisierte Gremienbesetzung hinaus die Einflussnahme von Unternehmen auf die Kommunalpolitik analysieren zu können.

⁴⁷ Siehe z.B. Rheinisch-Westfälisches Tagblatt vom 12.6.1891.

⁴⁸ Vgl. Croon, Stadtvertretungen, S. 297. Goon, Bürgertum und Verwaltung, S. 34. Der Begriff der Hüttenpartei stammt nicht aus den Quellen, sondern scheint ein von Croon konstruierter zu sein. Auch Dorn, Bochumer Stadtverordnete, verwendet ihn nicht.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 2005

Aus dem Protokoll der Jahreshauptversammlung 2005 in Frankfurt am Main, 1.9.2005

Teilnehmer: Ruth Rosenberger, Karl Lauschke, Diane Dammers, Stefanie van de Kerkhof, Hendrik Fischer, Alfred Reckendrees, Thomas Welskopp, Christopher Kopper, Clemens Reichel, Reiner Ruppmann, Vera Hierholzer, Stefanie Lechner, Roman Köster, Ralf Ahrens, Michael C. Schneider, Hisashi Yano, Werner Plumpe, Jan-Otmar Hesse, Tim Schanetzky, Christian Kleinschmidt, Jens Scholten.

1) Genehmigung der Tagesordnung

Einführend wird darauf hingewiesen, dass die Wahlen bereits auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung im Januar stattgefunden haben und nun nur noch die Entlastung für 2004 auf der Tagesordnung steht. Die Tagesordnung ist satzungsgemäß zugegangen und wird genehmigt.

2) Bericht des Vorstands über das Jahr 2004

In 2003 fand in München bei BMW die AKKU-Tagung zum Thema „Marketing“ mit relativ wenigen Teilnehmern (ca. 20) statt. Hierzu ist in 2005 bereits ein Tagungsband erschienen. BMW bezuschusste die Tagung und die Druckkosten des Bandes.

In 2004 fand die AKKU-Tagung in Bochum im Institut für soziale Bewegungen zum Thema „Krisen“ mit 20-25 Teilnehmern statt. Hierzu erscheint kein regulärer Tagungsband, stattdessen hat Stefanie van de Kerkhof die Publikation der Beiträge in Bd. 2/2006 im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte in die Hand genommen.

Während der Tagung wurde der dritte AKKU-Nachwuchspreis an Katja Girschik verliehen. Insgesamt sind 17 Arbeiten eingereicht worden.

In 2004 wurden zwei Ausgaben des Mitteilungsblattes herausgegeben. Die Mitglieder werden gebeten, mehr und möglichst aktuelle Rezensionen beizusteuern. Die zu besprechenden Bücher können auch über den Vorstand bestellt werden.

Der erschienene Bd. 10 der Schriftenreihe von Roman Köster zur Dortmunder Brauwirtschaft wurde den Mitgliedern nicht kostenlos zugeschickt, da eine besondere Finanzierung vorlag. Er kann aber preiswert über den Vorstand bestellt werden.

3) Bericht der Kassenprüfer

Der Kassenwart verteilt und erläutert eine Vorlage zum Kassenstand (die Vorlage kann beim Schriftführer, Jens Scholten, eingesehen werden). Der Einzug der Beiträge für 2004 erfolgte erst im Januar 2005.

Der Kassenprüfungsbericht wird verlesen, da die Prüfer nicht persönlich anwesend sind: Die Prüfung für das Jahr 2004 erfolgte am 30.8.2005, es gab keine Beanstandungen außer einer Rückbuchung für zu viel erstattete Ausgaben in Höhe von 12,50 EUR. Die Kassenprüfer fordern, für die Ausgaben im Rahmen der EBHA-Tagung eine gesonderte Aufstellung der nächsten Versammlung vorzulegen. Sie schlagen die Entlastung des Vorstandes vor.

4) Entlastung des Vorstands und der Kassenprüfer für das Jahr 2004

Alfred Reckendrees schlägt die Entlastung vor, Vorstand und Kassenprüfer werden einstimmig entlastet.

5) Zur weiteren Arbeit des Arbeitskreises

Der lange ausstehende Bd. 6 der Schriftenreihe zur Rüstungskonversion soll laut Herausgeber Lutz Budraß demnächst (Oktober/November) erscheinen und wird dann an die Mitglieder verschickt.

Bd. 14 von Michael Schneider ist erschienen und kann zu Sonderkonditionen für 24,90 EUR über den Vorstand bestellt werden.

Für die AKKU-Tagung 2006 schlägt Ruth Rosenberger Das Thema „Neuer kapitalistischer Geist seit den 70er Jahren“ vor. Behandelte Zeitraum sollen die 1970er bis 1990er Jahre sein und mit internationaler Perspektive fragen, wie sich Unternehmensorganisation tatsächlich gewandelt hat. Unternehmenshistorischer und sozioökonomischer Wandel sollen berücksichtigt und ihre Wechselwirkungen mit gesellschaftshistorischen Wandlungsprozessen ins Auge gefasst werden. Die Mitglieder werden aufgefordert, Vorschläge zu Beiträgen oder möglichen Referenten, auch internationaler Herkunft, zu unterbreiten. Möglicher Tagungsort könnte Trier sein. Vorschläge zu Beiträgen können jederzeit an Ruth Rosenberger (rosenber@uni-trier.de) geschickt werden. Der Vorschlag wird einstimmig als Thema für die nächste Tagung angenommen. Die anzustrebenden 8-10 Vorträge sollen dabei aber nicht zu allgemein gehalten sein, sondern trotz der Berücksichtigung von Wechselwirkungen den Bezug zu wirtschafts- und unternehmenshistorischen Fragestellungen erkennen lassen.

Alfred Reckendrees schlägt als Thema für eine spätere Tagung vor, sich mit Handelsunternehmen zu befassen und findet hierfür Unterstützung unter den Versammelten.

6) Informationen des Vorstands über Aktivitäten im Jahr 2005

In der Akkumulation 21/2005 sind die beschlossenen Änderungen der Satzung veröffentlicht worden. Besonders wird auf die Neuregelung der Beschlussfähigkeit und die Vorstandserweiterung aufmerksam gemacht.

Für die zukünftige Auswahl des Trägers des Nachwuchspreises wurde wegen der steigenden Zahl eingehender Arbeiten eine Neuerung eingeführt: bei Bedarf sollen externe, nicht dem Vorstand angehörende, fachlich kompetente Prüfer angefragt werden. Zur Verfügung stehen bereits die Professoren Petzina und Ziegler. Gleiches gilt für Anfragen zu Veröffentlichungen in der AKKU-Schriftenreihe.

Dem Vorbereitungsteam der EBHA-Tagung wird für die geleistete umfangreiche Vorbereitungsarbeit der Dank des Vereins ausgesprochen.

7) Verschiedenes

Es werden Anfragen zu Tagungsteilnahmen und Referentenanfragen verlesen und Organisationsdetails der folgenden EBHA-Tagung abgesprochen (Büchertischbewachung, Literaturbestellung).

AKKU-JAHRESTAGUNG 2005/ EBHA-CONFERENCE

Corporate Images – Images of the Corporation. 9th annual meeting of the European Business History Association, 1.-3. Sept. 2005 in Frankfurt am Main

Jan-Otmar Hesse, Frankfurt am Main

Im modernen Wissenschaftsbetrieb bliebe für die Professoren insbesondere an Business Schools letztlich nichts anders übrig, als sich selbst als Markenprodukte der studentischen Nachfrage anzupreisen. Dieser Schluss – so der Mannheimer Betriebswirt Alfred Kieser – liege nahe, wenn Betriebswirte die umfangreichen Ergebnisse der Untersuchungen von Identitätsbildungsprozessen in Unternehmen einmal konsequent auf sich selbst anwendeten. Kieser hatte mit seiner Keynotespeech „How Managers make Corporate Images – and Corporate Images make Managers“ die Leitfrage für die Jahrestagung der European Business History Association (EBHA) diskutiert, die vom 1. bis zum 3. September zum ersten Mal in Deutschland stattfand.

Rund 200 Unternehmenshistoriker aus aller Welt hatten sich nach Frankfurt locken lassen, um über „Corporate Images – Images of the Corporation“ zu diskutieren. Veranstaltet wurde die Tagung gemeinschaftlich vom Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Frankfurt (Prof. Dr. Werner Plumpe), dem Arbeitskreis für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte an der Universität Bochum (AKKU) und der Frankfurter Gesellschaft für Unternehmensgeschichte. Die Tagung war gleichzeitig die Jahrestagung von AKKU und es fand – unter reger Beteiligung – die Jahreshauptversammlung statt. Auch die GUG führte im Rahmen der Tagung ihre jährliche Mitgliederversammlung durch. Die thematische Bandbreite der 120 Vorträge reichte dabei von der Werbung von Coca-Cola im Dritten Reich, über die Öffentlichkeitspolitik von Beate Uhse bis hin zu Moden in der uniformierten Unternehmensbekleidung. Ein Vortrag über die Werbekampagne von Benetton gehörte fast zwangsläufig zum Programm, genauso wie Vorträge über die Politik deutscher Unternehmen im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie ihre eigene NS-Vergangenheit als Absatzproblem entdeckten. Unternehmenspolitik unter totalitären Regimen wurde für den deutschen, den italienischen und den sowjetischen Fall diskutiert sowie für das besetzte Dänemark. Unternehmensinterne Medien waren in Form von Hauszeitschriften und Industriefilmen diskutiert worden und die Darstellung von Unternehmen auf Weltausstellungen wurde anhand zahlreicher Fallbeispiele thematisiert. Schließlich gehörten auch Vorträge über die Management-Wissenschaft und die auf diese Weise vermittelten Bilder vom Unternehmen und den Unternehmern zum Gegenstandsbereich der Tagung.

Es kann hier kaum der Versuch unternommen werden, eine Tagung dieser Größe auch nur annähernd für die Mitglieder von AKKU abzubilden. Der Tagungsbericht beschränkt sich daher auf zwei kurze Querschnitte: 1. Die Tagung zeigte die Interdisziplinarität, in der sich die Unternehmensgeschichte mittlerweile entfaltet. Längst gehört die Unternehmensgeschichte nicht mehr zu einer Spezialdisziplin für wenige Wirtschafts- oder Technikhistoriker, sondern sämtliche Felder der Geschichts- und Sozialwissenschaften verwenden den Zugriff auf die Unternehmensarchive, in denen zum Teil außergewöhnliche Quellen schlummern, für ihre jeweiligen Fragestellungen. Natürlich waren Architekturhistoriker oder Textilhistoriker durch die besondere Themenstellung in besonderer Weise angesprochen und andernorts regte sich auch Kritik an der stark „kulturalistischen“ Ausrichtung, die zu einem bestimmten Grad das Themenspektrum limitiert habe. Die Tagung zeigte aber sehr nachdrücklich, dass eine derartige Unternehmensgeschichtsschreibung nur als Überbau auf der Basis eines stärker betriebswirtschaftlich ausgerichteten Ansatzes Sinn macht. Die zahlreichen Ausflüge in das Reich der Industriefilme und -fotographien, der Werbung und des öffentlichen Erscheinungsbildes von Unternehmen führten immer wieder zu der Frage zurück, mit welchen Kosten „Corporate Images“ verbunden sind und ab wann sich die Produktion solcher Bilder lohnt, bzw. unter welchen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen sie ein Unternehmen gar nicht mehr verhindern kann.

2. Ein weiteres sehr wichtiges Thema für die Unternehmensgeschichte war die Frage nach dem europäischen oder internationalen Unternehmen. War die Unternehmensgeschichte hierzulande seit einigen Jahren in eine gewissen Sondersituation verfallen – durch die zahlreichen unternehmensfinanzierten Projekte zur NS-Geschichte einerseits, durch einen im internationalen Vergleich ebenso unkomplizierten wie umfassenden Archivzugriff andererseits – so scheint in europäischen bzw.

international vergleichenden Unternehmens- oder Branchenstudien die nähere Zukunft des Faches zu liegen. Diese Forschungsperspektive drängt sich schon für die Untersuchung von zahlreichen, sehr wirtschaftsstarke mittelständischen und Familienunternehmen förmlich auf, die sehr häufig mit wenig Beschäftigten für einen internationalen Markt produzieren und daher nur in diesem Kontext begriffen werden können. Aber auch für (multinationale) Großunternehmen liegt das zukünftige Forschungsfeld in deren internationalem Kontext, insbesondere wenn – ebenfalls ein jüngerer Forschungstrend – die Zeit seit den 1970er Jahren verstärkt in den Blick genommen werden soll. Bei der Internationalisierung der deutschen Unternehmensgeschichte geht es nicht darum, ein „Modell Deutschland“ oder einen „deutschen Stil“ der Unternehmensführung herauszuziselieren. Vielmehr ist mangels Forschung bislang überhaupt erst herauszufinden, welches die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede deutscher, europäischer oder amerikanischer Unternehmensführung gewesen sind und zu welchen Wirtschaftsordnungen und Unternehmensverfassungen diese „Stile“ führen.

Das Programm der Frankfurter Konferenz steht noch einige Wochen auf der Site der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte zur Verfügung (www.unternehmensgeschichte.de/ebha2005). Die nächste EBHA-Konferenz zum Thema „The Dynamics of Capitalism and Business Enterprise – 200 years of Business Success, Failure and Scandal“ wird an der Kopenhagen Business School am 17. - 20.8.2006 stattfinden. **Proposals sind bis zum 15. Januar 2006** an Jorgen Fink einzureichen (hisjf@hum.au.dk). Details unter www.cbs.dk/ebha2006, Eine Veröffentlichung einiger Vorträge u.a. von AKKU-Mitgliedern von der diesjährigen Konferenz ist derzeit in Vorbereitung.

AKKU-JAHRESTAGUNG 2006

Ein „neuer Geist des Kapitalismus“? Die 1970er und 1980er Jahre als Phase des paradigmatischen Wandels der Arbeitswelt

voraussichtlich am 6./7.10.06, im Karl-Marx-Studienzentrum FES, Trier

Ausgelöst durch neuere Arbeiten der französischen Soziologie wird in den Sozialwissenschaften zunehmend nach der wachsenden Bedeutung von Legitimations- und Handlungswissens in Großunternehmen gefragt, das seinen Ursprung nicht im „Kapitalismus“ selbst habe, sondern vielmehr in seiner Kritik. Unter dem Schlagwort „ein neuer Geist des Kapitalismus“ haben Luc Boltanski und Ève Chiapello am Beispiel von Frankreich konstatiert, dass unter dem Druck politisch-sozialer Herausforderungen im Verlauf der 70er und 80er Jahre nicht nur die gesellschaftliche Legitimation, sondern auch die Organisationsstruktur von Unternehmen und der gesamten Arbeitswelt auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Diese weitreichende These ist bislang weder von der empirischen Sozialforschung noch von der Unternehmensgeschichte detailliert oder für andere nationale Kontexte überprüft worden.

Ziel der Tagung ist es daher, die Annahme eines „neuen Geistes des Kapitalismus“ zum Ausgangspunkt einer Untersuchung der unterschiedlichen Wege und Akteure zu machen, durch die die ver-

änderten gesellschaftlichen Wissensformen und -bestände unter den Bedingungen der ökonomischen Zwangslage seit dem Beginn der 70er Jahre in Unternehmen gelangten, wie sie dort verwendet oder wirksam wurden, und welche Auswirkungen das hatte. Aufgrund des anhaltenden Transformationsprozesses innerhalb und außerhalb von Unternehmen, der in den 60er Jahren einsetzte und wohl bis in die Gegenwart währt, bietet sich eine Untersuchung in unternehmenshistorischer Perspektive nicht nur an; sie ist gar notwendig, um zentrale Veränderungen des so genannten sozio-ökonomischen Strukturwandels in verschiedenen liberal-demokratischen Gesellschaften zu erfassen.

Zentral sind dabei Beobachtungen, wie etwa die eines veränderten Ensembles positiver Leitwerte, an denen sich jeder einzelne am Arbeitsprozess Beteiligte orientiert. Waren dies in den 60er Jahren noch Loyalität, hierarchisches Denken, Gemeinschaft, Autorität und materielle Versorgung, so verschoben sich zumindest Führungskräfte seit Beginn der 80er Jahre zunehmend Werten wie Kreativität, Flexibilität, Eigenverantwortung und Selbstverwirklichung. Parallel dazu veränderte sich auch die Organisation der Großunternehmen fundamental: War zu Beginn der 60er Jahre noch die Vorstellung vom integrierten Großkonzern vorherrschend, wurde seit Beginn der 90er Jahre das Leitbild des „schlanken und atmenden Unternehmens“ propagiert. Dieser Wandel ging einher mit permanenten Umorganisationen der Unternehmen seit dem Ende der 60er Jahre, die in mehrfachen Schüben alle darauf abzielten, die riesigen Kolosse „flexibler“ zu machen.

Drei Dimensionen dieses Wandels sollen als Leitlinien im Vordergrund der Tagung stehen:

1. Wissensformen, Diskurse, Semantiken: Laut Boltanski/Chiapello bildete sich die kritikgespeiste Grundlage der neuen Arbeitsorganisation zunächst in außerbetrieblichen Wissensbeständen aus. Dabei handelte es sich zum Beispiel um Management-Ratgeberliteratur, mit der die neuen Leitwerte im Hinblick auf Führungsverhalten propagiert wurden. Es handelte sich auch um das Wissen, welches Unternehmensberater verschiedenster Couleur (Organisationsexperten, Personalexperten usw.) seit dem Ende der 60er Jahre zunehmend in Unternehmen zu implementieren versuchten. Worin bestand dieses Wissen genau? Woher kam es? Wie wurde es zur Verwendung in den Unternehmen aufbereitet? Wie wurde es vermittelt? An welches in den Unternehmen bereits vorhandene Wissen knüpfte man dabei an? Und was veränderte sich damit genau: Semantiken, Wissensformen, die Struktur des Diskurses?

2. Akteure, Konflikte, Prozesse: Handelnde Akteure können Ziel- wie Trägergruppen des „neuen Geistes“ sein. Ins Blickfeld sollen jedoch auch Akteursgruppen außerhalb des engeren Kreises betrieblicher Führungskräfte sein, zum Beispiel Unternehmensberater, Publizisten, Wissenschaftler. Hier ist genauer nach den spezifischen Akteuren, ihren Interessen und Strategien zu fragen. Wen wollten sie überzeugen? Wer waren die Zielgruppen? Wie traten sie in Kontakt mit den Unternehmen? Ließen sich alle überzeugen oder gab es auch Widerstände? Wer waren oder sind die Gewinner des Prozesses, wer die Verlierer? Wer trug bzw. trägt die Kosten der Transformation?

3. Organisationsstrukturen: Mit Organisationsstrukturen sind die von Unternehmen gemeint, wie es anhand des Wandels vom Großkonzern zum „schlanken Unternehmen“ bereits skizziert wurde. Um die ‚Realitäten‘ unternehmerischer Organisation im Zeichen des neuen Leitbilds zu erfassen,

müssen die einzelnen Unternehmen in ihrer Einbettung (unter dem Stichwort der „embeddedness“) in ein über die bisherigen betrieblichen Außengrenzen hinausgehendes Netzwerk weiterer Institutionen untersucht werden. Da das Leitbild des „atmenden Unternehmens“ eine metaphorische Umschreibung des „Unternehmens als Netzwerk“ darstellt, ist es unumgänglich, diese Beziehungen zwischen dem „Innen“ und „Außen“ von Unternehmen systematisch einzubeziehen. Dabei gilt es nicht nur direkte „ökonomische“ Beziehungen des Unternehmens-„Torsos“ zu Zulieferern oder „outgesourcten“ Unternehmensbereichen in den Blick zu nehmen, sondern auch die Organisation herkömmlicher Kollektivakteure der Arbeitswelt – Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Branchenverbände. Wie veränderte sich deren Organisation im Untersuchungszeitraum? Veränderten sie sich überhaupt? Lassen sich, wenn ja, ähnliche Dynamiken und Logiken des Wandels wie in den Unternehmen feststellen? Gab es Wechselwirkungen? Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Unternehmen und außerbetrieblichen Kollektivakteuren der Arbeitswelt?

Proposals im Umfang von 1-2 Seiten können bis zum 1. Mai 2006 bei Morten Reitmayer (reit3301@uni-trier.de) und Ruth Rosenberger (rosenber@uni-trier.de) eingereicht werden. Ein endgültiges Tagungsprogramm wird im Juli 2006 erstellt. Reise- und Übernachtungskosten der Referenten werden übernommen. Die Veröffentlichung der Beiträge in einem Sammelband ist geplant.

NEUE LITERATUR

Peter Danylow; Ulrich S. Soénius (Hg.): Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik, Siedler-Verlag München 2005, 558 S., 29,90 EUR.

Im Jahr 1904 gründeten Ottmar Strauss und Otto Wolff in Köln einen Eisen- und Schrotthandel. Während des Ersten Weltkrieges und in den Inflationsjahren drang das Unternehmen über Beteiligungen auch in die Eisen- und Stahlproduktion ein, wurde schließlich zum Bestandteil der Vereinigten Stahlwerke und errang in dieser Phase seine Position als kleinster der größten deutschen Stahlproduzenten. Mit seiner eigenartigen Logik von Zentrum und Peripherie, von Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen, von Handel und Produktion stellt der Wolff-Konzern das Instrumentarium der Unternehmensgeschichte vor besondere Herausforderungen. Schon im Vorwort machen die Herausgeber deutlich, daß Führungspersönlichkeiten „immer eine weitaus größere Rolle für die Unternehmensentwicklung [spielten] als in vielen anderen Konzernen, die schon sehr früh mit angestellten Managern arbeiteten“ (S. 7 f.). Sie haben daher neben chronologische Kapitel drei biographische Querschnittskapitel gestellt – ohne allerdings eine systematische Verknüpfung von Biographie und Unternehmensentwicklung anzubieten, was sich in einigen Redundanzen niederschlägt.

Der Band ist das Ergebnis eines von der Otto-Wolff-Stiftung finanzierten Projekts der Stiftung Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv und versammelt Beiträge von sieben Autoren. Dittmar Dahmann schildert den Aufstieg des Unternehmens zwischen 1904 und 1929, wobei er die Bedeutung des Handelsgeschäfts mit der Sowjetunion während der zwanziger Jahre besonders betont. Jost Dülffer untersucht die Unternehmensgeschichte von der Weltwirtschaftskrise bis Kriegsende und

zeigt eindrucksvoll, daß der Wolff-Konzern in der Krise illiquide war und zusammenzubrechen drohte. Der Konkurs konnte nur durch politische Unterstützung abgewendet werden. Im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums übernahm Rudolf Siedersleben die Sanierung des Unternehmens, die von den günstigen Rahmenbedingungen der Rüstungskonjunktur unterstützt wurde. Die Unternehmensleitung kam damit in die Hände eines peniblen Bürokraten, wie Ulrich S. Soénius in seinem biographischen Kapitel zeigen kann. Erst Siedersleben schuf eine formale, an bürokratischen Vorbildern ausgerichtete Unternehmensverwaltung und übernahm faktisch das operative Geschäft. Während hier der Privatmann ebenso wie der Verwaltungsexperte Siedersleben eindrucksvoll Konturen gewinnt, wendet sich Eckart Conze in seinem eleganten biographischen Essay über Otto Wolff viel stärker dem Privatmann zu. Doch auch der bleibt trotz der Erwähnung seiner Lebensfreude, seines Junggesellenlebens oder der historisch-wissenschaftlichen Interessen eigenartig blaß. Der Unternehmer Wolff arbeitete zielstrebig auf Anerkennung im Kreis der Stahlunternehmer hin. Dem Erhalt seines Unternehmens ordnete er am Ende alles unter: Die Leitung übergab er Siedersleben; er nahm es hin, daß sein überschuldeter jüdischer Partner Ottmar Strauss aus dem Unternehmen gedrängt wurde, und auch die enge Zusammenarbeit mit der Vierjahresplanbehörde trug er mit.

Unter den unternehmenshistorischen Kapiteln sticht der Beitrag Volker Ackermanns hervor. Er liefert eine Gesamtdarstellung der Unternehmensgeschichte von 1945 bis 1990, die zudem in die Rahmenbedingungen des Strukturwandels eingebettet ist und auch den Aspekt des Osthandels erneut aufgreift. Auch der Wolff-Konzern kam in den sechziger Jahren an die Grenzen der Selbstfinanzierung. Die Folge war die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, die zugleich von der typischen Reorganisation unter dem Leitbild der Divisionalisierung begleitet war. Zwar gelang es dem Unternehmen auf diese Weise, sich während der Stahlkrise der siebziger Jahre zu behaupten. Die Strategie eines Abschieds vom Stahl, die ganz vom Gedanken der Risikostreuung getragen und vor allem auf den Anlagen- und Maschinenbau gerichtet war, schlug allerdings fehl. In den achtziger Jahren hatte die Tochter Rasselstein unter der sinkenden gesellschaftlichen Akzeptanz von Weißblechverpackungen zu leiden, ein Engagement des Konzerns in den USA erwies sich als Fehlschlag, und die Tochter PHB Weserhütte geriet so tief in die Krise, daß die Existenz des Konzerns bedroht war. Eine harte Sanierungsphase endete 1990 mit dem Verkauf der Otto Wolff AG an den Thyssen-Konzern.

Schließlich steuert Jochen Thies ein Porträt Otto Wolff von Amerongens bei, das sich allerdings in erster Linie auf die Tätigkeit des Verbandspolitikers beschränkt. Peter Danylow ergänzt dies um ein Kapitel über „Neue Herausforderungen“, in dem die unternehmerischen Aktivitäten von Amerongens seit dem Verkauf an Thyssen skizziert werden.

Leider weckt der Band unschöne Erinnerungen an die längst vergessen geglaubte „Tradition“ der Unternehmensgeschichte. Obwohl Eckart Conze und Jost Dülffer detailliert herausstellen, wie Wolff seinen überschuldeten jüdischen Teilhaber aus dem Unternehmen drängte, wie sich das Unternehmen unter der Regie Siederslebens der nationalsozialistischen Rüstungsverwaltung andiente und sich auch am Handel mit Arisierungsgut und Raubgold beteiligte, sucht man doch vergebens nach einer klaren Einordnung oder einer offenen Bewertung dieses finsternen Kapitels. Sicher kann man das Thema Zwangsarbeit in einem Sammelband dieses Volumens in sechs Zeilen und einer Tabelle abhandeln (S. 240 f.), wenn das Gewicht der Darstellung allein auf der Konzernleitung

liegt. Allerdings steht dies doch im scharfen Kontrast zur häufiger wiederholten Erwähnung des nach dem 20. Juli 1944 hingerichteten Mitarbeiters Erwin Planck. Bei Jochen Thies steigt dieser sogar zum politischen „Lehrer“ des jungen Otto Wolff von Amerongen auf, was ausgerechnet mit einer eidesstattlichen Erklärung von 1947 belegt wird. Die Bewertung der Forschungsergebnisse fällt auch im Umgang mit Otto Wolff von Amerongen überaus vorsichtig aus. So schildert Volker Ackermann zwar die strategischen Fehlentscheidungen in den siebziger und achtziger Jahren, die zu enormen Verlusten führten. Jochen Thies kann sich in seinem biographischen Essay freilich nicht dazu durchringen, die Frage zu stellen, welchen Anteil Otto Wolff von Amerongen an dieser Entwicklung hatte – ja, er fragt nicht einmal, ob dessen politisches Engagement im DIHT und in anderen Ehrenämtern nicht ein Zeichen dafür gewesen sein könnte, daß dieser in seinem Unternehmen abkömmlich war.

Gewichtiger sind allerdings konzeptionelle Mängel, welche die Lektüre erschweren: Den Autoren ist es nicht gelungen, das komplizierte Beteiligungsgeflecht analytisch zu durchdringen. In ihren unternehmenshistorischen Teilen beschränkt sich die Darstellung auf die Leitung des Gesamtunternehmens und blendet die Beteiligungen weitgehend aus – lediglich Ackermann macht hier eine Ausnahme. So erfährt der Leser kaum etwas über den Einfluß der Holding auf dezentrale Entscheidungen der Tochtergesellschaften. Damit ist aber grundsätzlich fraglich, wie das Unternehmen Otto Wolff zu definieren und von seiner Umwelt abzugrenzen ist: Was hielt die Ansammlung der nach Branchen und Produktprogrammen reichlich heterogenen Tochterunternehmen zusammen? Die Autoren haben sich darauf verständigt, daß es Wolff darum zu tun war, Beteiligungen überall dort aufzubauen, wo ein unmittelbarer Nutzen für das eigene Handelsgeschäft zu erwarten war – die Unternehmen der Produktionsstufe dienten also nur teilweise dem Selbstverbrauch, sondern wurden strategisch eingesetzt, um die Position des Handelshauses stärken zu können. Der empirische Nachweis bleibt aber schwach, weil die Handelsaktivitäten meist unverbunden neben einer reinen Schilderung wechselnder Beteiligungsverhältnisse stehen. Die Autoren versuchen dieses Problem dadurch zu lösen, daß sie den Begriff „Unternehmen“ meiden. Aus den Quellen übernehmen sie statt dessen die Selbstbeschreibung des Unternehmens als „Gruppe“. Dabei bleibt allerdings unklar, worin genau sich die „Gruppe“ eigentlich vom „Unternehmen“ oder „Konzern“ unterscheidet. Letztlich wird der Begriff in dieser Studie lediglich metaphorisch eingesetzt, um die Entscheidungs- und Kontrollstrukturen des Unternehmens eher zu verschleiern als aufzudecken.

Tim Schanetzky



IMPRESSUM

Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte, im Dezember 2005.

Herausgegeben vom Vorstand des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte e.V., c/o Lehrstuhl für Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum. Fax: 0234/32-24464.

Redaktion: Jan-Otmar Hesse u. Jens Scholten. An dieser Ausgabe arbeiteten ferner mit: Julia Landau, Ralf Richter, Ruth Rosenberger, Marco Rudzinski, Tim Schanetzky.

Akkumulation wird Mitgliedern des Arbeitskreises kostenfrei zugesandt. Das Abonnement von vier Ausgaben kostet €15. Bankverbindung: Konto-Nr. 333 070 59 bei der Sparkasse Bochum, BLZ 430 500 01.

ISSN-Nr. 1436-0047